

Reale Bildung in Rheinland-Pfalz



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



LÜCKEN, HÜRDEN UND KLIPPEN

Lehrkräftemangel
Schulbau
Digitalisierung

VRB und dbb –
eine starke
Verbindung

Lehrkräftemangel: Haben die Länder bereits kapituliert?

VRB-Initiative: Novellierung der Schulbaurichtlinien

BEWARE: Wissenschaftliche Erkenntnisse im Praxistest

Kongressthema: Demokratiebildung in der Schule

Webbrowser und Datenschutz: Qual der Wahl

Junge Lehrkräfte im VRB: Fit für den Job

Digitales Infoangebot: Gewusst wie in 60 Minuten



Inhalt

Ausgabe März 2023

Editorial und Haiku	4
Der Landesvorsitzende hat das Wort	5
Titelthema	
Lücken, Hürden und Klippen – Lehrkräftemangel, Schulbau, Digitalisierung Lehrkräftemangel – Was tun gegen die Personalnot an Schulen?	6
Ansichten und Aussichten	8
► Zu den SWK-Empfehlungen: Haben die Länder bereits kapituliert?	9
Kurzmeldungen	11
► VRB-Initiative: Neufassung der Schulbaurichtlinien überfällig	12
Digitalisierung: Wird in den Schulen die digitale Entwicklung ausgebremst?	15
VRB-Verbandsarbeit	
Staat. Machen wir. Impressionen vom Gewerkschaftstag des dbb	16
dbb Jahrestagung 2023:	
Daseinsvorsorge muss raus aus dem Krisenmodus	18
„Wie schließen wir die Fachkräftelücke?“	19
Herbsttagung des dbb-Landesvorstandes	19
Landkreistag: „Die kommunale Familie unterstützt die Schulen nach besten Kräften“	20
Aus dem Landtag	22
VRB im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion: Landeshaushalt 2023/24 bleibt hinter den Erwartungen zurück	24
VRB im Austausch mit der FDP: Für die FDP-Fraktion sind die Schulbaurichtlinien „ein Herzensanliegen“!	26
VRB im Austausch mit der SPD-Landtagsfraktion: Attraktivität des Lehrberufs steigern	28
dbb Landesgeschäftsführer Malte Hestermann: „Der Dachverband lebt vom Miteinander und vom Austausch an Informationen.“	30
VDR-Pressemitteilung: Berufsbeamtentum für Lehrkräfte steht außer Frage	35
Schule in Rheinland-Pfalz	
BEWARE:	
► Wissenschaftliche Erkenntnisse im Praxistest	36
Genese, Hintergründe, Vorgehensweise und Ziele	38
Thema „Fachkräftesicherung“ als schulisches Anliegen	40
Schulgemeinschaften helfen Erdbebenopfern	41
Neue (alte) Ferienregelung für Rheinland-Pfalz	41
Kurzmeldungen	42
Fachkongress 2023	
Vorschau auf den 11. Ingelheimer Fachkongress	43
Pressemitteilung: VRB fordert stärkeres Eintreten für den demokratischen Rechtsstaat	43
► Demokratiebildung in der Schule	44



Bildmaterial für Collage auf Seite 1: AdobeStock und 123rf.com



**59 HAPPY BIRTHDAY,
SESAMSTRASSE**



**60 ESCAPE ROOMS
EINMAL ANDERS**



**68 SCHULUNGEN UND SERVICES
FÜR VRB-MITGLIEDER**



**78 BILDUNGSPOLITISCHES
VERSAGEN**

Schule und Recht

Wilfried Rausch im Gespräch mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu

Datenschutz bei Verwendung von Browsern	48	◀
Kurzmeldungen	51	

Gesellschaft

„Die Pflege“ – Herausforderung für Politik und Gesellschaft

Teil 3: Pflegereform 2021 – Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben – Europäisches Recht setzt verpflichtende Standards	52
--	----

Zeitreisen

Verfassungsjubiläum:

Rheinland-Pfalz feiert seine landesgeschichtliche Identität	56
---	----

Dr. Bernhard Vogel feiert seinen 90. Geburtstag:

„Herausforderungen mit Mut und Tatkraft begegnen“	57
---	----

Unterrichten, Pädagogik, Didaktik und Methodik

Kurzmeldungen	58
---------------------	----

Die Sesamstraße feiert in Deutschland ihren 50. Geburtstag	59
--	----

Thomas Landini: Escape Room als innovative Lernerfahrung	60
---	----

Mein Rezept für guten Unterricht	61
--	----

VRB-Bezirk Koblenz

Bezirksversammlung: Lehrkräftegesundheit – ein zentrales Thema
unserer Verbandsarbeit

63

ÖPR-Fortbildung: Grundlagen der Personalratsarbeit	64
---	----

Studienseminar: Begrüßung der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter	65
--	----

Bezirksvorstand im Gespräch mit Gabriele Wieland: Investitionen in Schulen sind Zukunftsinvestitionen	66
---	----

Junge Lehrkräfte: Fit für den Job – Informationsangebot für angehende Lehrkräfte	67	◀
--	----	---

Termine: VRB-Veranstaltungen im Bezirk Koblenz	67
---	----

VRB-Bezirk Neustadt

Personalräte-Fortbildung: Rechtsgrundlagen der schulischen Personalratsarbeit	68
---	----

Karl-Heinz Walz verstorben	69
----------------------------------	----

Studienseminar Kaiserslautern: VRB-Unterstützungsangebote für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter	70
---	----

Führung in der Mannheimer Kunsthalle geplant	70
--	----

VRB-Bezirk Trier

Fit für den Job: Junge Lehrkräfte an der Universität Trier	71	◀
---	----	---

Neues Digitalformat für Mitglieder: „Gewusst wie in 60 Minuten“	72	◀
--	----	---

Termine: VRB-Veranstaltungen im Bezirk Trier	73
---	----

Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche	74
--------------------------	----

VRB-Handbuch für Lehrkräfte:

Neuaufgabe auf dem Stand der aktuellen 60. Ergänzung	76
--	----

Mitgliederverwaltung, Vorschau auf das nächste Heft und Impressum	77
---	----

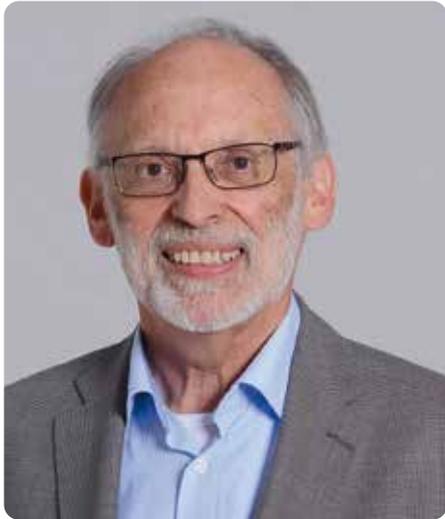
KlarText!

Lehrkräftemangel: Bildungspolitisches Versagen	78
---	----

Beitrittserklärung	79
---------------------------------	----

Letzte Meldungen	80
-------------------------------	----

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.



Titelthema

Lehrkräftemangel. Die Kultusministerinnen und Kultusminister sind in einen Sturm der Entrüstung geraten. Ausgelöst haben sie ihn mit der Veröffentlichung der Thesen, die ihre Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) zum Umgang mit dem Lehrkräftemangel erarbeitet hat. Michael Eich, Wolfgang Häring, Bernd Karst und Regina Sersch haben sich des Themas aus unterschiedlichen Blickwinkeln und auch im KlarText angenommen.

Schulbau. Unser Verband hat die Schulbau-richtlinien einem Faktencheck unterzogen. Der macht deutlich, dass die Vorgaben mit den an den Schulen zu leistenden pädagogischen Aufgaben nicht mehr im Einklang stehen. In Gesprächen mit den Landtagsfraktionen der SPD, der CDU und der FDP sowie mit dem Landkreistag zeichnete sich für das Anliegen breite Unterstützung ab.

Digitalisierung. Die durch die Pandemie beschleunigte digitale Entwicklung ist in Gefahr, wieder ausgebremst zu werden, weil Bund, Länder und Kommunen die Mehrkosten für den IT-Support nicht tragen wollen. Immerhin scheint es einen lösungsorientierten Austausch zwischen den wichtigsten Akteuren zu geben. Entscheidend wird sein, ob auch der politische Wille gegeben sein wird, die Empfehlungen sachgemäß umzusetzen und die Kostenfrage zu lösen.

Staat. Machen wir.

„Staat. Machen wir“ ist das selbstbewusste Motto des dbb-Gewerkschaftstages. Der tritt alle fünf Jahre zusammen, wählt die

Lücken, Hürden und Klippen

neue dbb Bundesleitung und beschließt die künftigen Leitlinien für die politische Arbeit. Der wiedergewählte Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach nennt den dbb „das Kompetenzzentrum für alle Belange des öffentlichen Dienstes und der Daseinsfürsorge“.

Der dbb ist der Dachverband des VRB. Im Interview mit Malte Hestermann, dem Geschäftsführer des dbb Rheinland-Pfalz wird deutlich, wie vielfältig die starke Verbindung von VRB und dbb unseren Mitgliedern zugutekommt. Sie sorgen beispielsweise gemeinsam für Einkommensverbesserungen, bieten Rechtsschutz und stehen für den Beamtenstatus der Lehrkräfte.

Neues zum Thema „Balance halten“

BEWARE. Das Pilotprojekt zur Stärkung der mentalen Gesundheitskompetenz und Stressresilienz ist angelaufen. Monika Antoni hat die Ziele und Gesichter hinter BEWARE bereits vorgestellt. Nun hat sie die Projektstage an der von Carlowitz Realschule plus in Weisenheim am Berg begleitet und Einblicke erhalten, wie Idee und Konzept in die Tat umgesetzt wurden.

Gesundheitsschutz. Prof. Dr. Stephan Letzel, er leitet das bei der Universität Mainz angesiedelte Institut für Lehrgesundheit, referiert zusammen mit Mitarbeitern seines Instituts in Bezirksversammlungen und Personalratsschulungen über mögliche Belastungen an den Schulen und den Gesundheitsschutz für Lehrkräfte.

„Pflege“. Im dritten Teil unserer Beitragsreihe zur Pflege stellt Wilfried Rausch mit Blick auf pflegende Angehörige die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben in den Mittelpunkt. Hier setzt europäisches Recht neue verpflichtende Standards.

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken:

Fachkongress. Thema ist „Demokratiebildung in der Schule“. In der Vorschau auf den Kongress stellen wir innovative Methoden und Projekte der Demokratiebildung vor. Mit Thomas Landini sprechen wir über „Escape Games“.

Webbrowser. Der Weg ins Internet führt über einen Browser. Wir haben unserer Justiziarin Antonia Dufeu einen Fragenkatalog

zur Verwendung von Browsern vorgelegt. Ihre Antworten können Entscheidungshilfe sein und zur Rechtssicherheit beitragen.

Rezept für guten Unterricht. Nicolas Cordes ist Lehrer in Mayen. In einem seiner sozialen Netzwerke wurde er nach seinem Rezept für guten Unterricht gefragt. Er hat es preisgegeben und seine Leser nach weiteren eigenen Zutaten gefragt.

Mentoring-Programm. Nicole Weiß-Urbach berichtet über die Auftaktveranstaltung zu einem Mentoring-Programm, das sich an weibliche Lehrkräfte mit dem Ziel wendet, sie zur Übernahme einer Führungsfunktion zu motivieren.

Glückwunschliste: Wolfgang Seebach hat die aktuelle Geburtstags- und Glückwunschliste zusammengestellt. Sie reicht diesmal bis August.

Neue (alte) Ferienregelung. Rheinland-Pfalz kehrt nach fünf Jahren zu seiner früheren Ferienregelung zurück. Ab dem Schuljahr 2024/25 wird es keine Winter- oder Pfingstferien mehr geben.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben

Ihr Wolfgang Wünschel

„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



Quereinsteiger

Die Lückenbüßer im prognostizierten Tal des Schweinezyklus

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sie halten unsere erste Doppelausgabe des Jahres 2023 in der Hand und werden bei der Lektüre auf viele interessante Beiträge stoßen, die einen guten Einblick in die vielfältige Arbeit unseres Verbandes ermöglichen.

Schwerpunktthemen der Verbandsarbeit

Schwerpunktthemen unserer Verbandsarbeit sind der Lehrkräftemangel, die zunehmenden Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, die Lehrer-gesundheit und die Schulbaurichtlinien. Hier haben wir Initiativen ergriffen. Unsere Forderungen, tragfähige Lösungen für die von uns aufgezeigten Problemfelder in der Schule zu entwickeln, haben wir nachdrücklich an die Landesregierung und das Bildungsministerium gestellt. Ungünstige Entwicklungen beim Lehramtsstudium wie auch beim Lehrberuf wurden bisher unzureichend angegangen.

Lehrberuf hat ein Imageproblem

Der Lehrberuf steht nach unserer Wahrnehmung vor einer spürbaren Zerreißprobe. Vielfältig sind die Herausforderungen, die die Lehrkräfte fordern und zuweilen überfordern. Seit Jahren weisen wir immer wieder darauf hin, dass die Landesregierung den erkennbaren Druck, der auf Lehrkräften lastet, durch geeignete Maßnahmen aus den Schulen nehmen muss. Nur fordern und den Lehrkräften immer mehr aufbürden, ist nicht förderlich für eine erfolgversprechende Nachwuchsgewinnung.

Lehrkräftemangel kommt nicht über Nacht

Die Attraktivität des Lehrberufs scheint in der Wahrnehmung der jungen Nachwuchskräfte zu schwinden. Und auch die Lehrkräfte, die sich im aktiven Schuldienst befinden, kommen kaum zur Ruhe.

Die Ursachen hierfür sind so vielschichtig wie das System selbst. Wir beobachten schon lange, dass unter den Bundesländern der Wettbewerb um die besten Lehrkräfte zugenommen hat. Die damit verbundenen Effekte, welche auch der föderalistischen Strukturen geschuldet sind, könnten schnell dazu führen, dass auch das Land Rheinland-Pfalz auf die Verliererstraße gerät. Die sozialromantische Vorstellung, dass

der Heimatgedanke bei der Wahl des Arbeitsorts ausschlaggebend sei, ist längst widerlegt.

Leidenschaft und Überzeugung für unseren Beruf im Widerspruch zu den Realitäten

Wir Lehrkräfte haben unseren Beruf aus Überzeugung gewählt. Leidenschaft und Überzeugung sind allerdings Belastungsproben ausgesetzt. Viele Stolpersteine lassen Lehrkräfte außer Tritt geraten. Deshalb ist es wichtig, dass Lehrkräfte verlässlich Wertschätzung von Vorgesetzten, Kolleginnen und Kollegen, Schülerschaft und Elternschaft wie auch von Bildungsministerium und Landesregierung erfahren.

Auf den unterschiedlichsten Ebenen steht unser Beruf im Fokus des öffentlichen Diskurses. Die öffentliche Erwartungshaltung an Lehrkräfte steht im Widerspruch zu den schulischen Realitäten. Dabei laufen Gesellschaft und Bildungspolitik Gefahr, aus den Erwartungen Forderungen abzuleiten, die kaum geeignet sind, die Schere zwischen Leidenschaft und Überzeugung zu unserem Beruf einerseits und den Realitäten bzw. vermeintlichen Lösungsansätzen andererseits zu schließen.

Schere nicht stärker auseinander gehen lassen

Ich möchte auf einige Aspekte näher eingehen. Exemplarisch steht diese Schere für:

- die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen versus erlebter physischer wie psychischer Gewalt;
- den extremen Lehrkräftemangel versus die jüngsten Empfehlungen der SWK und KMK zur Behebung dieses Problems;
- die Identifizierung mit unserem Beruf versus steigenden krankheitsbedingten Ausfällen, Frühpensionierungen oder Abwanderung aus dem Beruf;
- den Anspruch, die Kinder an den weiterführenden Schulen bestmöglich zu fördern und zu fordern, versus Kompetenzmängeln in den Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen, die der IQB-Trend aufzeigt;
- den nun beginnenden Einzug von Künstlicher Intelligenz in den Schulen versus das Hinterherhinken bei der Schulaus-



stattung auch im Bereich der Digitalen Bildung und fehlenden Konzepten zur Anschlussfinanzierung.

Diese Auflistung ist an vielen Stellen erweiterbar.

Umsetzbare Strategien erforderlich.

Die bildungspolitisch Verantwortlichen müssen nun prioritär und ohne große Zeitverzögerung klare und umsetzbare Strategien entwickeln, um gegensteuern zu können, damit der öffentliche Dienst in diesem Bereich handlungsfähig bleiben kann.

Als Verband sind wir gefordert, konstruktiv-kritisch die Strategieentwicklung zu begleiten und uns dabei einzubringen. Dies setzt aber voraus, dass wir in den Entwicklungsprozess wirklich eingebunden werden. Nur in einem offenen Dialog mit allen Beteiligten können Lösungen zur Bewältigung der schulischen Probleme gefunden werden.

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Timo Lichtenthäler

Timo Lichtenthäler

LEHRKRÄFTE MANGEL WER SCHLIEßT DIE LÜCKEN?

Foto: AdobeStock



STURM AUSGELÖST ...

Die Kultusministerinnen und Kultusminister sind in einen Sturm der Entrüstung geraten. Ausgelöst haben sie ihn selbst bereits damit, dass sie ihre ständige wissenschaftliche Kommission (SWK) mit einer Stellungnahme zum Umgang mit dem Lehrkräftemangel beauftragt haben.

Unsere Redaktion hat sich des Themas aus unterschiedlichen Blickwinkeln angenommen. Regina Sersch informiert über die Vorschläge der SWK und erste Reaktionen von VDR und DL auf Bundesebene. Wolfgang Häring hat die Resonanz in den Medien ausgewertet und präsentiert unter dem Titel „Ansichten und Aussichten“ das breite Spektrum öffentlicher Reaktionen und Einschätzungen. Bernd Karst hat recherchiert, was Bundespräsidenten über die Rolle und Arbeit der Lehrkräfte gesagt haben, und zeigt auf, was die Bundesländer aus der Wertschätzung der Präsidenten lernen sollten.

VOM UMGANG MIT DEM LEHRKRÄFTEMANGEL

Was tun gegen die Personalnot an Schulen?

Nach einer aktuellen Berechnung fehlen deutschlandweit mehr als 12.000 Lehrkräfte an Schulen – mindestens. Und ein Ende der Mangelsituation ist nicht abzusehen. Im Gegenteil: Die Lage wird sich aller Voraussicht nach weiter verschärfen. Was also tun angesichts dieser dramatischen Situation?

Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) hat im Januar eine Stellungnahme zum Umgang mit dem Lehrkräftemangel veröffentlicht. Darin gibt sie sechs Empfehlungen für Maßnahmen, die kurz- oder mittelfristig umgesetzt werden könnten. Einige Empfehlungen werden in Teilen in den Bundesländern bereits umgesetzt.

1. Beschäftigungsreserven erschließen, zum Beispiel durch weniger Teilzeit, eine höhere Unterrichtsverpflichtung und einen späteren Eintritt in den Ruhestand.
2. Lehrkräfte für eine andere Schulart oder für ein Mangelfach weiterqualifizieren.
3. Lehrkräfte durch Studierende und andere Personen entlasten.
4. Flexibilisierung durch Hybridunterricht, mehr Selbstlernzeiten und größere Klassen.
5. Gesundheitsförderung stärken.
6. Modelle des Quereinstiegs weiterentwickeln.

Heinz-Peter Meidinger (DL): „praxisfremd und kontraproduktiv“

Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), kritisiert, dass viele der Vorschläge praxisfremd und kontraproduktiv seien: Wer Teilzeit und Altersermäßigungen einschränken oder abschaffen wolle, treibe noch mehr Lehrkräfte in die Frühpensionierung und den Burnout. Tatsache sei, dass die Politik durch massiven Abbau von Lehramtsstudienplätzen und Ignorierung des Geburtenanstiegs den heute dramatischen Lehrkräftemangel mitverschuldet habe. Ihn zu bekämpfen, indem die Arbeitsbelastung weiter erhöht werde, wäre absolut kontraproduktiv, auch für die Attraktivität des Berufsbilds.

Jürgen Böhm (VDR): „Mischung aus Panik und Unvernunft“

VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm kritisiert die Empfehlungen als eine Mischung aus Panikreaktion und Unvernunft: „Wer jetzt Flexibilität einschränken und Teilzeitlösungen kappen möchte, wer jetzt die Ausbildungsqualität für Lehrkräfte absenken möchte, wer

jetzt den Druck auf ältere Lehrkräfte erhöht, wird genau das Gegenteil erreichen.“ Als Folge sieht Böhm eine verstärkte Flucht aus dem Lehrberuf, wie sie vieler Orten schon zu verzeichnen ist. Junge Menschen, die vor ihrer Berufswahl stehen, würden den Beruf des Lehrers nicht mehr attraktiv finden. Vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei nicht mehr gewährleistet, wenn Eltern im Lehrberuf ihr Stundenmaß nicht mehr der Machbarkeit anpassen könnten. Auch eine Arbeitszeitverlängerung für ältere Lehrkräfte oder eine Einschränkung der Möglichkeit der Altersteilzeit sei keine Lösung.

Lehrberuf attraktiver gestalten

Böhm fordert demgegenüber, die Lehrkräfte von zusätzlichen Verpflichtungen zu entbinden, die in den letzten Jahren immer mehr zugenommen hätten. Man müsse den Lehrberuf schlichtweg attraktiver gestalten, die Qualität in der Lehrerbildung stärken und den Lehrkräften ein gewisses Maß an Flexibilität zugestehen. Insgesamt müsse man längerfristig denken, um einen dauerhaften Qualitätsabbau in der Bildung zu vermeiden. „Durch Vorschläge, wie sie die Ständige Wissenschaftliche Kommission in den Raum wirft, wird eine Spirale nach unten in Gang gesetzt, die niemand mehr aufhalten kann und die Situation nur verschlimmert!“, so Böhm abschließend.

Keine Tabus beim Ringen um beste Lösungen

Die SWK hat sechs Maßnahmen vorgeschlagen. Dabei hat sie Streitthemen nicht ausgespart. Das ist gut so, denn beim Ringen um die besten Lösungen dürfen bestimmte Themen nicht von vornherein tabu sein. Dies muss dann jedoch auch für die Forderungen der Lehrerverbände gelten, deren Vorschläge auf Augenhöhe diskutiert werden müssen. Vielleicht steckt hinter der Einschätzung der KMK-Präsidentin Astrid-Sabine Busse, „manche der vorgeschlagenen Maßnahmen sind aus unserer Sicht erst einmal ein Vorschlag aus wissenschaftlicher Sicht, den wir zunächst mit der Schulrealität rückkoppeln müssen“, die Einsicht, dass es dabei der Expertise von Lehrkräften bedarf, die diese Realität tagtäglich erleben.

Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de



Mit dem Thema befasst sich auch der KlarText (S.78)

ANSICHTEN UND AUSSICHTEN

Es ist nicht übertrieben, angesichts dieser Bedingungen von einer akuten Bildungskrise zu reden. Die gegenwärtigen Schüler können nichts dafür. Sie haben einen verfassungsrechtlich verbrieften Bildungsanspruch, den die Länder trotz allem einlösen müssen. Die Länder, die den Mangel durch eine verfehlte Ausbildungs- und Einstellungspolitik beschleunigt haben, werden zu äußerst unpopulären Schritten greifen müssen

Heike Schmoll, Frankfurter Allgemeine Zeitung; faz.net, 27.01.23

„Wenn wir das System nicht gegen die Wand fahren wollen, müssen Lehrkräfte noch mehr leisten als in der Vergangenheit schon.“

Olaf Koller, Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK); spiegel.de, 30.01.23

„Der Lehrermangel, der jetzt beklagt wird, kommt nicht plötzlich über Deutschland. Die Kultusministerkonferenz hat versagt. Die Altersstruktur der Lehrkräfte ist seit langem bekannt. Dass viele ihre Arbeitszeit reduzieren und massenweise in Rente gehen (werden), ebenfalls. Den Bildungsministern kann man nur die Note ‚ungenügend‘ geben.“

Wolfgang Blatz, DIE RHEINPFALZ, 28.01.23

„Was mich beim Papier der SWK am meisten irritiert: Die wissenschaftliche Durchdringung des Problems Lehrermangel ist doch ziemlich dürftig, wenn zwar vom System geredet wird, aber doch nur Forderungen an die Lehrer übrig bleiben. Der Arbeitsmarkt für Lehrkräfte ist so gut wie leer – und dann soll der Arbeitsort Schule dadurch attraktiver werden, dass an den Punkten, die sowieso belastend sind, noch Arbeit draufgepackt wird?“

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands; spiegel.de, 30.01.21

Rein statistisch und wissenschaftlich betrachtet, scheint es so, als würden die Empfehlungen Sinn ergeben. In der Realität führen solche Maßnah-

men jedoch zu dem Ergebnis, dass der Attraktivität des Lehrberufs der Todesstoß versetzt wird. Die Maßnahmen gleichen eher einer Abschreckungsliste statt einer Motivation, den Lehrberuf ausüben zu wollen.

Nicolas Cordes, VDR Junge Lehrkräfte; aktuell4u, 03.02.2023

Das Bildungsministerium von Sachsen-Anhalt hat nach dem Bildungsgipfel unter anderem angekündigt, dass Lehrerinnen und Lehrer künftig eine Stunde pro Woche mehr unterrichten sollen. Die Mehrarbeit soll ausbezahlt oder auf einem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben werden.

Eva Feußner, Bildungsministerin in Sachsen-Anhalt; mdr.de, 31.01.23

„Dass es so – wie im Moment – nicht weitergeht, erkennt nun, nach nur wenigen Jahrzehnten Lehrermangel, auch die Kultusministerkonferenz. Ihr sogenanntes Expertengremium hat dazu gerade erst einen ganzen Sack voll Knaller-Vorschläge rausgehauen ...“

Oliver Welke in der Nachrichtensatire „heute-show“; ZDF, 03.02.23

13 Prozent der Lehrkräfte gaben in einer repräsentativen Umfrage für das Deutsche Schulbarometer an, ihre Arbeitszeit (weiter) reduzieren zu wollen.

deutschesschulportal.de, 29.01.23

„Man werde sich auf die fundierten wissenschaftlichen Einschätzungen stützen und dann wohlüberlegt handeln. Es ist ein großer Spagat. Ich muss sowohl dem Recht der Kinder auf Bildung gerecht werden, habe aber auch die Fürsorgepflicht für die Lehrkräfte.“

Astrid-Sabine Busse, Vorsitzende der Kultusministerkonferenz (KMK) und Berliner Bildungssektorin; spiegel.de, 28.01.23

Zusammengetragen von Wolfgang Häring

ZU DEN EMPFEHLUNGEN DER SWK

Haben die Länder bereits kapituliert?

Wie Bundespräsidenten die Rolle und Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern sehen und was die Bundesländer aus deren Wertschätzung lernen sollten



Foto: A. Savin, WikiCommons

Schloss Bellevue in Berlin ist der Amtssitz des Bundespräsidenten. Die bislang zwölf Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland sind: Theodor Heuss (Amtszeit 1949–1959), Heinrich Lübke (1959–1969), Gustav Heinemann (1969–1974), Walter Scheel (1974–1979), Karl Carstens (1979–1984), Richard von Weizsäcker (1984–1994), Roman Herzog (1994–1999), Johannes Rau (1999–2004), Horst Köhler (2004–2010), Christian Wulff (2010–2012), Joachim Gauck (2012–2017), Frank-Walter Steinmeier (seit 2017 amtierend).

Die Machtposition des Bundespräsidenten im politischen System liegt jenseits der Tagespolitik. Als Staatsoberhaupt verfügt er über moralische Autorität. Sein Instrument ist die Rede. Von Theodor Heuss bis Frank-Walter Steinmeier kennt die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang zwölf Bundespräsidenten. Von den letzten sechs Amtsinhabern stammen die hier ausgewählten Auszüge aus Reden, in denen sie die Rolle und Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer beschreiben und würdigen.



„Wir brauchen das menschliche Miteinander auch im schulischen Umfeld“

Roman Herzog (Amtszeit 1994–1999)

„Menschliche Wärme wird sicher zuallererst in der Familie erfahrbar, und die Schule kann Versäumnisse im Privaten nicht kompensieren. Aber wir brauchen natürlich das menschliche Miteinander auch im schulischen Umfeld. Dafür

benötigen wir schulische Strukturen, die diesem Erfordernis gerecht werden. Und wir brauchen Pädagogen, die in ihrer Ausbildung das erforderliche Rüstzeug dafür erhalten.“ [...] „Mancher beifallheischende Vorwurf in der Öffentlichkeit über die Lehrer karikiert nicht nur – das wäre noch zu dulden –, sondern er diskreditiert. Und das

schadet dem Bildungssystem und nützt niemandem.“

Grüßwort von Bundespräsident Roman Herzog zur Eröffnung des 15. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft in Halle an der Saale am 11. März 1996



„Viele Lehrer fühlen sich von Politik und Gesellschaft allein gelassen“

Johannes Rau (Amtszeit 1999–2004)

„Mit steigenden Anforderungen an die Qualität von Bildung steigen auch die Anforderungen an diejenigen, die Bildung gestalten und vermitteln. Wir danken gar nicht genug all denjenigen, die sich Tag für Tag dafür einsetzen, unsere Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen auf das Leben und Arbeiten vorzubereiten. Diese verantwortungsvolle Arbeit ist schwieriger geworden. Viele Lehrer fühlen sich von Politik und Gesellschaft allein gelassen. Wo Lehrerinnen und Lehrer die Motivation und die Freude an ihrem Beruf verlieren, helfen freilich keine noch so guten Bildungskonzepte. Da muss man Mut machen und Rückenwind geben.“

Rede von Bundespräsident Johannes Rau auf dem Ersten Kongress des Forum Bildung am 14. Juli 2000 in Berlin



„Engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die nicht aufgeben, sind für mich Helden des Alltags“

Horst Köhler (Amtszeit 2004–2010)

In seiner Berliner Rede „Bildung für alle“ lobt Bundespräsident Horst Köhler die Lehrer als "Helden des Alltags" und fordert unter Berufung auf John F. Kennedy mehr Geld für die Bildung auf allen Ebenen. Es sei ein „Trugschluss“, dass das Bildungssystem durch bloße Umverteilung verbessert werden könne. Bundespräsident Horst Köhler präzisiert vor diesem Hintergrund seine Anerkennung: „Engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die nicht aufgeben, die darauf brennen, jungen Menschen etwas beizubringen – das sind für mich Helden des Alltags. Wir alle kennen Lehrer, die ihre Schüler im Unterricht begeistern können. Wir alle kennen Pädagogen, für die der Einsatz für ihre Schüler nicht nach dem letzten Klingelzeichen endet. Wir wissen, wie viele Schulleiter sich bemühen, ihre Schule nach vorn zu bringen. Ihnen allen danke ich von Herzen!“

Bundespräsident Horst Köhler in seiner Berliner Rede „Bildung für alle“, gehalten am 21. September 2006 in einer Hauptschule in Neukölln



„Wir dürfen sie mit diesen Aufgaben nicht allein lassen“

Christian Wulff (Amtszeit 2010–2012)

„Bildung und Erziehung – das ist die vielleicht wichtigste Arbeit für die Zukunft unserer Gesellschaft. Für diese Arbeit können wir Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern gar nicht genug Anerkennung geben und danken. [...] Lehrer sind heute größten Erwartungen ausgesetzt. Sie sollen familiäre und gesellschaftliche Versäumnisse ausbügeln und zugleich den Kindern immer mehr Wissen in manchmal kürzerer Zeit vermitteln. Wir dürfen sie mit diesen Aufgaben nicht allein lassen.“

Rede von Bundespräsident Christian Wulff bei der Matinée zum Welttag des Lehrers 2011 am 5. Oktober 2011 in Berlin



„Viele gehen an ihre physischen und psychischen Grenzen“

Joachim Gauck (Amtszeit 2012–2017)

„Viele von Ihnen gehen beständig an ihre physischen und psychischen Grenzen, um ihren geliebten Lehrerberuf weiter ausüben zu können. Lehrer, meine Damen und Herren, das ist doch einer der wichtigsten, einer der schönsten, aber auch der schwierigsten Berufe. Ich bin dankbar für Ihr großes Engagement, liebe Lehrerinnen und Lehrer, dankbar für Ihren Idealismus, für Ihre Geduld und für Ihre Tatkraft, und diesen Dank will ich heute doppelt und dreifach unterstreichen.“

Rede von Bundespräsident Joachim Gauck auf dem Bildungs-Tag der ZEIT-Stiftung „chancengerecht.bilden: Herausforderung für Staat und Zivilgesellschaft“ am 6. November 2015 in Hamburg



„Ich habe einen Riesenrespekt vor Ihrer Arbeit“

Frank-Walter Steinmeier (Amtszeit seit 2017)

„[...] die Arbeit an den Schulen wird nicht leichter, wenn Stellen unbesetzt bleiben, weil es zu wenig Lehrerinnen und Lehrer gibt. Und die Arbeit wird auch nicht leichter, wenn Schulgebäude marode sind und es an Geld für Sozialarbeit oder Ganztagsbetreuung fehlt. [...] Liebe Lehrerinnen und Lehrer, ich habe einen Riesenrespekt vor Ihrer Arbeit, und ich weiß, dass es unzähligen Menschen in unserem Land genauso geht. Es wird gesehen, was Sie leisten, und es wird respektiert. Ich danke Ihnen für Ihren großen Einsatz, für Ihre Leidenschaft, für Ihre Geduld. Und ich würde mich freuen, wenn dieser Dank in allen Lehrerzimmern unseres Landes ankommt.“

Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Festakt „100 Jahre Grundschule“ am 13. September 2019 in Frankfurt am Main

Ein Blick auf die Realität: Es fehlen wertschätzende und personalsichernde Maßnahmen



Einen formalen Weg, die eigenen Mahnungen und Forderungen praktisch umzusetzen, besitzt der Bundespräsident nicht. Fahrlässig wäre es allerdings, zu übersehen, dass bessere Bildung auch mit der Honorierung und faktischen Wertschätzung derjenigen zusammenhängt, die im schulischen Alltag pädagogische Verantwortung tragen: den Lehrerinnen und Lehrern. Vor diesem Hintergrund wäre es förderlich, Verdienste zu belohnen, statt zu schmälern.

Die Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) „zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel“ vom 27. Januar 2023 sind ein vernichtendes Zeugnis für die Bildungspolitik. Sie sollen dem Lehrkräftemangel entgegentreten. „Die Empfehlungen konzentrieren sich deshalb einerseits darauf, das Potenzial qualifizierter Lehrkräfte auszuschöpfen, etwa Teilzeitarbeit befristet zu begrenzen, Lehrkräfte im Ruhestand einzusetzen und Lehrerinnen und Lehrer von Aufgaben jenseits des Unterrichts zu entlasten. [...]“, so die SWK. Fakt ist, dass die Lehrkräfte für jahrzehntelange Fehlplanungen der Länder in Verantwortung gebracht werden und dafür ebenso wie die Schülerinnen und Schüler büßen sollen. Wenn die Empfehlungen der Kommission umgesetzt werden, dann geht der Schuss nach hinten los. Die Wirtschaft begegnet dem Personalmangel durch attraktive Angebote, um die vorhandene Belegschaft zu motivieren. Gleichzeitig verstärkt sie ihre Anstrengungen zur Nachwuchswerbung und -förderung. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Lehrkräftemangels sind vergleichbare wertschätzende und personalsichernde Initiativen und Maßnahmen unverzichtbar. Oder haben die Länder bereits kapituliert?

Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de 

Deutlicher Rückgang bei Studienanfängerinnen und -anfängern in Lehramtsstudiengängen

Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in Lehramtsstudiengängen war zuletzt – erstmals seit dem Studienjahr 2015/2016 – wieder rückläufig: Im Studienjahr 2021/2022 begannen knapp 32 300 Personen ein Lehramtsstudium – das waren 13,7 Prozent weniger als im Studienjahr 2020/2021. Der Rückgang fiel dabei deutlich stärker aus als der demografisch- und pandemiebedingte Rückgang bei den Studienanfängerinnen und -anfängern aller Studiengänge (-3,7 %).

Hr / Quelle: PM des Statistischen Bundesamtes vom 13.02.23

Berlin übernimmt 2023 KMK-Präsidentschaft: Senatorin Astrid-Sabine Busse gewählt

Berlin stellt im Jahr 2023 zum sechsten Mal (1959/60, 1969, 1980, 1991, 2007) die Präsidentin der Kultusministerkonferenz. Die Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Astrid-Sabine Busse, wurde während der 380. Sitzung der Kultusministerkonferenz zur Präsidentin der KMK für das Jahr 2023 gewählt.

Ihre Präsidentschaft hat das Schwerpunktthema „Qualitative Weiterentwicklung der Ganztagschule in der Primarstufe“. Astrid-Sabine Busse folgt im Amt auf die Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein Karin Prien, die dann 2. Vizepräsidentin wird.

Ra / www.kmk.org/aktuelles/



Foto: Anne Maldehausen/SenBfJ



Foto: Frank Peter



Foto: Tobias Kech

Mehr Zusammenarbeit bei Bildung

Die ehemalige Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Karin Prien (CDU), und Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) plädieren für eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Bildungsfragen. Ihrer Überzeugung nach sei mehr Kooperation unter den Ländern erforderlich.

Nach Karin Prien (Foto links) ist die Föderalismusreform von 2006, die in Bildungsfragen eine Kooperation von Bund und Ländern untersagt, ein Fehler und nicht mehr zeitgemäß. Am Ende werde wohl eine erneute Grundgesetzänderung nötig sein.

Ra / www.zeit.de/news/2022-12/07/



Foto: AdobeStock

Grundlegende Fähigkeiten

Zwei Drittel der Jugendlichen weltweit ohne grundlegende Fähigkeiten

Weltweit erreichen zwei Drittel der Jugendlichen keine grundlegenden Fähigkeiten, die in der Schule vermittelt werden sollen. Das geht hervor aus einer neuen Studie des ifo Instituts. „Das sind erschreckende Zahlen“, sagt Ludger Wößmann, der Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik. In Deutschland beträgt der Anteil 23,8, in Österreich 24,6 und in der Schweiz 21,9 Prozent, aber zum Beispiel in Estland nur 10,5 Prozent. „Alles in allem entgeht der Welt eine Wirtschaftsleistung über das verbleibende Jahrhundert von über 700 Billionen Dollar“, sagt ifo-Forscherin Sarah Gust.

Die Spanne reicht von 24 Prozent in Nordamerika und der Europäischen Union bis 89 Prozent in Südasien und 94 Prozent in Afrika südlich der Sahara. In 101 Ländern beträgt der Anteil über 50 Prozent und in 36 Ländern sogar über 90 Prozent.

„Die Welt ist extrem weit davon entfernt, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen“, sagt Ludger Wößmann. „Das ist deshalb so tragisch, weil Bildung nicht nur für das persönliche Schicksal bedeutsam ist, sondern der langfristig wichtigste Beitrag zum Wirtschaftswachstum ist, und nicht Straßen, Eisenbahnen oder Glasfaserverbindungen.“

Für die neue Studie haben die Forscher des ifo Zentrums für Bildungsökonomik zusammen mit Eric A. Hanushek von der Stanford University individuelle Schülerdaten zahlreicher internationaler und regionaler Leistungstests in Mathematik und Naturwissenschaften auf eine vergleichbare globale Messkala gebracht. Grundlegende Fähigkeiten werden dabei mit der untersten PISA-Kompetenzstufe 1 definiert. Dazu gehört es beispielsweise, einfache und eindeutige Routineaufgaben zu lösen, nicht aber, einfachste Formeln anzuwenden, Schlussfolgerungen abzuleiten oder Ergebnisse interpretieren zu können.

Hr / Pressemitteilung des ifo-Instituts vom 18.11.2022



Foto: AdobeStock

VRB-Initiative:

Neufassung der Schulbau-richtlinien überfällig

Seit Jahren angekündigt – immer noch nicht geliefert!

Das Bildungsministerium kündigte schon in der letzten Wahlperiode eine Novellierung der Schulbau richtlinie an. Der VRB hat dies begrüßt und wiederholt in politischen Gesprächen dargelegt, dass die jetzige Fassung der Richtlinie aus dem Jahr 2010 den Realitäten vor Ort nicht mehr standhält. Eine Neufassung wurde im Koalitionsvertrag für diese Wahlperiode vereinbart. Aber ein verbindlicher Zeitplan oder eine verbindliche Zusage für eine Novellierung liegt immer noch nicht vor.

Faktencheck unterstreicht die Notwendigkeit einer Novellierung!

Der Landesvorstand hat sich in den vergangenen Monaten intensiv mit den Schulbau richtlinien auseinandergesetzt. Eine Arbeitsgrup-

pe hat an unterschiedlichen Schulstandorten das Raumangebot analysiert und die Ergebnisse dokumentiert. Die uns übermittelten Ergebnisse wurden mit den gültigen Richtlinien verglichen. Der Faktencheck macht deutlich, dass die Vorgaben der Schulbau richtlinien nicht mehr stimmig mit den an den Schulen zu leistenden pädagogischen Aufgaben sind.

Bislang nur Novellierungsziel

Versäumnisse der Landesregierung beziehungsweise des Bildungsministeriums treten bei den Schulgebäuden immer deutlicher zutage. Vor allem bei den Wahlkämpfen werden die Defizite insbesondere von Oppositionsparteien vorgetragen. Abhilfe und Verbesserungen werden in Aussicht gestellt. Erfreulich ist, dass die Schulbau richtlinien Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden ha-

ben. Die Halbzeitbilanz der rheinland-pfälzischen Regierung wird im Herbst vorgelegt werden. Die Novellierung der Schulbaurichtlinien wird wahrscheinlich nicht auf der IST-Seite zu finden sein.

Novellierung duldet keinen Aufschub!

Die Ergebnisse unseres Faktenchecks wurden einem Forderungskatalog zugrunde gelegt, der an Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig und an Fraktionsvorsitzende der im Landtag vertretenen Parteien verschickt wurde. Aus unserer Sicht duldet eine Novellierung der Schulbaurichtlinien keinen Aufschub mehr. Der jetzige Zeitpunkt erscheint uns günstig, das Thema Schulbau unabhängig vom Wahlkampf zu behandeln und zu einer Lösung zu kommen, die breite Zustimmung erfährt. Eine moderne Schulbaurichtlinie wird ein mitentscheidender Faktor dafür sein, ob eine Schulgemeinschaft zukünftig den ihr von der Politik zugewiesenen Bildungsauftrag erfolgreich erfüllen kann.

Unsere zentralen Forderungen in Auszügen

Im Folgenden geben wir auszugsweise unsere zentralen Forderungen wieder. Unsere Schreiben sind auf unserer Homepage hinterlegt und können dort abgerufen werden.

► Raumkapazität neu fassen

Die aufgeführten Flächenangaben sind vielerorts konträr zur schulischen Realität. Für die Neufassung ist es unumgänglich, die Quadratmetervorgaben zu erhöhen.

Die Schülerinnen und Schüler haben einen gesteigerten Bewegungsdrang, benötigen mehr Rückzugsmöglichkeiten und brauchen auch Ausweichmöglichkeiten zur Konfliktminimierung auf dem Pausenhof.

Des Weiteren ist auf eine ausreichende Beschattung zu achten. Im Zuge des Nachhaltigkeitsgedankens (Klimawandel und Netzwerke wie BNE) sind entsprechende Außenanlagen einzuplanen.

Fakt ist, dass die vorhandenen Räume vielerorts deutlich kleiner sind, als sie in der Richtlinie vorgegeben sind.

Eingeschränkt wird die Raumkapazität auch dadurch, dass aus Brandschutzgründen die Jacken der Kinder nicht in den Fluren hängen sollen. Zusätzliche Kleiderschränke bzw. Kleiderhaken engen den Raum ein.

Grundsätzlich fordert der VRB eine Erhöhung der Quadratmeterzahl und stellt die Frage, weshalb die Realschulen plus und integrierten Gesamtschulen nicht in die enthaltene Öffnungsklausel einbezogen sind.

Die Notwendigkeit, die Raumkapazität neu zu fassen, ergibt sich auch aus der Tatsache, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler durch Integrationskräfte begleitet werden, die sich ebenfalls im Klassenraum aufhalten müssen. Darüber hinaus benötigen die Schulen im Sinne des integrativen Unterrichts mehr Raum für zusätzliche Schränke, Lernthecken oder auch bewegliche Medienelemente.

Bei den sogenannten kleineren Unterrichtsräumen erwarten wir eine ausreichende Anzahl. Eine individuelle Förderung in Klein-

gruppen ist nur dann umsetzbar, wenn eine entsprechende Anzahl an Differenzierungsräumen zur Verfügung steht.

► Alle Schulen benötigen einen Versammlungsraum

Die Formulierungen dieses Abschnitts sind nicht mehr zeitgemäß. Es ist nicht einleuchtend, wieso nur an großen Schulen und Schulzentren Versammlungsräume sinnvoll erscheinen! Aus der Richtlinie ist nicht einmal zu entnehmen, wie „große Schulen“ überhaupt definiert sind.

Auch an „kleineren“ Schulen müssen klassenübergreifende Elternabende veranstaltet werden! Haben diese Schulen kein Anrecht auf angemessene und würdevolle Entlassfeiern, Einschulungsfeste oder Theateraufführungen?

Der VRB fordert hier ausdrücklich: Alle Schulen benötigen diesen Raum. Wer mehr Partizipation der Gremien ermöglichen will (vgl. SchulG), muss auch den Raum zur Umsetzung zugestehen!

Die Raumgrößen müssen auch für Pausenhallen neu definiert werden. Diese müssen insgesamt deutlich größer sein, denn auch bei Regen haben die Schülerinnen und Schüler einen natürlichen Bewegungsdrang.

► Bereich für Lehrkräfte und Verwaltung

Ziel muss es sein, dass jede Lehrkraft einen eigenen Arbeitsplatz hat und sich diesen nicht noch teilen muss. Eine Differenzierung in Bezug auf Lehramtsanwärterinnen und -anwärter ist zu streichen. Im Sinne einer gelingenden Ausbildung benötigen auch sie ihren eigenen Arbeitsplatz.

In der Benennung fehlen aus unserer Sicht noch Ganztagskräfte und Integrationshelfer, die auch ein Anrecht auf einen eigenen Bereich haben müssen.

„Die Schule der Zukunft braucht moderne Lern- und Arbeitsbedingungen für Schüler:innen und Lehrkräfte. Inklusion, Ganztag, Digitalisierung und Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie sind Aspekte von pädagogischen Konzepten, die ebenso wie der Klimawandel und das „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen“ bei der Modernisierung der Schulbaurichtlinie zu berücksichtigen sind. Um die geänderten Anforderungen an Schulbauten abzubilden, werden wir diese überarbeiten. Wir werden die für den Bau unserer Schulen verantwortlichen Schulträger bei ihrer Aufgabe des Schulbaus weiterhin unterstützen. Eine Einbeziehung der Lehrkräfte, Schüler:innen sowie Eltern schon mit Beginn der Planung von Baumaßnahmen ist uns wichtig.“

Auszug Koalitionsvertrag S. 18 (Schule – Schule der Zukunft); Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz 2021 bis 2026

Im Sinne der Lehrgesundheit ist ein Ruheraum zwingend vorzuhalten! Dieser fehlt gänzlich.

► **Raum für Schulsozialarbeit**

Um eine Beziehung aufzubauen und den Schülerinnen und Schülern Hilfestellungen geben zu können, braucht es mehr als einen kleinen Raum. Hier muss eine Atmosphäre geschaffen werden, in der Hilfe auch tatsächlich angeboten werden kann, z.B. durch Medienausstattungen und Auszeitmöglichkeiten.

Nur ein Raum von zwölf Quadratmetern ist zu klein und viel wenig.

Man sollte vielmehr an unterschiedliche Räume für multiprofessionelle Teams denken, wo sich verschiedene „Experten“ befinden und in Ruhe arbeiten können.

► **Das ist zusätzlich zu beachten**

Im Raumprogramm müssen folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- a. Aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll, Zügigkeiten zu definieren. Schulen können wachsen und haben somit auch einen gesteigerten Raumbedarf.
- b. Die Ableitungen, die aus den Zügigkeitsbeschreibungen getroffen werden können, sind realitätsfremd. Beispiel: An einer fünfzügigen Realschule plus reicht ein Raum für Bildende Kunst definitiv nicht aus, während dreizügige Gymnasien zwei BK-Räume vorhalten dürfen.

c. Die FOS ist noch unberücksichtigt (SL-Büro sowie Unterrichts- und Fachräume).

d. In der Schulleitung fehlt der Didaktische Koordinator.

e. Die Schulen benötigen mehr Differenzierungsräume.

f. Räume für Berufsberatung, Streitschlichtung und Schülervertretung fehlen.

g. Ein Sanitätsraum braucht dringend Sanitärobjekte. Dies ist bisher nicht definiert.

h. Es werden zusätzliche Räume für Elterngespräche benötigt.

VRB ist vor Ort und schiebt an

Die Neufassung der Schulbaurichtlinien ist nicht nur Verbandsanliegen. Das zeigt sich in unseren Gesprächen und Verhandlungen auf Schulträger-Ebene und mit den Landtagsfraktionen. Wir verweisen in dieser Ausgabe auf die Berichte über Gespräche mit Marco Weber aus der FDP-Fraktion („... Schulbaurichtlinien ein Herzensanliegen“), mit Anne Meiswinkel von Landkreistag („Die kommunale Familie unterstützt die Schulen ...“) und mit Gabriele Wieland, der Kreisbeigeordneten des Westerwaldkreises („Investitionen in Schulen sind Zukunftsinvestitionen“).

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Sanierung und Modernisierung

Beim Thema Sanierung und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur erwartet der dbb entschiedenere Schritte der Politik. Silberbach: „Jeder Hausbesitzer und jede Firma wird genötigt, Energie zu sparen. Da kann ich nur sagen: Schaut euch mal die Schulen, Kitas und Verwaltungsgebäude an. Da pfeift es an allen Ecken und Enden.“ Natürlich seien die finanziellen Mittel begrenzt und ein generelles Festhalten an der Schuldengrenze sinnvoll. „Aber man muss schon fragen, ob man sie so hart anzieht, dass wir der nachkommenden Generationen eine dahinsiechende Infrastruktur ans Bein binden.“

dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach im Interview mit dem Handelsblatt (online am 18. November 2022)

www.dbb.de/artikel/silberbach-wir-muessen-reallohnverluste-aufholen.html

Digitalisierung: Wird in den Schulen die digitale Entwicklung ausgebremst?

Finanzierungsbedarf braucht realistische Bezugsgrößen

Das Unterrichten an rheinland-pfälzischen Schulen wird zunehmend digitaler. Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler werden zukünftig in den Schulen noch digitaler „arbeiten“. Es wird mehr Tablet-Klassen, mehr „Bring your own device“, mehr digitale Tafeln, mehr schulisches WLAN und mehr schuleigene oder regionale Server – und damit auch mehr technischen Wartungsaufwand – geben. Die Schulträger melden zurück, dass die ursprüngliche finanzielle Bedarfsplanung längst durch die Realität überholt wurde. Die durch die Pandemie beschleunigte digitale Entwicklung ist in der Gefahr, wieder ausgebremst zu werden, weil Bund, Länder und Kommunen die Mehrkosten für den IT-Support nicht tragen wollen. Derzeit läuft hierzu ein Austausch zwischen vielen Ebenen und Akteuren – auch die Personalvertretung ist einbezogen.

Digitale Strukturen sind wartungsintensiv

Zusammenbrechende Netze in Schulen gehören leider immer noch zum Alltag, sorgen für Frust und werden zurecht als unzeitgemäße Zumutung empfunden. Aktuell ist der IT-Support vielerorts nach wie vor unzureichend. Es darf nicht sein, dass es beim IT-Support der Schulen zu massiven Unterschieden kommt, weil dessen Umfang und Qualität abhängig von der Finanzkraft der Schulträger sind. Die Landesregierung muss Standards mit den Schulträgern verabreden und Lösungen für die Kostenfrage finden. Beim begrüßenswerten Systemwechsel von der Anwendungsbetreuung durch Lehrkräfte zur Übertragung der Verantwortung für den schulischen IT-Support an die Kommunen muss nachgesteuert werden. Mit Fernwartung wird man den Bedarf an IT-Support nicht abdecken können, das sollte inzwischen jedem bewusst geworden sein. Es muss einen

IT-Support vor Ort geben und es bedarf ebenfalls schulischer Ansprechpartner für diesen Support. Am Ende muss klar sein, über welche digitale Ausstattung Schulen verfügen können müssen und wie eine bedarfsgerechte technische Wartung ausgestattet sein muss.

IT-Abteilungen der Schulträger fordern neue Bezugsgrößen

Die Erfahrungen der IT-Abteilungen der Schulträger besagen, dass von realistischen Bezugsgrößen bei der Berechnung des Finanzierungsbedarfs ausgegangen werden muss. Der schulische IT-Support müsse z. B. für Lehrkräfte wie für Schülerinnen und Schüler ansprechbar sein, weil auch die Lehrkräfte, die bisher bei der Berechnung ausgeklammert waren, mit ihren technischen Problemen „supportet“ werden müssen. Auch der Zusatzaufwand im „Back-Office“ (z. B. im Einkauf) und der Mehraufwand durch Vor-Ort-Support (Fahraufwand) wurden anfangs

unterschätzt. Von den ursprünglich angesetzten Fallpauschalen wollen die Schulträger deshalb wegkommen, da diese weder bedarfsgerecht noch kostendeckend sind. Stabile Bemessungspunkte seien erfahrungsgemäß die Anzahl der Schulen in der Zuständigkeit des Schulträgers. Berücksichtigt werden müssten dabei die Anzahl der vorhandenen Säle, die Anzahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte. Auf der Grundlage dieser Faktoren könne der Support-Aufwand und der Personalbedarf berechnet werden. Als realistischer Personalschlüssel, so ist aus Schulträgerkreisen zu hören, könne gelten: ein IT-Betreuer für 650 Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte.

Ausblick

Der Austausch zwischen dem Bildungsministerium, den Schulträgern, den IT-Fachkräften, dem Pädagogischem Landesinstitut sowie den Vertretern der Personalvertretungen ist zielführend weil lösungsorientiert. Die Multiperspektivität auf die Herausforderung IT-Support führt zu mehr wechselseitigem Verständnis. Es gibt in allen Sachfragen viel Übereinkunft. Entscheidend wird sein, ob auch der politische Wille gegeben sein wird, die Empfehlungen sachgemäß umzusetzen und die Kostenfrage zu lösen.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



Staat. Machen wir.

Impressionen vom Gewerkschaftstag des dbb



Der dbb Gewerkschaftstag tritt alle fünf Jahre zusammen, wählt die neue dbb Bundesleitung und beschließt die künftigen Leitlinien für die politische Arbeit. Das Gremium tagte vom 27. bis 30. November 2022 in Berlin.

Als höchstes Gremium des dbb beamtenbund und tarifunion verabschiedeten die Delegierten des Gewerkschaftstages ein umfangreiches Paket wegweisender Beschlüsse. Sie alle zielen darauf ab, einen modernen öffentlichen Dienst zu schaffen. In über dreißig Leitanträgen sind alle notwendigen Bausteine für eine umfassende Modernisierung des Staates enthalten.

Wir haben Impressionen und Informationen aus Berlin zusammengetragen

und die rheinland-pfälzische Delegierte Saskia Tittgen gebeten, uns zu schildern, was sie in Berlin beeindruckt hat.

„Die Nähe zu den Menschen ist unsere Stärke.“

Der dbb Gewerkschaftstag mit insgesamt rund neunhundert Delegierten ist das höchste Beschlussgremium des gewerkschaftlichen Dachverbandes dbb beamtenbund und tarifunion, in dem mehr als 1,3 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und der

privatisierten Bereiche – Beamtinnen, Beamte und Arbeitnehmende – in 41 Fach-Gewerkschaften und 16 Landesbünden organisiert sind. „Der dbb ist das Kompetenzzentrum für alle Belange des öffentlichen Dienstes und der Daseinsfürsorge“, sagte dbb Bundesvorsitzende Ullrich Silberbach. „Die Nähe zu den Themen und vor allem zu den Menschen ist unsere Stärke.“



Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von Berlin, sprach zum Auftakt des dbb Gewerkschaftstages

„Ihr Gewerkschaftstag ist ein wichtiger Impulsgeber für den funktionierenden Staat. Und die 906 Anträge, die Sie sich vorgenommen haben, sind für mich ein Beleg für die Leidenschaft, mit der Sie sich um die Erhaltung und Weiterentwicklung eines funktionierenden öffentlichen Dienstes einsetzen.“

„Wenn wir wollen, dass sich Menschen für den öffentlichen Dienst entscheiden und bereit sind, sich für unsere Demokratie einzusetzen, müssen wir ihnen neben Wertschätzung auch Schutz bieten.“

einzusetzen, müssen wir ihnen neben Wertschätzung auch Schutz bieten.“

Ulrich Silberbach bleibt dbb Chef

„Der dbb, die einzig wahre Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes, wird die Verantwortlichen in der Politik daran messen, welche Anstrengungen und Investitionen sie für jene auf den Weg bringen, die dafür sorgen, dass dieses Land funktioniert – Beamtinnen wie Beamte und Tarifbeschäftigte. Der öffentliche Dienst hat in den vergangenen drei Jahren eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wichtig er für die volkswirtschaftliche Stabilität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Diesen Wert müssen wir erhalten und dafür werde ich gemeinsam mit den 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen im dbb weiter leidenschaftlich kämpfen“, betonte Silberbach unmittelbar nach seiner Wiederwahl. Er hatte sich zuvor gegen Jürgen Böhm (VDR) durchgesetzt.



Bundeskanzler Olaf Scholz: „Sie sind die Gestalter der Zeitenwende!“



Bundeskanzler Olaf Scholz dankt dem öffentlichen Dienst: „Staat machen Sie und das sehr gut.“

„Deutschland braucht einen starken öffentlichen Dienst – gerade jetzt in dieser Krisenzeit. Die Zeitenwende ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den damit einhergehenden Bruch der europäischen Friedensordnung, macht nirgendwo Halt und betrifft in ihren Auswirkungen sämtliche Bereiche des öffentlichen Dienstes, wo die Beschäftigten neben den „normalen“ Aufgaben unter Hochdruck an der Unterstützung für Geflüchtete, der Abfederung von Härten durch Inflation und Energiepreisexplosion sowie der Umsetzung der Energiewende arbeiten. Sie sind die Gestalter der Zeitenwende, Staat machen Sie und das sehr gut.

Und dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen“, so Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede als Gast auf dem dbb Gewerkschaftstag. Und er fügte hinzu: „Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen, das gilt insbesondere für die, die ihre Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen.“

Stimmen aus der Politik

„Ein attraktiver öffentlicher Dienst muss angemessen ausgestattet sein. Wir brauchen unseren Staat. Die hohe Arbeitsbelastung der Beschäftigten ließe sich auch durch eine Verschlankung von Aufgaben des öffentlichen Dienstes reduzieren, diesbezüglich biete die Digitalisierung ein großes Potenzial. Bei der Rekrutierung neuer Beschäftigter ist es zudem wichtig, sowohl das Arbeiten in Teilzeit zu ermöglichen als auch Modelle wie etwa „Führen im Team“ anzubieten.“

Emily Büning, Politische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen

„Der öffentliche Dienst braucht Wertschätzung, eine gute Infrastruktur, Ausstattung und Vergütung. Für eine größere Attraktivität als Arbeitgeber müssten die Erfahrungsstufen in der Besoldung besser abgebildet werden. Zudem gelte es, die Selbstwirksamkeit zu stärken. Es macht niemanden Freude, wenn sich die unterschiedlichen Verwaltungen gegenseitig blockieren.“

Mario Czaja, CDU-Generalsekretär

„Wir müssen mehr Digitalisierung erreichen, und das nicht erst bis 2050. Doch wir haben zu wenige junge Menschen, die sich zum Beispiel in der IT ein Leben lang verpflichten wollen. Daher müssen wir uns über Einstieg und Laufbahnen Gedanken machen, denn die praktischen IT-Kenntnisse, die viele Bewerberinnen und Bewerber mitbrächten, sind in den Laufbahnen noch gar nicht angemessen abgebildet.“

Konstantin Kuhle, Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion

„Eine angemessene Vergütung und sächliche Ausstattung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist eine Frage des Respekts gegenüber den Beschäftigten. Die Behördenleiter sind angesichts der Aufgabenflut aufgefordert, lebensstaugliche, praktische Regelungen im Rahmen ihrer Spielräume zu nutzen, um die Verfahren zu beschleunigen. Wir müssen darüber streiten, wie wir mehr Menschen in den öffent-

lichen Dienst bekommen. Der Schlüssel liegt hier unter anderem in der Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen im öffentlichen Dienst.“

Kevin Kühnert, SPD-Generalsekretär

„Eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, verbesserte Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, eine größere Durchlässigkeit bei den Laufbahnen sowie generell mehr Möglichkeiten zur Karrieregestaltung könnten die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber erhöhen.“

Susanne Ferschl, Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke

„Krisenbewältigung funktioniert nur mit einem starken öffentlichen Dienst!“

„Die Probleme im öffentlichen Dienst sind nicht vom Himmel gefallen, sie beschäftigen uns schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten. Aber in Krisenzeiten rächen sie sich doppelt und dreifach. Wir brauchen deshalb eine Kehrtwende in der Finanz- und Personalausstattung des öffentlichen Dienstes“, forderte Ullrich Silberbach, „denn Krisenbewältigung funktioniert nur mit einem starken öffentlichen Dienst. Dabei muss der Staat eine Vorbildfunktion einnehmen, nur so kann angesichts zahlreicher Krisen die gesamtgesellschaftliche Solidarität erhalten bleiben und gestärkt werden.“



Saskia Tittgen war als VDR-Delegierte in Berlin. Sie hat uns die besonderen Momente ihres ersten dbb-Gewerkschaftstags geschildert. Auf dem Foto ist die Vorsitzende der VDR-Jugend mit den Maskottchen der dbb-jugend zu sehen.

„Das hat mich beeindruckt“

„Mich haben die vielen nicht alltäglichen Momente fasziniert, wie beispielsweise die Rede unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz, der den öffentlichen Dienst als „Rückgrat unseres Landes“ bezeichnet hat.“

In Erinnerung bleibt auch der besondere Gänsehautmoment, als wir mit rund neunhundert Delegierten die deutsche Nationalhymne gesungen haben. Das ist schon etwas Besonderes, das erlebt man in dieser Form nicht alle Tage.

Die erlebten Emotionen lassen sich in der Kürze hier nur schwer darstellen, was ich aber vermitteln möchte, ist: Es ist das eine, von der Größe des dbb in vielfältigen Berichten zu lesen, aber etwas ganz anderes, diese an so einem dbb-Gewerkschaftstag wirklich zu spüren. Dabei meine ich Größe in jeglicher Hinsicht. Also sowohl die Menge an Menschen, die kritisch-konstruktiv miteinander arbeiten und füreinander eintreten, als auch die enorme Stärke, die darin steckt.

Wäre ich nicht schon längst von der aktiven Mitarbeit in (m)einem Verband überzeugt, spätestens nach diesen Erlebnissen wäre ich es.“



Foto: AdobeStock

dbb Jahrestagung 2023

Daseinsvorsorge muss raus aus dem Krisenmodus

Mit Blick auf die bekannten Missstände unter anderem im Bildungs- und Gesundheitssystem, bei der Sicherheit und in der Justiz sowie angesichts der mangelhaften Digitalisierung und der Erosion des Vertrauens in den Staat forderte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 9. Januar 2023 in Köln von der Politik und insbesondere gegenüber der anwesenden Bundesinnenministerin Nancy Faeser: „Wir müssen raus aus dem Krisenmodus. Die größte Gefahr für die Demokratie, für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und auch für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand ist ein kaputt gesparter, nicht funktionsfähiger öffentlicher Dienst.“ [...] Um Land, Wirtschaft und vor allem das Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu stabilisieren, brauche es endlich eine Kehrtwende der Politik in der Personal- und Finanzausstattung des öffentlichen Dienstes. [...]

Ra / Quelle: www.dbb.de/artikel/dbb-jahrestagung-2023.html

„Wie schließen wir die Fachkräftelücke?“

„Heute ist Fachkräftegewinnung ein absolutes Topthema“, stellte Matthias Heidmeier, STS im Arbeitsministerium NRW, in einer Podiumsrunde zum Personalmangel im öffentlichen Dienst fest. Eine Schlüsselmaßnahme gegen den Fachkräftemangel sieht er in der Stärkung der Beruflichen Bildung. Es gebe immer noch viel zu viele junge Menschen ohne Berufsabschlüsse, die über die Aufstiegschancen nach einer Ausbildung informiert werden müssten. „Letztlich muss die Bezahlung beim Handwerksmeister und beim Bachelor-Absolventen



Illustration: AdobeStock

gleichwertig sein“, schlussfolgert er. Auch Dr. Achim Dercks, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der DIHK, mahnte einen realistischen Blick auf die Lage an: „Unterm Strich müssen wir mit dem Fachkräftemangel umgehen und leben.“ Er sprach sich auch für einen verstärkten Austausch zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft aus.

Saskia Tittgen / Quelle: www.dbb.de/artikel/fachkraeftegewinnung-ist-ein-absolutes-topthema.html

Herbsttagung des dbb-Landesvorstandes

Tarifverhandlungen 2023 im Fokus



Foto: Malte Hestermann

dbb-Vorsitzende Lilli Lenz (6.v.re.) leitete die Beratungen des dbb-Landesvorstandes. Für der VRB nahm Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler (2.v.li.) teil.

Landesvorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz trafen sich Mitte November in Bad Kreuznach. Schwerpunkt der Beratungen waren u. a. die aktuellen Entwicklungen rund um die Entgelttrunde des TVöD und des TV-L im Jahr 2023.

Auch die immer noch spürbaren Auswirkungen der Coronapandemie und der Flutkatastrophe im Ahrtal auf die Berufsfelder innerhalb der vielfältigen Fachgewerkschaften waren Thema. Des Weiteren wurde der Bundesgewerkschaftstag inhaltlich abgestimmt und das anstehende Gespräch der Landesleitung mit dem Ministerrat vorbereitet. Der Landesvorstand verabschiedete drei wichtige Entschlüsse. Auch hier stehen die Tarifverhandlungen im Fokus.

- Der dbb rlp fordert mit Blick auf die Einkommensrunden 2023 ein faires und zügiges Eingehen der Arbeitgeber Seite auf die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer angemessenen Bezahlung. Der öffentliche Dienst habe gerade in den Krisenzeiten seine Bedeutung unter Beweis gestellt. Ein wertschätzender

Umgang mit den Beschäftigten schließe eine entsprechende Entlohnung ein.

- Mit Blick auf das Ahrtal fordert der dbb nachdrücklich eine „Aufbauzulage“, der für die Beschäftigten in Form einer außertariflichen Zulage gezahlt werden soll. Nötig seien auch Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung.
- Vor dem Hintergrund stark gestiegener Kfz-Kosten forderten die dbb-Gremien eine angemessene Anhebung der Wegstreckenentschädigung sowie eine Anpassung des reisekostenrechtlichen Tagegelds.

Timo Lichtenthäler
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de



Landkreistag:

„Die kommunale Familie unterstützt die Schulen nach besten Kräften“



Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler bekundete seine Freude über die Wiederaufnahme der Gespräche beim Landkreistag. Der Landesverband sehe die besondere Bedeutung der „kommunalen Familie“ bei der Schulentwicklung und sei dankbar für den regelmäßigen Gedankenaustausch. Von links nach rechts: Erwin Schneider, Anne Meiswinkel, Timo Lichtenthäler, Nicole Weiß-Urbach und Katharina Becker (hinter der Kamera: Wilfried Rausch)

Am 14. November trafen sich Mitglieder des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände in Mainz zu einem Gedankenaustausch mit der Beigeordneten Anne Meiswinkel, die den Geschäftsbereich IV des Landkreistages leitet. Der Landkreistag Rheinland-Pfalz ist der kommunale Spitzenverband der 24 Landkreise in Rheinland-Pfalz. Themenschwerpunkte des Gedankenaustausches waren die Schulbaurichtlinien, der DigitalPakt Schule und die Kinder- und Jugendhilfe sowie Inklusion.

Novellierung der Schulbaurichtlinien überfällig

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler informierte über die Ergebnisse des vom Landesvorstand durchgeführten Faktenchecks zu den Schulbaurichtlinien. Er habe einen auf der Grundlage des Faktenchecks erstellten Forderungskatalog an das Bildungsministerium und an die Fraktionen des Landtags weitergeleitet. Der Verband beklage, dass die Richtlinien die schulische Realität nicht mehr abbildeten.

Die vom Landesverband seit Jahren geforderte Novellierung habe das Bildungsministerium wiederholt in Aussicht gestellt, aber bis heute noch nicht umgesetzt.

Unterschiedliche Akteure in die Novellierung einbinden

Für den Landkreistag sei die Forderung des Landesverbandes nachvollziehbar, erwiderte Beigeordnete Anne Meiswinkel. Regelmäßig setze

der Landkreistag in den Gesprächen mit dem Bildungsministerium das Thema Schulbau auf die Agenda, da sich die Anforderungen an den Unterricht ständig geändert hätten. Handlungsbedarf sehe sie vor allem beim Ganztagsschulbereich. Hier müsste die Schulbauförderung neu definiert werden. Im Übrigen läge es, so Anne Meiswinkel, im Interesse der Schulträger, gut ausgestattete Schulen vorweisen zu können. Wichtig sei, dass die unterschiedlichen Akteure bei Veränderungsprozessen auf allen Ebenen einbezogen würden; dies gelte natürlich auch für Lehrerverbände und für die Lehrerkollegien!

Gute Fortschritte beim Ausbau des Ganztagsschulbereichs

Positiv entwickelten sich nach der Darstellung von Anne Meiswinkel die Vorbereitungen zur Umsetzung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab 2026. Der Landkreistag führe gemeinsam mit Städtetag und Gemeinde- und Städtebund regelmäßig Gespräche mit dem Bildungsministerium und der ADD. Die frühzeitige Einbindung von Leitungen der Jugendämter und der Schulabteilungen in die Entwicklungsgespräche erwiesen sich für alle Seiten als gewinnbringend. Rheinland-Pfalz sei nach ihrer Einschätzung beim Ausbau der Ganztagschulen und bei den Vorbereitungen zur Ganztagsbetreuung im Ländervergleich mit an der Spitze.

Multiprofessionelle Teams an den Schulen erforderlich

Die Vorstandsmitglieder wiesen darauf hin, dass gesellschaftliche Entwicklungen nicht einseitig bedient werden dürften. Der Ganztagsschulbereich sei gesellschaftspolitisch sinnvoll und dürfte weiter wachsen. Darauf müsse beim Schulbau und bei der Personalversorgung reagiert werden. Der Landesverband mahne immer wieder an, dass an den Schulen verstärkt multiprofessionelle Teams zum Einsatz kommen müssten. Ein Handlungsbedarf bestünde dann umso dringlicher, wenn zur

Ganztagsschule weitere Einrichtungen wie beispielsweise eine Schwerpunktschule hinzukämen.

Ausbau des Stellentableaus notwendig

Die Problembereiche und die Entwicklung der Schwerpunktschulen wurden ausführlich erörtert. Die VRB-Vorstandsmitglieder wiesen auf die Bedeutung der Unterstützung durch die Jugendhilfe hin. Anne Meiswinkel wies darauf hin, dass die Einbindung der Jugendhilfe in schulische Arbeit seit Langem ein wichtiges Thema sei und gerade in den letzten Jahren – insbesondere durch die Umsetzung der Inklusion und die geänderten Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen – an Dynamik gewonnen habe. Die kommunale Familie sehe eine besondere Aufgabe darin, die Schulen in allen Belangen zu unterstützen. So zeige die Schulsozialarbeit, dass wirksame Unterstützung von Seiten der Kommunen geleistet werde. Der Einsatz von Integrationshilfen fördere einerseits die inklusive Beschulung, jedoch müsse der individuelle Bedarf für die Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf genau in den Blick genommen und entsprechend gedeckt werden. Sie sehe zurzeit einen Trend, der eher zu einer exklusiven Beschulung mit Hilfe mehrerer Integrationshilfen in einer Klasse führe, und schlägt eine stärkere Berücksichtigung der Inklusionsbelange in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung vor. Dies würde bei der Abstimmung zwischen Eltern, Schülerin bzw. Schüler, Schulleitung und Kollegium sowie den Trägern der Jugend- und der So-

zialhilfe sehr hilfreich sein. Die Vorstandsmitglieder machten deutlich, dass der Ausbau des Stellentableaus für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Gesundheitsfachkräfte für alle Schulen notwendig sei. Sie sehen bezüglich der Finanzierung solcher Stellen die Landesregierung in der Pflicht, sich stärker zu engagieren. Das Bildungsministerium müsse neben den Schulbaurichtlinien auch die Inklusionsverordnung mit klaren Zielvorgaben für alle Beteiligten erneuern.

Konzepte für die Administration schulischer IT-Anlagen fehlen

Die Gesprächspartnerinnen und -partner beleuchteten die Umsetzung des Digitalpakts Schule in Rheinland-Pfalz aus verschiedenen Perspektiven. Die Vorgaben des Digitalpakts hätten, so Timo Lichtenthäler, eine intensive Zusammenarbeit der Schulträger notwendig gemacht. Problembereiche, die sich aus Rückmeldungen der Schulen ergaben, wurden benannt. Anne Meiswinkel verdeutlichte, dass der Landkreistag in den Gesprächen und in Arbeitsgruppensitzungen zur Klärung der vielen offenen Fragen beigetragen habe und ein regelmäßiger Austausch mit dem Bildungsministerium stattfinde. Für die Schulen, so Timo Lichtenthäler, sei die vom Land vorgegebene System- und Anwendungsbetreuung nicht mehr akzeptabel. Eine zeitnahe Modernisierung der digitalen Infrastruktur erfordere die Implementierung von „Digitalen Koordinatoren“ und IT-Fachkräften an allen Schulen.

Rheinland-Pfalz

Landkreise und Kreisfreie Städte



Verwaltungsgliederung des Landes Rheinland-Pfalz: 12 kreisfreie Städte und 24 Landkreise. Der Landkreistag ist der kommunale Spitzenverband der 24 Landkreise in Rheinland-Pfalz.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Der Landkreistag Rheinland-Pfalz ist der kommunale Spitzenverband der 24 Landkreise in Rheinland-Pfalz. Er hat u. a. die Aufgaben, die gemeinsamen Belange der Kreise in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Landtag und der Landesregierung zu vertreten und diese bei der Vorbereitung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu beraten sowie den Erfahrungsaustausch unter seinen Mitgliedern zu vermitteln, sie in Rechts- und Verwaltungsfragen zu beraten und die Öffentlichkeit über Aufgaben, Einrichtungen

und Probleme der Kreise zu unterrichten. Beigeordnete **Anne Meiswinkel** leitet den Geschäftsbereich IV. Zu ihrem Geschäftsbereich gehören u. a. folgende Referate: Europa, Gewaltschutz, Gleichstellung, Grundsatzenfragen des Schulrechts, Kinder- und Jugendhilfe, Schulbuchausleihe und Lernmittelfreiheit, Schülerbeförderung, Umsetzung des Betreuungsanspruchs auf eine Ganztagsbetreuung an Schulen, Umsetzung des Digitalpaktes an Schulen.

Aus dem Landtag

Forderung eines „Digitalen Assistenten“

„Im Bereich der Betreuung und Wartung der Endgeräte schiebt die Landesregierung die Verantwortung wieder einmal auf die Schulträger vor Ort. Als CDU-Fraktion halten wir dies für falsch und haben daher bereits seit einigen Jahren die so genannten „Digitalen Assistenten“ gefordert. Wir brauchen an unseren Schulen entsprechende Fachkräfte, die sich um die Geräte und das WLAN kümmern. Sie sind es, die von Landesseite an den Schulen eingestellt und finanziert werden müssten.“

Das Land hingegen sieht die Problematik nicht und fördert die Schulträger für den IT-Support nur marginal, sodass Letztere überhaupt keine (finanziellen) Möglichkeiten haben, entsprechende Fachkräfte einzustellen.“

MdL Jenny Groß,
bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, CDU-Kreisvorsitzende Westerwaldkreis

Ra/Quelle: <https://www.jenny-gross.de/aktuelles-mobile/artikeluebersicht-mobile/591-digitale-endgeraete-in-die-schulen-der-schein-truegt>

Digitale Bildung ist mehr als nur ein Laptop oder WLAN

„Für uns ist Digitale Bildung mehr als nur ein Laptop oder WLAN im Schulzentrum. Wir wollen fernab von Verbesserungen der technischen und strukturellen Ausstattung der Schulen, bei denen auch weiter Aufholbedarf besteht, insbesondere auf pädagogischer Ebene dafür sorgen, dass unsere Kinder durch Vernetzung, Fortbildung und Unterstützung unserer Lehrkräfte das bestmögliche Bildungsangebot erhalten. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass die Lehrerinnen und Lehrer bestmöglich auf den Unterricht auf digitaler Basis vorbereitet werden. [...] Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren noch weiter beschleunigen. Damit unsere Jüngsten das Rüstzeug erhalten, um darin bestehen zu können, braucht es immerzu Impulse, die wissenschaftliche Erkenntnisse und modernste Didaktik über unsere bestens ausgebildeten Lehrkräfte in die Klassenzimmer tragen. Dazu leistet das Digitale Kompetenzzentrum einen entscheidenden Beitrag.“

MdL Marco Weber,
bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion

Ra/Quelle: PM 08.09.2022; <https://www.fdp-fraktion-rlp.de/pressemitteilung/digitalisierung-des-bildungswesens-wird-erheblich-beschleunigt>

Land stärkt schulische Inklusion – Neuer Studienstandort für das Förderschullehramt

„Die Landesregierung investiert mit dem Haushaltsentwurf für die Jahre 2023 und 2024 gezielt in die schulische Inklusion. Unter anderem ist für das kommende Jahr die Einrichtung eines neuen Studienstandorts für das Förderschullehramt an der neuen eigenständigen Universität Koblenz vorgesehen. [...] Der neue Studienstandort wird deshalb entscheidend zum Ziel einer flächendeckenden Inklusion beitragen.“

Auch die im Haushaltsentwurf der Landesregierung angekündigten zusätzlichen Stellen – 30 für das Jahr 2023 und 40 für das Jahr 2024 – bringen die schulische Inklusion voran. Zudem werden die Mittel für die Schulsozialarbeit um 500.000 Euro im Jahr erhöht, so dass an weiteren Schulen multiprofessionelle Teams gebildet werden können, von denen insbesondere auch Schülerinnen und Schüler mit Behinderung profitieren.“

MdL Pia Schellhammer,
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ra/Quelle: PM 21.10.2022 - <https://www.gruene-fraktion-rlp.de/pressemitteilungen/land-staerkt-schulische-inklusion-neuer-studienstandort-fuer-das-foerderschullehramt/>

Der Ganzttag an unseren Schulen sollte flexibler werden

„Vor 20 Jahren hat der Ganztagsausbau in Rheinland-Pfalz begonnen und seitdem wird das Angebot bedarfsgerecht ausgebaut. [...] Bei allen Vorteilen und guten Absichten existieren auch Vorbehalte, die berücksichtigt werden müssen:

Eltern wollen ein flächendeckendes Nachmittagsangebot, aber es soll freiwillig und flexibel anpassbar sein. Dazu passen Ganztagschulen in verpflichtender oder in Angebotsform jedoch nicht. Dort gilt, dass sich Schüler verpflichtend für mindestens ein Schuljahr anmelden müssen. [...] Der Ganzttag an unseren Schulen sollte flexibler werden: Kinder brauchen eine ausgewogene Balance zwischen schulischer Bildung und Förderung. Aber sie brauchen auch Raum für die persönliche Zeit- und Freizeitgestaltung. Deshalb darf Ganzttag in der heutigen, modernen Zeit nicht als Korsett gedacht werden, sondern sollte ein freiwilliges Angebot darstellen, das Kinder und Familien entlastet und bedarfsgerecht unterstützt. Lassen Sie uns hierfür im Bildungsausschuss gemeinsame Lösungen erarbeiten“.

MdL Helge Schwab,
Stv. Fraktionsvorsitzender FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Auszug aus Redebeitrag aus der 33. Plenarsitzung des Landtags am 24.11.2022

Ra/ Quelle: <https://fw-landtag-rlp.de/2022/11/24/33-plenarsitzung-helge-schwab-zu-ganztagschulen-ganztagsschulbetreuung-und-rechtsanspruch-auf-ganztagegige-foerderung-besprechung-der-grossen-anfrage-der-fraktion-der-spd-und-antwort-der-land/>

Die Ganztagschule ist extrem beliebt und weiter im Aufwind

„Nach den aktuellen Zahlen der Landesregierung ist ein absoluter Aufwärtstrend auszumachen. Bei der verpflichtenden und der Angebotsform hat sich die Zahl der Schüler*Innen seit der Einführung 2002 mehr als vervierfacht. Noch eindrucksvoller ist es beim offenen Konzept. Hier steigt sie von rund 5000 Teilnehmer*Innen im Jahr 2002 auf knapp 33.000 in 2021. Dies zeigt, wie richtig es politisch war, bereits seit 2002 konsequent in den Ausbau von Ganztagsangeboten 1,6 Milliarden Euro vom Land investiert zu haben. [...] Sie ist ein wichtiger Beitrag, um den Kindern und Jugendlichen in unseren Schulen beste Rahmenbedingungen für ihre individuelle Förderung und möglichst viel gemeinsame Lernzeit zu eröffnen. Darüber hinaus ist das Angebot ein wichtiger Pfeiler für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eltern und Kinder können daher optimistisch in die Zukunft schauen, denn Rheinland-Pfalz war Pionier aller Bundesländer im Ganztagsausbau und fördert dieses Instrument einer gerechten Bildungspolitik für sie weiter.“

MdL Sven Teuber,
Sprecher für den Fachbereich Bildung der SPD-Landtagsfraktion

Ra/Quelle: <https://www.spdfraktion-rlp.de/presse/mitteilungen/teuber-ganztagschule-ist-in-rheinland-pfalz-extrem-beliebt-und-weiter-im-aufwind>

VRB im Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion

Landeshaushalt 2023/24 bleibt hinter den Erwartungen zurück



Foto: AdobeStock

Vergangenen November tauschte sich der VRB-Landesvorstand mit dem Arbeitskreis (AK) Bildung der CDU-Landtagsfraktion über den Entwurf zum Landshaushalt 2023/24 per Videokonferenzschaltung aus. Neben Jenny Groß, der Sprecherin des AK Bildung, nahm Anke Beilstein von Seiten der CDU-Landtagsfraktion an dem Austausch teil. Der VRB-Landesvorstand war durch den VRB-Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler sowie dessen Stellvertreter Bengjamen Bajraktari und Michael Eich vertreten.

Haushaltsentwurf 2023/24 – verharrt in der Logik vorheriger Haushalte

Der Haushaltsentwurf, so das Übereinkommen der Gesprächsteilnehmer, steht in der Tradition vorheriger Haushalte: Die Landesregierung steigert die Ausgaben für Bildung abermals, bleibt aber hinter den selbst gesetzten Erwartungen zurück. Als bildungspolitische Schwerpunktsetzungen sind die nachfolgenden Bereiche explizit im Haushaltsentwurf ausgewiesen:

- Schule der Zukunft (Seite 10)
- Frühkindliche Bildung (Seite 11)
- Berufs- und Studienorientierung/MINT-Förderung (Seite 11)
- Digitale Bildung/Digitalisierung (Seite 12)

- Sprachförderung (Seite 12)
- Ganztagsschulangebot in RLP (Seite 13)
- Inklusion (Seite 13)
- Schulsozialarbeit (Seite 14)
- Ferienbetreuung (Seite 15)

Haushaltsentwurf liefert keine überzeugenden Antworten auf Herausforderungen

Der VRB betont gegenüber der CDU-Landtagsfraktion: Zwar stellt Rheinland-Pfalz angesichts steigender Schülerzahlen mehr Personal über alle Schularten hinweg ein, verharrt aber in der Logik der nicht mehr zeitgemäßen Personalausstattung vergangener Jahre und Jahrzehnte. Es fehlt eine überzeugende Antwort auf die drängends-

te bildungspolitische Frage: Wie kann die Attraktivität des Lehramtes gesteigert werden, damit sich wieder mehr junge Menschen für den Lehrerberuf entscheiden? Der Landesregierung fehlt es offensichtlich immer noch an der Bereitschaft, hier konsequent mit mehr Investitionen zukunftsfähige Weichenstellungen vorzunehmen.



Bengjamin Bajraktari

Schule der Zukunft – Digitalisierung, Inklusion und Schulbau

Mit gut organisierten Townhalls wurden im Rahmen der Initiative „Schule der Zukunft“ im ausklingenden Jahr 2022 die Themen „Inklusion“ und „Schulbau“ öffentlich diskutiert. Viele Bürgerinnen und Bürger brachten sich hier ein. Der Eindruck entstand, dass hier etwas bewirkt und bewegt werden könne. Enttäuschend ist demgegenüber, so die Rückmeldung der VRB-Vertreter, wie wenig in dieses „Zukunftsvorhaben“ investiert wird. Von daher dürfe auch nicht verwundern, dass das Interesse der Schulen an einer Teilnahme im ersten Durchgang überschaubar gewesen ist. Auch die Ausgaben für Digitalisierung und Inklusion sowie die Zuschüsse zum



Timo Lichtenthäler

Schulbau bleiben in etwa auf dem Niveau des letzten Haushalts. Bei der Digitalisierung setzt die rheinland-pfälzische Landesregierung nach wie vor darauf, dass der Bund auch in Zukunft maßgeblich die Kosten tragen wird. Dem Investitionsstau



Jenny Groß

bei den Schulbauten (z. B. für moderne naturwissenschaftliche Fachsäle) trägt der Haushalt ebenso wenig Rechnung wie dem Umstand, dass Rheinland-Pfalz in Sachen Inklusion ein schlechtes Zeugnis ausgestellt bekommen hatte.

Fazit des Austauschs

Die CDU-Landtagsfraktion und der VRB stimmen in ihrer Einordnung des Haushaltsentwurfs in zahlreichen Punkten überein: Die Ampelregierung hat mit ihrem ambitionierten Koalitionsvertrag hohe Erwartungen geweckt, diesen wird der inzwischen



Anke Beilstein

verabschiedete Haushalt 2023/24 nicht gerecht. Es ist aus dem Haushalt nicht ableitbar, dass die Landesregierung ihre selbstgesteckten Ziele konsequent mit den erforderlichen Finanzmitteln umsetzt. Zentrale Herausforderungen, wie beispielsweise der sich stetig verschärfende Lehrkräftemangel, werden nicht angegangen.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



Michael Eich

CDU-Pressemitteilung
vom 9. Februar 2023 (Auszug)

Experten ordnen die Ergebnisse der IQB-Studie ein

Auf Initiative der CDU-Landtagsfraktion hat sich der Bildungsausschuss in heutiger Sitzung mit der IQB-Studie und den darin veröffentlichten Ergebnissen bezogen auf Rheinland-Pfalz beschäftigt und Experten aus Verbänden und Institutionen zu einer Anhörung eingeladen.

„Wir wollten mit den Verbänden, Institutionen, Lehrern, Schülern und Eltern gemeinsam über diese Ergebnisse sprechen und erörtern, was sich im Bildungsbereich in Rheinland-Pfalz verändern muss, damit Grundschul Kinder künftig ausreichend für die weiterführenden Schulen vorbereitet sind. [...]“, erklärt Jenny Groß, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.

Die Anhörung hat deutlich gemacht, dass der Personalschlüssel und damit die Lehrerversorgung elementar ist. [...]

„Für uns braucht es eine systemische Veränderung, damit Schule nicht im Notbetrieb läuft. Wir brauchen eine Personalversorgung von 100 % plus x, eine flächendeckende Ausweitung der Schulsozialarbeit und Schulpsychologie [...] Die multiprofessionellen Teams gehören ebenso zum System Schule, wie die fachmäßig ausgebildeten Fachkräfte für Integration“, argumentierte Bengjamin Bajraktari vom Verband Reale Bildung. [...]

VRB- SCHULBAU- INITIATIVE



Foto: Adobe Stock

VRB im Austausch mit der FDP

Für die FDP-Fraktion sind die Schulbaurichtlinien „ein Herzensanliegen“!

Am 17. Januar traten VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler, der stellvertretende Landesvorsitzende Christoph Krier und der Landesgeschäftsführer Wilfried Rausch in einem digitalen Meeting mit MdL Marco Weber, Parlamentarischer Geschäftsführer und bildungspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, und Jonas van Rüschen, persönlicher Referent des Fraktionsvorsitzenden und Referent für Bildung und Wissenschaft sowie Haushalt und Finanzen, in einen intensiven Austausch über unseren Faktencheck und unsere Empfehlungen zu den Schulbaurichtlinien.

Politischen Diskurs anschieben

Der VRB-Landesvorstand hat mit seiner Schulbau-Initiative angestrebt, dass die Thematik „Schulbau und Schulbaurichtlinien“ Einzug in den politischen Diskurs findet. In den letzten Jahren hat der Landesvorstand immer wieder eine Novellierung angemahnt. Die Botschaft scheint angekommen zu sein. Es fanden und finden Gespräche auf der Grundlage unseres Faktenchecks und unserer Empfehlungen statt.

Hartnäckigkeit der FDP zahlt sich aus

MdL Marco Weber machte eingangs deutlich, dass das Thema Schulbaurichtlinien für die FDP-Fraktion schon lange einen hohen Stellenwert besitzt. Seine Vorgängerin Helga Lerch sei schon in der letzten Legislaturperiode initiativ geworden. Er sei optimistisch, dass es aufgrund der Hartnäckigkeit der FDP-Fraktion noch in dieser Legislaturperiode eine Neukonzeption der Schulbaurichtlinien geben werde: Zum einen sei im Koalitionsvertrag die Modernisierung der Schulbaurichtlinien hinterlegt. Zum anderen hätte die FDP-Fraktion in einem Ent-



Marco Weber

schließungsantrag zum Doppelhaushalt Bildung den Begriff Schulbaurichtlinien verankern können. Aus den Gesprächen mit Bildungsministerin und Staatssekretärin hätte er darüber hinaus die Zuversicht gewonnen, dass in den kommenden zwei Jahren eine komplette Neufassung der Schulbaurichtlinien auf den Weg gebracht werden könnte.

„Qualitative Beteiligung“ ermöglichen

Wichtig sei ihm und der FDP-Fraktion, dass keine Novellierung der bestehenden Richtlinien vorgenommen würde, sondern ein kompletter „Neuaufschlag“ nach Zusage des Ministeriums erfolgen soll. Der Pro-



Jonas von Rüschen

zessweg sei ihm von der Bildungsministerin schlüssig dargelegt worden. Zunächst werde das Bildungsministerium zügig einen Entwurf erarbeiten und vorstellen und danach die zu beteiligenden Institutionen, Vertretungen, Verbände und Gewerkschaften in Form von Gesprächen und Stellungnahmen einbeziehen. Die VRB-Vorstandsmitglieder machten deutlich, dass dieser Prozessweg nicht ihren Vorstellungen entspreche. Die Wichtigkeit des Themas hätte einen anderen Beteiligungsweg nötig gemacht, nämlich alle wichtigen Gremien in den ersten Arbeitsprozess und damit in der Entwurfsfassung miteinzubinden. Damit wäre sicherzustellen gewesen, dass bei einer Neukonzeptionen unterschiedliche Perspektiven besonders aus dem Schulalltag Eingang gefunden hätten. MdL Marco Weber sicherte zu, dass sich die FDP-Fraktion für eine „qualitative Beteiligung“ nach der Vorlage der Entwurfsfassung einsetzen werde.

Perspektiven für eine Neuausrichtung aus Verbandssicht

Die VRB-Vertreter stellten kurz ihre Bewertungsmaßstäbe vor, die sie bei der Entwurfsfassung der Schulbaurichtlinien anlegen werden. Die bestehenden Richtlinien hätten durch die Vorgaben von Qua-



Timo Lichtenthäler

dratmeterzahlen einengend gewirkt und berechnete Wünsche und Erwartungen an Baumaßnahmen behindert. Die Neufassung müsse bei der Raumausstattung mehr Gestaltungsmöglichkeiten schaffen. Timo Lichtenthäler führte aus, dass sich neue Aufgabenbereiche und Lernfelder wie auch Funktionen, die bei der Schul-

strukturreform beispielsweise der Realschule plus zugewachsen seien, in den Schulbaurichtlinien nicht wiederfinden und an vielen Schulen Improvisationen erforderlich machen. Bei der Umsetzung der Schulbaurichtlinien würde, so die Verbandsvertreter, zu sehr Neubaumaßnahmen in den Blick genommen. Sanierungsmaßnahmen seien nach Jahren der Abnutzung und durch Neuausrichtung der pädagogischen Profile ebenso wichtig. Sie würden fast nur in Ausnahmefällen umgesetzt, da die Schulbaurichtlinien kaum finanzielle Spielräume gewähren.



Christoph Krier

Schulbaurichtlinien neu denken

Für den FDP-Bildungssprecher sind die vom VRB aufgezeigten Problemfelder der noch gültigen Schulbaurichtlinien stimmig. Wir brauchen, so der FDP-Parlamentarier, mehr Flexibilisierung und das Zutrauen vor Ort, unterschiedliche Konzepte umzusetzen. Gefordert seien in erster Linie die Schulträger wie auch die ADD. Aber auch die Schulleitungen und die Lehrkräfte müssten sich einbringen können, wenn es darum gehe, wie Räume zugeschnitten oder ausgestaltet werden sollen. Aus dem Begriff Zutrauen leite sich ab, auf die Kompetenzen der Beteiligten vor Ort zu setzen. Dieser Aspekt müsse in der Schulbaurichtlinie verankert werden.

Bei der räumlichen Gestaltung der Unterrichtsräume sind Konzepte zu entwickeln, die sich von festen Vorgaben in Form von verbindlichen Quadratmeterangaben lösen. Leitlinien für die Neufassung der Richtlinien müssten neue Lernmethoden und Unterrichtsformen wie auch unterschiedliche Erfordernisse in den Schularten und in den Jahrgangsstufen sein.

Das setze nach FDP-Vorstellung voraus, dass grundsätzlich neu gedacht wird. Für den Fraktionsvorsitzenden wie auch für die gesamte FDP-Fraktion seien die Schulbaurichtlinien ein Herzensanliegen. Die Landes-FDP werde gemeinsam mit FDP-Bundestagsabgeordneten in einem Arbeits-

kreis die Richtlinien thematisieren, um auch bundespolitische Aspekte bei der weiteren politischen Arbeit an der Neugestaltung einbringen zu können.

Wiederaufbau der Schulen im Ahrtal – Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung nicht genutzt

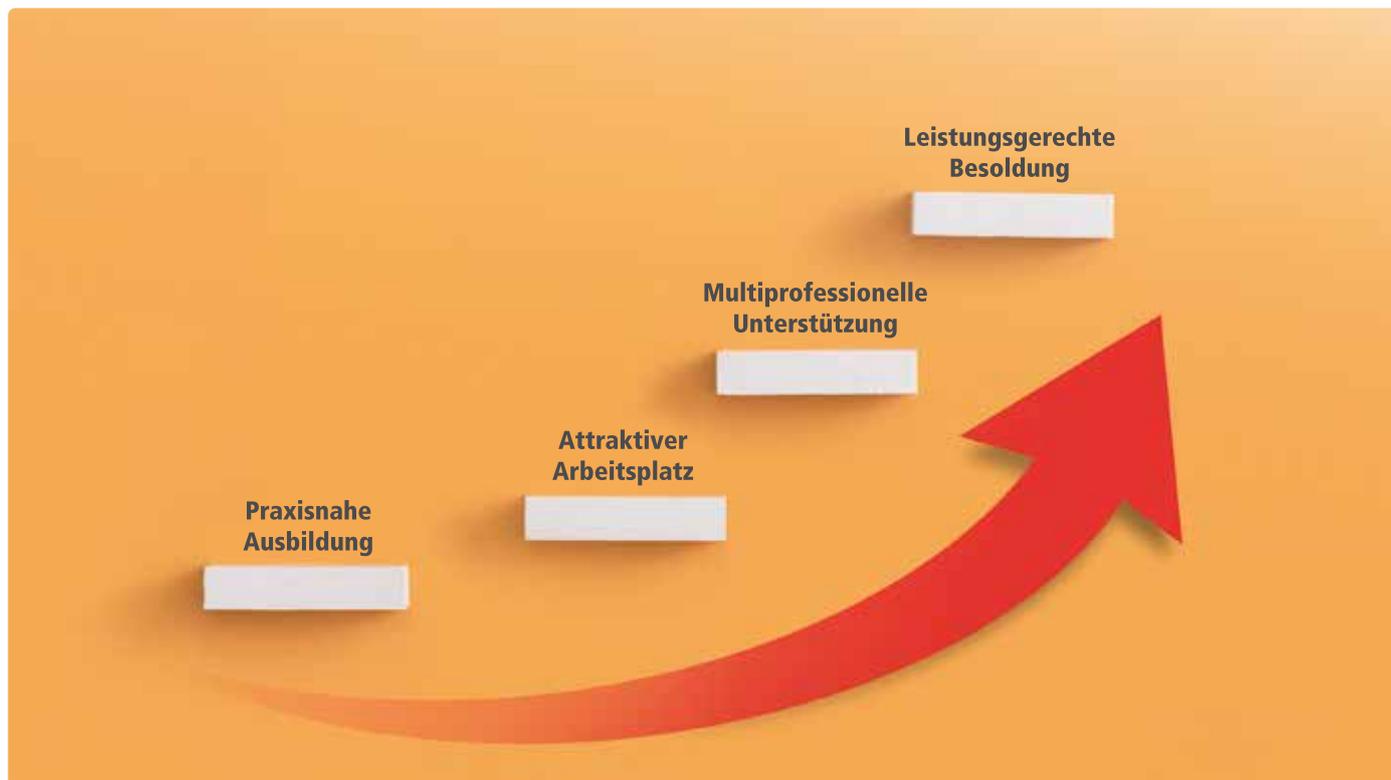
Timo Lichtenthäler wies darauf hin, welche Auswirkungen die noch bestehenden Schulbaurichtlinien beim Wiederaufbau der Schulen im Ahrtal haben. Möglichkeiten von erforderlichen und wünschenswerten baulichen Veränderungen könnten kaum genutzt werden, da diese als Neubaumaßnahmen zu bewerten seien und ein Genehmigungsverfahren erforderlich mache, das Zeit koste. Die Chance eines „neuen Ansatzes“ beim Wiederaufbau der Schulen im Ahrtal blieben ungenutzt und würden zur Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Politik und Bürokratie wesentlich beitragen.

Marco Weber berichtete, dass er sich als Mitglied der Enquete-Kommission durchgesetzt habe, eine Ortsbesichtigung am Schulstandort Altenahr durchzuführen. Er monierte die Vorgaben, alle Gebäude eins zu eins wiederaufbauen zu müssen. Die Möglichkeiten, die Zukunft am Schulstandort neu zu gestalten, werde vertan. Man hätte am Schulstandort Altenahr exemplarisch ein über das schulische Lernen hinausgehendes Modellprojekt schaffen können, ohne zusätzliches Geld des Wiederaufbaus einsetzen zu müssen. Die Richtlinien des Wiederaufbaufonds ließen dies nicht zu. In Deutschland überwiege allgemein statisches und vergangenheitsbezogenes Denken. Er hätte mehr Flexibilität in der Anwendung der Richtlinien des Wiederaufbaufonds gewünscht. Er sei enttäuscht, dass bei der Aufarbeitung der Misere nicht die Gunst der Stunde genutzt werde, Zukunft zu gestalten.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb.rlp.de



Wilfried Rausch



VRB im Austausch mit der SPD-Landtagsfraktion Attraktivität des Lehrberufs steigern

Über die Anhörung der IQB-Studie im Bildungsausschuss und Novellierung der Schulbaurichtlinie kamen Mitglieder des Arbeitskreises Bildung der SPD-Landtagsfraktion MdL Sven Teuber, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, MdL Susanne Müller, sie ist Vorsitzende des Bildungsausschusses, sowie MdL Florian Maier und Johannes Bentrup, stellvertretender Fraktionsgeschäftsführer und Referent für Bildung, mit den Vorstandsmitgliedern Benjamin Bajraktari, Christoph Krier, Saskia Tittgen und Erwin Schneider in einen konstruktiv-kritischen Austausch.

IQB-Studie und Förderung der Kernkompetenzen

In der Nachlese zur Anhörung der IQB-Studie im Bildungsaustausch bat Benjamin Bajraktari MdL Sven Teuber um eine erste Einordnung der SPD-Fraktion. Die Ergebnisse der Studie, so Teuber, müssen zur Weiterarbeit genutzt werden. Es müssen aber auch konkrete Maßnahmen erfolgen. „Wir werden Gelder ausweiten müssen, um unsere Schülerinnen und Schüler in den Kernkompetenzen zu fördern. Und dies muss bereits in der Grundschule erfolgen.“ Mithilfe gezielter Module, die seitens des Pädagogischen Landesinstitutes und in enger

Abstimmung mit dem Bildungsministerium ausgearbeitet werden, sollen die Mindeststandards im Lesen und Schreiben erhöht werden.

Herausforderung: Lehrkräftemangel

Benjamin Bajraktari begrüßte die Einschätzung und die perspektivische Weiterarbeit mit den Ergebnissen der IQB-Studie. Er verwies zugleich aber auch auf die drängende Herausforderung des Lehrkräftemangels im Bereich der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen. „Wir brauchen dringend mehr qualifizierte Köpfe in den Schulen!“. Diesem Statement stimmte MdL Susanne Müller zu und lenkte den Blick auf

die besonderen Herausforderungen an den Schwerpunktschulen. MdL Sven Teuber verwies auf die neu geschaffenen Studiemöglichkeiten für das Lehramt an Förderschulen an der Universität Koblenz.

Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs

Dem Lehrkräftemangel müsse man durch die Attraktivität des Lehrberufs entgegenreten und das Positive des Berufs her-



Sven Teuber

vorheben, so Teuber. „Es ist ein toller Beruf und es bringt viel Freude, mit jungen Menschen zusammenzuarbeiten, die wissbegierig sind und Neues entdecken möchten“.



Susanne Müller

Ferner dürfe der Beamtenstatus des Lehrberufs und die damit verbundenen Vorzüge und Sicherheiten nicht außer Acht gelassen werden, hob Teuber hervor. Notwendig sei aber auch, die Beratung der Studierenden allgemein und bezüglich ihrer Fächerkombination stärker bedarfsorientiert auszubauen. Und hier sehe Teuber das jeweilige Zentrum für Lehrerbildung an den Universitäten als erste Anlaufstelle.

Frühzeitige und verbindliche Einstellungszusagen vergeben

Christoph Krier berichtete über den Austausch mit dem aktuellen Ausbildungsjahrgang der Lehramtsstudierenden für das Lehramt an Realschulen plus am Studienseminar Trier. Die LAA beenden am 15. Juli offiziell ihre zweite Ausbildungsphase und das Schuljahr endet erst eine Woche später. Für diese eine Woche sowie die Sommerferien gäbe es zum jetzigen Zeitpunkt



Florian Maier

noch keine berufliche Perspektive für die jungen Menschen. Das Land Rheinland-Pfalz werbe offiziell mit einer generellen Einstellungszusage zumindest für Vertretungslehrertätigkeiten nach bestandener Zweiter Staatsprüfung. Aber aus den letzten Jahren sei bekannt, dass Verträge für Vertretungslehrertätigkeiten oftmals erst mit Beginn des neuen Schuljahres beginnen. Somit stünden die so dringend benötigten Kolleginnen und Kollegen sieben Wochen ohne Anstellung auf der Straße. Die Verbandsvertreter wiesen darauf hin, hierüber auch im Bildungsministerium vorgeschrieben zu haben. Teuber bedankte sich für

diesen Hinweis und versprach, mit den Verantwortlichen in Kontakt zu treten.

Schulbau neu denken

Zweiter inhaltlicher Themenschwerpunkt der Austauschrunde stellte die Novellierung der Schulbaurichtlinie dar. Teuber skizzierte, dass der Schulbau neu gedacht werden müssen und perspektivisch die Räume an die Didaktik und das pädagogische Konzept der Schule angepasst werden müsse. „Daher sollten wir die modulare Bauweise in den Blick nehmen. Wir benötigen ein Mehr an Fläche und nicht unbedingt ein Mehr an Räumen.“ MdL Susanne Müller ergänzte, dass eine gelebte Inklusion Anforderungen an eine modulare Bauweise stelle und ihren Platz in der Schulbaurichtlinie finden müsse.



Saskia Tittgen

Als gelungene Beispiele wurden hier die Pfrimmtal-Realschule plus und die BBS Westerbürg genannt, die diesem Prinzip bereits gefolgt sind. An dieser Stelle bedankte sich MdL Sven Teuber beim VRB für die kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit der noch bestehenden Schulbaurichtlinie und den zahlreichen gut durchdachten und wichtigen Impulsen, die bei der Novellierung miteinfließen werden. „Wir als SPD sind mit dem VRB und den Inhalten der



Benjamin Bajraktari

neuen Schulbaurichtlinie eng beieinander“, so der bildungspolitische Sprecher. Dennoch verwies er auf zwei Aspekte, die bei der Umsetzung der Richtlinie nicht außer Acht gelassen werden können: es bestehe zum einen ein enormer Fachkräftemangel und zum anderen komme das Geld für



Erwin Schneider

den Schulbau von der Kommune. „Und die kommunale Selbstverwaltung sieht sich hier gelegentlich nicht immer in der Pflicht.“

Räumlichkeiten für Multiprofessionelle Teams zwingend erforderlich

MdL Florian Maier brachte ein Beispiel aus seiner kommunalpolitischen Arbeit in den Diskurs ein und verwies auf die „Planungsphase Null“. Die Schule müsse für sich überlegen, wie das eigene pädagogische Konzept zum Schulbau passe und was benötigt werde. Die Verbandsvertreter hoben hervor, dass zum pädagogischen Konzept einer jeder Schule auch die enge Zusammenarbeit mit Multiprofessionalen Teams, Sozialarbeitern und verschiedenen externen Partnern wie dem Übergangcoach, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit und perspektivisch auch Gesundheitsfachkräfte gehöre. Für diese müssen Räume im Schulgebäude mitgedacht und eingeplant werden.

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Christoph Krier

Gespräch mit dem dbb Landesgeschäftsführer Malte Hestermann:

„Der Dachverband lebt vom Miteinander und vom Austausch.“



„Als Landesgeschäftsführer von dbb Rheinland-Pfalz ist man ein bisschen „Mädchen für alles, da ich in Mainz ein stetiger Ansprechpartner bin.“

Herr Hestermann, Sie sind für uns immer die erste Adresse des dbb in Rheinland-Pfalz, wenn wir Rat oder Unterstützung suchen. Wir erleben Sie stets als kompetenten und hilfsbereiten Unterstützer, der sich Zeit nimmt für unsere Anliegen. Geben Sie uns bitte einen kleinen Einblick über Ihre Tätigkeit!

Als Verbandsjurist berate ich die Mitgliedsverbände und -gewerkschaften in Rechtsfragen. Im weiteren Sinne bin ich Generalsekretär für die Gremien des dbb und ein Ansprechpartner in allgemeinen dienstrechtlichen Fragen – auch für die Landesregierung. So schreiben wir Stellungnahmen im Rahmen der Verbändeeteiligung bei Gesetzes- und Verordnungsentwürfen. Außerdem

bin ich verantwortlich für unsere Mitgliederzeitschrift, für die Mitgliederverwaltung des Dachverbandes und die Betreuung der dbb Kreis- und Bezirksverbände. Eine wichtige Aufgabe ist die Netzwerkarbeit, da der dbb Dachverband einen wichtigen Knotenpunkt für die einzelnen Mitgliedsorganisationen darstellt.

→ VRB und dbb verfassen Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen

In Rechtsfragen sind wir als Verband auf externe Unterstützung angewiesen. Gerade wir als Lehrkräfte empfinden Unsicherheiten im Umgang mit vielen Rechtsverordnungen u. a. m., die unsere eigentliche pädagogische Arbeit erschwert. Wie bewerten Sie die Entwicklung im Rechtsbereich?

Ich stelle grundsätzlich fest, dass die Entwicklung im Rechtsbereich immer umfangreicher und komplizierter wird. Es gibt zu viele Regelungen. Normen müssen verständlich sein. Auslegung ist nichts Schlimmes; denn Juristen wissen, wie sie Rechtsentscheidungen auszulegen haben. Es ist jedoch wichtig, Regelungen in Zusammenarbeit mit den Betroffenen zu finden. Für die pädagogische Arbeit wäre es sinnvoll, die Lehrkräfte durch das Schulrecht nicht zu überfordern.

Als konkretes Beispiel nennen wir die Datenschutzgrundverordnung und die gegenwärtige Verunsicherung bei der Anwendung von Microsoft-Produkten. Schulen und öffentliche Verwaltung fühlen sich unzureichend unterstützt und in der rechtlichen Umsetzung alleingelassen. Wie beurteilen Sie die Rechtslage?

Als Vater zweier Jugendlicher werde ich direkt damit konfrontiert. Das Gymnasium meiner Kinder hat sich konsequent von Microsoft verabschiedet und arbeitet mit dem Schulcampus, einer schuleigenen App und einem Info-Portal. Es wird an der Schule viel getan, damit alles datenschutzkonform läuft. Das Problem bei den großen amerikanischen Konzernen ist, dass man nicht genau weiß, wo die Daten hinfließen.

Die DSGVO ist grundsätzlich richtig und wichtig. Aber Datenschutz sollte nicht in Dokumentationspflicht und Bürokratismus ausarten. Er muss praktikabel bleiben.

→ VRB und dbb fordern Rechtssicherheit beim Datenschutz

Widmen wir uns der Besoldung im öffentlichen Dienst. Der dbb und wir kritisieren in unseren politischen Gesprächen immer wieder die Besoldungspolitik des Landes. Im Wettbewerb um Lehrer haben die Landesregierungen viel Vertrauen verspielt. Der Lehrkräftemangel, den wir im Realschulbereich immer stärker spüren, ist auch durch landespolitische Entscheidungen zu erklären. Der dbb hat sich in Rheinland-Pfalz in der Frage einer fairen und amtsangemessenen Bezahlung im öffentlichen Dienst eindeutig positioniert! Gibt es Reaktionen seitens der Landesregierung?

Die Haushaltsinteressen des Landes liegen in einem strengen Widerstreit mit den Interessen des Personals im öffentlichen Dienst.

Begleitet von vielen Protestaktionen haben wir zunächst gegen die unsägliche „5x1 %“-Minianpassungen gekämpft, die die Landesregierung dann auf vier Jahre zusammengekürzt hat. Nach einer Durststrecke folgte neben zeit- und inhaltsgleichen Übertragungen der Ländertarifergebnisse auf Besoldung und Versorgung im Landes- sowie Kommunaldienst zweimal eine zweiprozentige außerordentliche Anpassung. Diese Maßnahmen führten in das gehobene Mittelfeld beim Besoldungsvergleich der Bundesländer.

Blicken wir nach vorne. Eine neue Einkommensrunde beim TVöD steht an. Wie sehen die Tarifforderungen aus? Wie können unsere Mitglieder den dbb während der Verhandlungsrunden unterstützen?

Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung hat sich geändert; daher muss ein viel höheres Plus her. Die Auseinandersetzung wird hart werden. Deshalb sind unsere Forderungen für die erste Tarifrunde im nächsten Jahr für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen eine Anhebung der Einkommen um 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich bei einer Laufzeit des Tarifvertrags von zwölf Monaten.

In Rheinland-Pfalz planen wir die gesamten Tarifaufeinandersetzungen des TVöD zu begleiten, aber die Details sind noch unklar.

Für unsere Mitgliedsverbände und -gewerkschaften des Landes gilt, solidarisch zu den Verbänden der Kommunen und des Bundesdiensts zu stehen. Das heißt, sich möglichst bei Protestaktionen im zulässigen Rahmen zu beteiligen.

Die Ergebnisse dieser Verhandlungsrunden sind von großem Interesse auch der Beamtinnen und Beamten sowie

der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, denn die im Herbst folgenden Ländertarifverträge hängen von den Abschlüssen der TVöD-Verhandlungen im März ab.

→ VRB und dbb sorgen für Einkommensverbesserungen

Unerwartet haben Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Rahmen der Einkommensrunde 2021/22 zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Tarifabschluss beim TV-L für diese Berufsgruppe nur teilweise angewandt wurde. Die Folge war, dass ihnen für 14 Monate eine Nullrunde zugemutet wurde, da sie von den Sonder- und Einmalzahlungen ausgeschlossen wurden. Wir haben unseren Unmut sehr deutlich geäußert. Wie hat sich der dbb in Rheinland-Pfalz positioniert?

Zunächst möchte ich erläutern, dass die 1.300 Euro Corona-Sonderzahlung für die dienstlichen Erschwernisse durch Corona-Einschränkungen für die im aktiven Dienst Betroffenen und nicht für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ausgehandelt waren.



Erwin Schneider ist in der VRB-Rechtsberatung das Bindeglied zum dbb Landesbund schlechthin. Er zollte im Gespräch den Respekt unseres Verbandes über Rechtsberatung und -vertretung unserer Mitglieder durch den dbb. Fast täglich erfolgen Absprachen mit dem Dienstleistungszentrum in Mannheim. Erfolgreich sind die Justiziere in Verwaltungs- und Dienstrechtsstreitigkeiten, in der exakten Prüfung bei angezeigten Disziplinar- und Strafsachen sowie in Beihilfe-, Versorgungs- und Schadensregulierungen.

Nicole Weiß-Urbach ist neben ihren Verbandstätigkeiten auf Landes- und Bezirksebene im Vorstand der dbb frauenvertretung des dbb rheinland-pfalz engagiert. Im Gespräch fokussierte sie auf gleichstellungspolitische Aspekte, wie die Möglichkeiten, die der dbb rheinland-pfalz für eine Verbesserung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sieht und für die er sich einsetzt.

Hintergrund

Mit über 1,3 Millionen Mitgliedern ist der dbb die große deutsche Interessenvertretung für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor in Deutschland.

Der Verband Reale Bildung (VRB) ist unter dem Dach des dbb rheinland-pfalz mit weiteren vierzig Mitgliedsgewerkschaften zusammengeschlossen.

Die gewerkschaftliche Positionierung erfolgt im Hauptvorstand, dem höchsten gewerkschaftlichen Beschlussgremium zwischen den Gewerkschaftstagen. Der Hauptvorstand; in dem wir als VRB vertreten sind, trifft sich regelmäßig zweimal im Jahr und bei Bedarf zu seinen Beratungen.

Aktiv arbeiten wir im dbb Landesbund in den unterschiedlichen Gremien mit. So sind wir in der dbb arbeitnehmervertretung, in der dbb landesfrauenvertretung, in der dbb jugend, im Arbeitskreis „Seniorenpolitik“ sowie im Arbeitskreis „Bildungspolitik“ präsent.

Zur Unterstützung unserer gewerkschaftlichen Arbeit können wir stets auf die dbb Landesgeschäftsstelle in Mainz zurückgreifen. Die Unterstützung ist vielfältig und für eine funktionierende Verbandsarbeit wesentlich.

Die über viele Jahre konstruktive und erfolgreich gestaltete Kooperation mit Geschäftsführer **Malte Hestermann** hat uns dazu bewegt, ein längeres Gespräch mit ihm über seine Arbeit im dbb rheinland-pfalz zu führen. Seitens des VRB haben teilgenommen Nicole Weiß-Urbach, Mitglied in der dbb landesfrauenvertretung, Wilfried Rausch, Landesgeschäftsführer und Mitglied im Arbeitskreis „Seniorenpolitik“ und Erwin Schneider, Landesschatzmeister und Rechtsschutz-Berater des Verbandes.

Der dbb hat sich jedoch mit dem Argument, dass auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger durch Corona und den Lockdown belastet waren, für eine Ausweitung eingesetzt.

Die Antwort des Finanzministeriums lautete, dass Versorgungsempfänger diese Aktiv-Pauschale nicht bekommen könnten und dass die Sonderzahlung kein Lückenfüll-Instrument bis zur nächsten Linearanpassung darstelle, sondern eine Aufwandsentschädigung für die dienstlichen Erschwernisse für die tatsächlich Aktiven im Dienst sei. Das Finanzministerium wies darauf hin, dass auch die Aktiven eine Nullrunde gehabt hätten, da auch sie 14 Monate keine Linearanpassung bekommen hätten. Wir haben ein halbes Jahr darüber gestritten, das Landesfinanzministerium jedoch hat sich nicht bewegt.

Bei der Gewährung der Energiepauschale für Rentnerinnen und Rentner sowie Pensionärinnen und Pensionäre hat der dbb bei der Landesregierung interveniert und Erfolg gehabt. Was hat zum Erfolg geführt?

Offiziell begründet die Landesregierung, die Energiepreissteigerung betreffe Versorgungsempfängerinnen und -empfänger genauso wie Beamtinnen und Beamte. Es war bestimmt unterstützend, dass es bei der Corona-Sonderzahlung viel Aufregung gab, weil die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nicht bedacht wurden. Den Ärger haben das Landesfinanzministerium und die Bundesregierung möglicherweise gespürt.

Greifen wir den Problembereich „Angemessene Erhöhung von Wegstreckenentschädigung“ auf. Unsere Mitglieder bekunden uns ihre Unzufriedenheit. Vor allem die Anwärtinnen und Anwärter fühlen sich benachteiligt. Gibt es Initiativen seitens des dbb?

Am 14. November 2022 hatten wir eine dbb Hauptvorstandssitzung, an der wir das Thema aus aktuellem Anlass aufgrund des vorliegenden Gesetzentwurfs zur Gewährung einer Energiepreispauschale auf der Tagesordnung hatten. Seit Jahren sind die Sätze der Wegstreckenentschädigung nicht angepasst worden. Wir haben die Anpassung aber schon öfters mittels Resolution gefordert. Es soll nun eine kleine, aber aus unserer Sicht nicht ausreichende Anhebung der Wegstreckenentschädigung und der Tagegelder geben. Wir haben dazu kritisch Stellung genommen. Die Gruppe der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter muss bei der Anpassung der Wegstreckenentschädigung vergleichsweise stärker bedacht werden. Die Aspekte der Nachwuchsgewinnung und der Attraktivität des öffentlichen Dienstes sind hierbei zu berücksichtigen.

Im Ministerratsgespräch haben wir der Finanzministerin am 15. November 2022 unsere Forderung vorgetragen. Bezogen auf unsere Argumente äußerte sie, sie sähe keine Personalprobleme oder Attraktivitätsmängel im öffentlichen Dienst. Rheinland-Pfalz rangiere im Vergleich der Reisekostensätze mit anderen Bundesländern ziemlich weit oben.

→ VRB und dbb sorgen für Berücksichtigung der Rentner, Pensionäre und Anwärter

Der dbb unterstützt uns und unsere Mitglieder bei rechtlichen Auseinandersetzungen. Wir werden von dem Dienstleistungszentrum Südwest Mannheim bezüglich kniffliger Rechtsstreitigkeiten hervorragend betreut. Wie ist der aktuelle Stand?

Die Zuständigkeiten werden durch die Rahmenrechtschutzordnung des dbb Bundes und durch die Landesrechtsschutzordnung vorgegeben.

Der dbb Landesbund kann als Dienstleister für die Mitglieder im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutz-

zes nur bestimmte Rechtsgebiete bearbeiten. Über uns als dbb Landesbund laufen Rechtsfälle von Mitglieds-gewerkschaften, die keine eigene Rechtsschutz-Zuständigkeit in der Rechtsschutzgewährung haben, wie dies zum Beispiel bei kleinen Mitgliedsverbänden der Fall ist. Die meisten Anfragen laufen über die größeren Verbände und Gewerkschaften, die gute Kontakte zu den zuständigen erfahrenen Fachanwälten als geübte Praktiker im Dienstleistungszentrum Mannheim haben, die sich aufgrund des Fallaufkommens schnell in spezielle Fallgestaltung einarbeiten.

→ VRB und dbb bieten Rechtsschutz

Die Erwartungen an Bund und Länder bezüglich einer anerkennenden Wertschätzung sind hoch. Diese betreffen die Besoldung und den Umgang mit Hass, Aggression in Sprache und Umgangsformen im Schuldienst oder allgemein im öffentlichen Dienst. Der dbb rheinland-pfalz hat sich in seinen Grundsatzklärungen von 2015 und 2017 „Dem Hass keine Chance: demokratisch handeln – Haltung zeigen!“ deutlich positioniert. Dennoch besteht der Eindruck, dass sich kaum etwas gebessert hat. Täuscht der Eindruck oder besteht Handlungsbedarf?

Die Gesellschaft und unser Sprachgebrauch verrohen zunehmend. Die Pandemie hat den respektvollen Umgang weiter verschlechtert. Gerade im dbb ist dies ein großes Thema. Alle unsere 40 Mitgliedsgewerkschaften aus den unterschiedlichsten Sparten sind betroffen.

2015 wurde das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ zum ersten Mal durch uns thematisiert und wir haben damals mit der Landesregierung relativ schnell eine Grundsatzvereinbarung gegen Gewalt abgeschlossen. Der dbb rlp war einer der ersten Landesverbände, die eine derartige Vereinbarung mit einer Landesregierung trafen.

Mit dieser Grundsatzvereinbarung haben wir bewusst den Fokus auf den öffentlichen Dienst gerichtet.

Wir brauchen ein Bewusstsein bis in die kleinsten Dienststellen, das Hass und undemokratische Haltungen unterbindet. Die Vorgesetzten müssen sich der Problematik annehmen, sich hinter die Betroffenen stellen und konsequent Fehlverhalten im Umgang zur Anzeige bringen.

Die Ministerpräsidentin hat eine Null-Toleranz-Losung ausgegeben. Es gibt jedoch keinen dezidierten Handlungsplan für die Umsetzung der Grundsätze in den verantwortlichen Verwaltungsbehörden. Wenn die Grundsätze nicht ausreichen, muss von staatlicher Seite gehandelt werden. Wir bleiben aktiv bei diesem wichtigen Thema.

Der Bund der Deutschen Steuerzahler hat gefordert, den Beamtenstatus auf den Prüfstand zu stellen. Die finanziellen Folgen der "Verbeamtungswelle" trafen



„Der dbb steht für den Beamtenstatus, insbesondere auch im Schulbereich.“

die Haushalte der Länder, die mit spürbar gestiegenen Pensionslasten zu kämpfen hätten. Besonders im Blick auf die Lehrkräfte stellt der Bund der Deutschen Steuerzahler infrage, ob im Schul- und Lehrbetrieb der Beamtenstatus notwendig sei. Gibt es eine Reaktion des dbb? Welche Argumente sprechen für eine Verbeamtung der Lehrkräfte?

Das Thema wird ja tatsächlich in aller Regelmäßigkeit wieder aufgerufen.

Der dbb Landesbund hat tagesaktuell nicht auf die Äußerung reagiert. Auf dem dbb Bundesgewerkschaftstag Ende November haben sich alle Redner dagegen verwahrt, der Lehrerschaft hoheitliches Handeln abzusprechen. Auch Ulrich Silberbach, wiedergewählter dbb Bundesvorsitzender, hat betont, dass solche Angriffe auf das Beamtenum der Lehrkräfte vom Steuerzahlerbund inakzeptabel seien. Schauen Sie nach Berlin! Da wurde die Verbeamtung der Lehrkräfte nach fast zwei Jahrzehnten gerade wieder eingeführt, weil ein prekärer Lehrkräftemangel vorliegt und der Bildungssektor laut Franziska Giffey „am Boden liege“. Der dbb steht für den Beamtenstatus, insbesondere auch im Schulbereich.

Wir haben in Rheinland-Pfalz starke Bildungsgewerkschaften, die das auch unterstützen. Daher mache ich mir keine großen Sorgen und sehe keine Gefahr für den Beamtenstatus der Lehrkräfte.

→ VRB und dbb stehen für den Beamtenstatus der Lehrkräfte



**dbb:
wir.
für euch.** **10,5%
500 Euro
mindestens**

Bei den dbb Protestaktionen zur Verbesserung der Einkommenssituation im öffentlichen Dienst beweist der dbb Landesgeschäftsführer (linkes Foto mit den Maskottchen der dbb-Jugend) stets besonderes Geschick in der Organisation, Durchführung und Motivation der Gewerkschaften und Verbände unter dem Dach des dbb rheinland-pfalz. In der Einkommensrunde 2023 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen lautet die dbb-Forderung „10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr Einkommen.“



Archivbilder 2017 und 2021

Sicherlich steigen die Aufwendungen für Pensionen und belasten den Haushalt. Dies war aber absehbar. Die Landesregierungen konnten Vorsorge treffen. Wie sieht es in Rheinland-Pfalz aus? Welche finanziellen Absicherungen hat die Landesregierung vorgenommen?

Die Landesregierung hat einen klaren Auftrag: Versorgungsverpflichtungen sind zu erfüllen!

Das Land verfügt über ein Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes“. Dieser wächst aufgrund der Investitionsregeln. Dieses Vermögen wird jedoch nicht reichen. Das heißt, das Land müsste kapitalgedeckte Rücklagen bilden, was jedoch nicht konsequent erfolgt. Dies mahnen wir immer wieder an. Natürlich könnte zur finanziellen Absicherung der Aufwendungen für Pensionen der Wunsch aufkommen, die Ausgabenhöhen der Pensionen zu begrenzen. Da müssen wir als Verbände und Gewerkschaften aufpassen.

Wir möchten den Blick nun gerne auf gleichstellungspolitische Schwerpunkte lenken und ganz aktuell das Thema der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf – ein wichtiges Thema für unsere Beschäftigten an den Schulen – aufgreifen. Welche Möglichkeiten und Handlungsbedarfe sieht der dbb rheinland-pfalz?

Die Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie ist ein Topthema, welches auch durch die Corona-Pandemie noch einmal in den Fokus gerückt ist. Es ist eine stetige Aufgabe des dbb Dachverbandes und seiner Mitgliedsgegewerkschaften, sich für Verbesserungen einzusetzen. Die Landesregierung hat zahlreiche Pläne. Aber die dezentrale Organisation der Umsetzung führt zu einem Best-Practice-Prinzip: In einem Bereich gibt es eine Idee und die wird unreflektiert auf andere Bereiche übertragen.

Der öffentliche Dienst bietet viele Möglichkeiten der Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort. Wenn die Ge-

staltung dieser Möglichkeiten mit den Beschäftigten abgesprochen wird, kann dies zur Zufriedenheit am Arbeitsplatz beitragen und auch zu besseren Möglichkeiten bei der Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen führen.

Rheinland-Pfalz hat die Pflegezeit fraglos im Beamtenrecht umgesetzt.

Es gibt mittlerweile eine gute Infrastruktur für Pflege-Stützpunkte; aber es besteht noch großer Handlungsbedarf für die Unterstützung von Menschen, die unmittelbar mit dieser Situation konfrontiert werden.

Da Verbesserungen zu erzielen, ist auch im Sinne der Landesregierung. Aber leider ist es so wie immer, das Land hätte es am liebsten kostenneutral. Und das funktioniert nicht!

→ VRB und dbb fordern die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

Zum Abschluss würden wir nun gerne wissen, welche Wünsche und Erwartungen Sie an uns, den Verband Reale Bildung, richten?

Der Dachverband lebt vom Miteinander und vom Austausch an Informationen. Das ist beim VRB der Fall. Ein kollegiales Verhältnis und ein solidarisches Miteinander sind wichtig in der dbb Familie. Natürlich gibt es manchmal auch schwierige Diskussionen; aber im Endeffekt, so habe ich den Eindruck, lassen sich in Rheinland-Pfalz die Wogen schnell glätten.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Erwin Schneider
erwin.schneider@vrb-rlp.de



Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Fotos: Wilfried Rausch

► PRESSEMITTEILUNG

Berufsbeamtentum für Lehrkräfte steht außer Frage

[...] „Gerade in Zeiten von Krisen und besonderen Herausforderungen, auch im Hinblick auf den eklatanten Lehrermangel, ist es ein absolutes No-Go, die Frage der Verbeamtung von Lehrkräften erneut aufzuwerfen!“, kritisiert Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR) die jüngsten Angriffe durch CDU-Vize Carsten Linnemann und den Bund der Steuerzahler.

Der öffentliche Dienst und damit auch die verbeamteten Lehrkräfte würden in Krisenzeiten der Pandemie und des Ukraine-Krieges ein funktionierendes Gemeinwohl aufrechterhalten. „Ich bin mir nicht sicher, ob klar ist, dass nur durch die zuverlässige Arbeit der Beamtinnen und Beamten Bildung auch in diesen Zeiten stattfinden kann“, so Böhm. Ein verheerendes Signal in ohnehin schwierigen Zeiten.

„Wer den Beamtenstatus für Lehrerinnen und Lehrer in Frage stellt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die verlässliche, auf dem Boden des Grundgesetzes fundamentierte Sicherstellung des staatlichen Bildungsauftrages ist unweigerlich an die Verbeamtung der Lehrkräfte gebunden“, macht der Bundesvorsitzende deutlich. ...

„Wir müssen die Attraktivität des Lehrberufes besonders heute verbessern und nicht vollends vernichten!“, stellt Böhm klar. Durch die Sicherheit und eine angemessene Besoldung, die eine Verbeamtung bieten soll, könnte mehr Nachwuchs in den Lehrberuf geholt werden. „Zum Glück sieht die Realität ganz anders aus. Mittlerweile verbeamteten, nach Jahren der Wirrungen und Fehleinschätzungen auch Länder wie Sachsen und Berlin“, erklärt Böhm.

[...]

VDR-Pressemitteilung vom 30. November 2022

PROJEKTTAGE BEWARE

Wissenschaftliche Erkenntnisse im Praxistest.

Im Herbst 2022 fand die erste Erprobung zum „Schulprojekt BEWARE – Bewusstsein. Aufklärung. Resilienz.“ an den beiden Modellschulen, dem Werner-Heisenberg-Gymnasium Bad Dürkheim und der von Carlowitz Realschule plus in Weisenheim am Berg, statt. In unserer vorausgehenden Ausgabe stellten wir bereits die Ziele und Gesichter hinter BEWARE vor, einem Pilotkonzept für Schülerinnen und Schüler an Schulen in Rheinland-Pfalz zur Stärkung der mentalen Gesundheitskompetenz und Stressresilienz. Wir haben die Projektstage an der von Carlowitz Realschule plus in Weisenheim am Berg begleitet und Einblicke erhalten, wie Idee und Konzept nun in die Tat umgesetzt wurden.

„Meine Gefühle kann ich beeinflussen?!“

so lautete die erstaunte Frage einer Schülerin aus der von Carlowitz Realschule plus in Weisenheim am Berg als Reaktion auf die Vorstellung der Inhalte und Ziele des Pilotprojektes BEWARE. Genau darum soll es an den BEWARE-Projekttagen gehen – Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, was sie selbst tun können, um psychisch gesund zu bleiben. Dabei unterscheidet sich BEWARE von dem gewohnten schulischen Lernen:

„BEWARE ist anders als die Inhalte, die ihr aus eurem Schulalltag in Deutsch, Mathematik oder Nawi kennt“, skizziert Bettina Pahle ihren Schülerinnen und Schülern die Intention des Programmes. „Das kennt ihr: Wenn wir in Nawi ein neues Thema behandelt haben, steht am Ende meist eine Überprüfung des neuen Wissens an. Ihr lernt für diesen Test, da ihr eine gute Note möchtet. Sie ist eure Motivation zum Lernen. Eine Überprüfungssituation ist jedoch meist nicht nur motivierend. Sie kann auch Stress auslösen, beispielsweise wenn ihr den Stoff nicht so gut verstanden oder euch nicht auf die Überprüfung vorbereitet habt.“

Was wir heute kennenlernen, darüber schreiben wir keinen Test und es gibt auch keine Noten. Ihr bekommt aber alle das Angebot, das Wissen, mit stressigen und angespannten Situationen besser und gelassener umgehen zu können, und ihr erfahrt, wo und wie ihr euch dabei Unterstützung und Hilfe holen könnt.“

Intentionen der Pilotphase

In dieser ersten praktischen Testphase von BEWARE geht es zum einen um einen intensiven Austausch des Leibniz-Instituts für Resilienzforschung (LIR) mit Lehrkräften, aber vor allem um das Feedback von Kindern und Jugendlichen zu den Ideen und Ansätzen des Angebots, das voraussichtlich ab 2026 rheinland-pfälzischen Schulen zur Verfügung gestellt werden soll. Die Idee zu BEWARE hatte Prof. Dr. Michèle Wessa (Professorin für Klinische Psychologie und Neuropsychologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und Arbeitsgruppenleiterin am LIR); die Entwicklung und wissenschaftliche Evaluation am LIR wird durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) mit Mitteln der gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen des GKV-Bündnisses für Gesundheit über vier Jahre gefördert. Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium ist Kooperationspartner dieses Projekts.

Die Konzeption erfolgt anhand von Erkenntnissen aus der Resilienzforschung sowie der Forschung zur Stärkung der mentalen Gesundheitskompetenz junger Menschen. Die Pilotphase solle zeigen, welche Bausteine des Programmes durch die Lehrkräfte umsetzbar und für die Schülerinnen und Schüler geeignet seien und wo eine Anpassung notwendig erscheine, so Dr. Lena Eppelmann, Projektmitarbeiterin am LIR. Es soll evaluiert werden, welche Schritte im schulischen Kontext zu realisieren sind. Hier sei vor allem die didaktische Expertise der Lehrerinnen und Lehrer gefragt. Gerade dieser Austausch, der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des LIRs mit den Lehrerinnen und Lehrern der beiden Modellschulen sei neben anderen ein wesentlicher Aspekt der Explorationsphase. Lehrkräfte seien aus ihrem didaktischen Kontext gewohnt, Lernprozesse zu steuern, was für die Durchführung einen großen Vorteil darstelle. Der BEWARE-Prozess sei allerdings offener und unterscheide sich vom normalen Unterrichtsgeschehen.

Anderer Ansatz – neue Perspektive

Markus Koob, Lehrer an der von Carlowitz Schule, beschreibt dies so: „Eine exakte Planung ist schwierig, denn es ist von der Gruppe der Schülerinnen und Schüler abhängig, wie die jeweilige Einheit verlaufen wird. Ich muss flexibel sein, und der Verlauf ist sicherlich auch von dem bestehenden Vertrauensverhältnis der Kinder und Jugendlichen untereinander, aber auch zu mir abhängig.“

Beziehungsarbeit sei wichtig, das „Sich-Einlassen“ auf das Projekt und damit das Gelingen basierten auf gegenseitigem Vertrauen, ergänzt Bettina Pahle, die Klassenlehrerin der Klasse 7b. „Es ist wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer klar erkennen, wie sie mit dem ihnen geschenkten Vertrauen umgehen dürfen und müssen, damit sich die Schülerinnen und Schüler für das Projekt BEWARE öffnen.“

Andererseits gelte es, die Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf eigene Erfahrungen mit psychischen Erkrankungen selbst, aber auch deren Freunden und Familienmitgliedern, vor ihrer eigenen Offenheit in diesem Kontext zu schützen, hebt Dr. Eppelmann auch hervor. BEWARE ist eine schulische Veranstaltung und keine Psychotherapie. Wenn mehr Offenheit für das Gespräch über die Psyche geschaffen wird, ist es gleichzeitig wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler verstehen, dass es sich trotzdem um sehr persönliche Informationen handelt. Ob sie offen über eigene Erfahrungen sprechen, sollte nicht spontan entschieden, sondern gemeinsam mit einer Vertrauensperson abgewogen und vorbereitet werden. Dr. Eppelmann betont, dass das LIR mit BEWARE nicht das ganze Spektrum der Hilfsangebote abdecken oder Krankheitsbilder exakt beschreiben möchte. Es gehe vielmehr darum, dass die jungen Menschen erkennen, welche Möglichkeiten es gibt sich selbst zu stärken, wo sie sich Hilfe holen können, wenn sie sie brauchen, und dass psychische Erkrankungen nicht weiter ein Tabuthema sind.

Aus der Werkzeugkiste – Erste Hilfe bei Stress

Bevor Dr. Magdalena Sandner (wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Mainz), die als Tandempartnerin in der ersten Erprobung bei der Durchführung unterstützt, in das Angebot der Werkzeugkiste von BEWARE „greift“, um „Erste Hilfemaßnahmen bei Stress“ mit den Schülerinnen und Schüler einzuüben, sensibilisiert sie die Jugendlichen zu reflektieren, wie sie belastenden Momenten begegnen – optimistisch oder mit „Katastrophengedanken“? Jeder habe einen anderen Ansatz, mit Belastungen umzugehen und ein anderes Stressempfinden. Die eigene Persönlichkeit und die sie prägenden Erfahrungen hätten hier eine entscheidende Gewichtung. Die daraus resultierende eigene Herangehensweise habe dann wieder Einfluss auf die Reaktion des Umfeldes, konkretisiert sie weiter.

Durch vorheriges wiederholtes Einüben können folgende Übungen in Stress- und Belastungssituationen hilfreichen Einsatz finden:

- Aufrecht stehen, mit beiden Füßen gedanklich fest im Boden „verwurzelt“.
- Optimistischer Perspektivenwechsel: „Helden/Vorbilder“ suchen, z. B. Harry Potter, und sich vorstellen, wie diese mit der Herausforderung umgehen würden.
- Selbstmitgefühl: Im inneren Zwiegespräch betrachten, was ich als guter Freund/gute Freundin sagen oder welche Hinweise ich geben würde.
- Selbstwirksamkeit einüben – „feiere deine Erfolge“: Den Fokus auf die kleinen Dinge lenken, die schon gut laufen, und nicht nur die mögliche große Katastrophe fokussieren.

Auch eine Achtsamkeitsübung wie etwa die „Fünf-vier-drei-zwei-eins-Übung“ ist eine gute Möglichkeit, sich auf den aktuellen Moment zu konzentrieren, um zur Ruhe zu kommen und neue Gedanken zuzulassen. Hier ein Beispiel:

Benenne für dich:

- ▶ 5 Dinge, die du in diesem Raum sehen kannst
- ▶ 4 Dinge, die du in diesem Raum hören kannst
- ▶ 3 Dinge, die du in diesem Raum spüren/fühlen kannst
- ▶ 2 Dinge, die du in diesem Raum riechen kannst
- ▶ 1 Ding, das du in diesem Raum schmecken kannst.

Feedback zum Projekt – aus unterschiedlicher Sicht:

Dr. Lena Eppelmann, LIR, zur Fragebox, in der SchülerInnen während des Tages anonym Zettel einlegen konnten: "Es sind einige anspruchsvolle und wichtige Fragen zusammengekommen; mit anderen Worten: wir sind begeistert, welche ehrlichen und wichtigen Fragen gestellt wurden, und freuen uns, diese zu beantworten."

Schüler: „Spannend. BEWARE hat nichts mit Schule zu tun, darauf lasse ich mich ein. Denn hier gibt es nicht, wie in Mathe, richtig oder falsch.“

Udo Gansert, Schulsozialarbeiter: „Auch Kolleginnen und Kollegen, die dem Projekt eher zurückhaltend gegenüberstanden, ließen sich darauf ein.“

Bei Interesse an der Teilnahme an BEWARE im Rahmen der Wirksamkeitsstudie können sich Schulen an das BEWARE-Team des LIR wenden: <https://lir-mainz.de/beware>

Monika Antoni
monika.antone@vrb-rlp.de



BEWARE

Genese, Hintergründe, Vorgehensweise und Ziele

Monika Antoni im Gespräch mit Dr. Lena Eppelmann und Udo Gansert



Foto: AdobeStock

Resilienz (lat. Zurückspringen) ist ein Begriff, der seinen Ursprung im physikalischen Bereich hat und bedeutet, dass durch äußere Einflüsse eine Verformung oder Veränderung eines Gegenstandes erfolgen kann, aber auch wieder – durch verschiedene Prozessabläufe – in die ursprüngliche Form zurückkehren kann. Die Metapher eines Schwamms, der nach dem Zusammendrücken wieder in seine ursprüngliche Form zurückspringt, veranschaulicht dies. Aus psychologischer Sicht kann Resilienz als Ergebnis eines Prozesses beschrieben werden, in dem Menschen mit herausfordernden Situationen umgehen, die dazu notwendigen Kompetenzen einsetzen und (weiter-)entwickeln – und gesund bleiben oder es nach einer kürzeren Phase von Belastungssymptomen wieder werden.

Die Erforschung von Resilienz und mentaler Gesundheitskompetenz

Die Resilienzforschung untersucht, welche Faktoren, Eigenschaften und Mechanismen unterstützen können, um gestärkt aus psychischen Krisen hervorzugehen. Hier möchten Prof. Michèle Wessa und das BEWARE-Team ansetzen und untersuchen, inwieweit die Resilienz junger Menschen auch durch eine Stärkung ihrer mentalen Gesundheitskompetenz gefördert werden kann. Das bedeutet, Wissen und Strategien zu vermitteln, was sie tun können, um gesund zu bleiben und die eigene Resilienz zu stärken; es bedeutet aber auch, die Suche nach Hilfe zu erleichtern, sollten sie selbst oder jemand aus ihrem Umfeld Unterstützung benötigen. Dabei ist von Bedeutung, professionelle

Hilfe und verfügbare Behandlungsoptionen zu kennen und Wissen über Strategien zur Selbsthilfe bei weniger schwerwiegenden Problemen zu haben.

„Ich packe in meinen Koffer“ – Etablierung im schulischen Alltag

Wie aber genau läuft BEWARE an den Schulen ab? Nach einer Fortbildung der sogenannten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Kollegium, also all jener, die aktiv bei BEWARE mitwirken möchten, ist ein jährlich wiederkehrender Projekttag vorgesehen. Durch die geschulten Lehrkräfte werden die Schülerinnen und Schülern in die Thematik eingeführt, sodass diese Wissen erwerben und ausgewählte Strategien erproben können. Die mentale Gesundheitskompetenz bleibt durch die Wiederholung präsent und wird jährlich altersentsprechend vertieft und erweitert.

Was ist die Psyche? Kann ich meine Gefühle beeinflussen? Wo finde ich Unterstützung, wenn es mir schlecht geht? Und was kann ich tun, um gesund zu bleiben? Schülerinnen und Schüler erwerben Wissen zu diesen Themen und setzen sich in altersentsprechender Weise auch kritisch mit Stigmata und Hürden bei der Inanspruchnahme von Hilfe auseinander.

Zusätzlich zu den Projekttagen werden sogenannte Toolboxes entwickelt, die einfach und schnell in den Alltag zu integrieren sind. Diese können und sollen später im Fächerkontext implementiert werden bspw. bei der Lektüreauswahl in Deutsch oder in

Sozialkunde, wenn es um das Leben in Gemeinschaften geht. Dieses wiederkehrende Aufgreifen der Module hat zum Ziel, dass das Thema „Mentale Gesundheitskompetenz“ so selbstverständlich wird, dass jede bzw. jeder darüber sprechen kann. Darüber hinaus bringen die Schulen auch eigene Ideen ein, um das Thema mentale Gesundheit präsent zu halten: so plant die von Carlowitz Realschule plus eine Art „Tag der offenen Tür“, zu dem neben den Beteiligten am BEWARE-Projekt auch interessierte Eltern und Kolleginnen und Kollegen anderer Schulen eingeladen werden sollen.

Damit BEWARE sich als fixer Teil der Arbeit innerhalb eines Schuljahres etablieren kann, ist auch die Implementierung eines verbindlichen Organigramms der Steuerungsgruppe dieses Projektes vorteilhaft, damit nicht durch den Wegfall des oder eines Verantwortlichen BEWARE an der Schule seine Lobby verliert.

Vierjährige Pilotphase

Die Entwicklung des Programms ist auf vier Jahre angelegt. In den ersten beiden Jahren wird das Programm am Werner-Heisenberg-Gymnasium in Bad Dürkheim und der von Carlowitz Realschule plus in Weisenheim am Berg entwickelt und im Hinblick auf die Zufriedenheit und Machbarkeit evaluiert. Außerdem wurde vorab eine digitale und anonymisierte Datenerhebung durchgeführt, um den Istzustand des Wissens- und Erfahrungshorizonts der jungen Menschen bzgl. psychischer Erkrankungen zu kennen. Die Erkenntnisse aus der Erprobung und dem engen Austausch mit den beiden Modellschulen fließen in die Programmentwicklung ein, bevor im dritten und vierten Jahr danach eine wissenschaftliche Studie an voraussichtlich sechs weiteren Schulen – mit unterschiedlichen räumlichen und sozialen Situationen – vorgesehen ist. Das an den beiden Modellschulen entwickelte Konzept wird in dieser zweiten Projekthälfte von dieser größeren und möglichst heterogenen Gruppe von Schulen erprobt. Regelmäßige



Komponenten der Förderung mentaler Gesundheitskompetenz nach Kutcher et al. (2016)

Befragungen in dieser Phase ermöglichen zu untersuchen, ob das Programm zu den erwarteten Verbesserungen der mentalen Gesundheitskompetenz führt, Stigmata gegenüber psychischen Erkrankungen abgebaut und das Annehmen von Hilfsangeboten gefördert werden konnten. Das bedeutet, das BEWARE-Programm wird sich zunächst einer kritischen Prüfung der Wirksamkeit stellen, die es gleichzeitig ermöglicht, nachteilige Effekte auszuschließen, bevor es anschließend von allen interessierten Schulen eingesetzt werden kann.

Arbeit auf zwei Ebenen

BEWARE setzt auf zwei Ebenen an: einerseits werden Lehrkräfte geschult und im Klassenverbund über das Thema psychische Gesundheit offen gesprochen, andererseits erlernt die und der Einzelne etwas. Daher wird neben einer Stärkung der mentalen Gesundheitskompetenz von Schülerinnen und Schülern auch untersucht, ob sich durch die wiederkehrenden niederschweligen Angebote im Schulalltag langfristig positive Veränderungen der Schulkultur ergeben.

Wichtig sei ihnen bei BEWARE, so betonen Dr. Eppelmann und Udo Gansert, dass aus zwei Perspektiven – Wissenschaft und Schule – eine Auseinandersetzung mit der Programmentwicklung stattfindet. Denn so können beide Seiten voneinander lernen und Verständnis für die Problematiken der anderen Seite entwickeln und auf eine langfristige Implementierung von BEWARE hinarbeiten. BEWARE versteht sich als ein Puzzleteil in den gesamten Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung an einer Schule. An der von Carlowitz Realschule plus steht hier die Frage im Raum, wie BEWARE an dem schon etablierten, wöchentlichen Unterricht „soziales Lernen“ von Udo Gansert anknüpfen kann.

Der offene Austausch ist wichtig

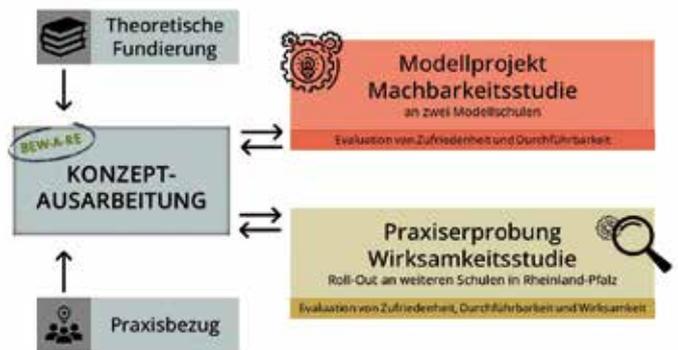
Udo Gansert hebt hervor, dass es beim „sozialen Lernen“ nicht um fachliches Lernen vielmehr um informelles Lernen gehe. Notwendig sei der Aufbau einer Beziehungsebene, um die Jugendlichen einschätzen zu können, aber auch Vertrauen zu schaffen. Schülerinnen und Schüler sollen sich öffnen und gezielt nach Hilfe fragen. Nur durch den kontinuierlichen Abbau von Schranken – auf der zwischenmenschlichen Ebene – sei ein zielgruppengerechtes Angebot zu entwickeln. BEWARE sei aus seiner Sicht zwischen dem sozialen Lernen und dem re-

gulären Unterricht zu verorten: einerseits stehe die Wissensvermittlung durch eine Lehrkraft im Vordergrund, andererseits könne dies bei dem sensiblen Thema nur gelingen, wenn eine vertrauensvolle, offene Atmosphäre entstehe. Auch daher sei der offene Austausch mit Lehrerinnen und Lehrern, aber auch Schülerinnen und Schülern der Pilotschulen und das gemeinsame Ausprobieren und Entwickeln, gerade in der Pilotphase so wichtig.

Die Geschichte des kleinen Elefanten

Die Thematisierung mentaler Gesundheitskompetenz gehöre in den Schulkontext, das sei allen Beteiligten von Beginn an ein großes Anliegen gewesen. Es sei wichtig, SchülerInnen zu vermitteln, dass Resilienzmechanismen wie die Selbstwirksamkeitserwartung durch gezielte Übung und Unterstützung veränderbar seien, auch wenn durch die individuelle Lebensgeschichte Weichen gestellt seien. "Indem wir jungen Menschen Wissen an die Hand geben, mit dem sie sich um ihre eigene Gesundheit besser kümmern können, erhoffen wir uns einen positiven Einfluss auf ihre Resilienz," so Dr. Eppelmann.

Um das zu illustrieren, erzählt sie abschließend die Geschichte des angeketteten Elefanten von Jorge Bucay: Dieser war als Babyelefant an einen Pflock gebunden, von dem er sich aus eigener Kraft nicht befreien konnte. Auch als mächtiger Elefantenbulle traute er sich nicht, den Pflock rauszureißen, obwohl er dazu körperlich in der Lage gewesen wäre. Im Gespräch des Therapeuten Jorge mit dem jungen Mann Demian fragt sich dieser, weshalb sich die Zirkuselefanten nicht auf und davon machten. Sein Gegenüber antwortet, der mächtige Elefant fliehe nicht, weil „der Ärmste glaubt, dass er es nicht kann.“ Die Erinnerung an seine Erfahrung als Babyelefant hätten sich eingepreßt und er habe sie nie hinterfragt. „Manchmal, wenn wir die Fussfesseln wieder spüren und mit den Ketten klirren, gerät uns der Pflock in den Blick, und wir denken: Ich kann nicht, und werde es niemals können. [...] Der einzige Weg herauszufinden, ob du etwas kannst oder nicht, ist, es auszuprobieren, und zwar mit vollem Einsatz. Aus ganzem Herzen!“



Die Geschichte zeige, wie wichtig es sei, dass man eigene Denk- und Verhaltensmuster hinterfragt, sich manchmal dafür Hilfe von außen holt, um sich zu trauen und auf den eigenen Weg zu machen, neue Herausforderungen und Entwicklungen anzunehmen. BEWARE will zeigen, sich um die Psyche zu kümmern und bei Problemen Unterstützung zu suchen, ist kein Tabu, sondern genauso wichtig und okay, wie wir auf einen regelmäßigen Schlaf, die gesunde Ernährung, regelmäßige Kontrollen beim Zahnarzt oder die Behandlung des Chirurgen zurückgreifen, wenn es um unsere körperliche Gesundheit geht. Und am wichtigsten: jede und jeder kann etwas für die eigene Gesundheit tun!

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Literatur: Bucay, Jorge (2014). Komm, ich erzähl dir eine Geschichte. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.



Dr. Lena Eppelmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Resilienzforschung (LIR). Sie bringt beim Projekt BEWARE auch ihre Erfahrungen aus ihrer Arbeit in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ein.

Udo Gansert arbeitet als Schulsozialarbeiter an der von Carlowitz Realschule plus in Weisenheim am Berg. Er begleitet schon seit Jahren – in Kooperationen mit den Lehrkräften – die in der Jahresplanung der Schule etablierten Thematiken „Soziales Lernen“ und PIT-Prävention im Team.

Thema „Fachkräftesicherung“ als schulisches Anliegen

Beispiel: KARS plus Landau



Zum Thema Berufsorientierung und Fachkräftesicherung haben sich in der Schulbibliothek versammelt (von links): Sandra Kiefer-Seiler (ProfeS – Bildung und Kommunikation GmbH sowie Wirtschafts-junioren LD), Stefanie Wickert (Wickert Maschinenbau GmbH), Christine Groß-Herick (Leiterin der Agentur für Arbeit in LD), Wolfgang Peters (Schulleiter der BBS Landau), Manfred Schabowski (SL der KARS), die Berufswahlkoordinatoren der Schule, Florian Korthaus und Rainer Bieling sowie die Schülerinnen Maria Lennartz und Katherina Proske. Weitere Teilnehmer waren online zugeschaltet.

Ende Dezember hatte Rainer Bieling für das Berufswahlkoordinatoren-Team der Konrad-Adenauer-Realschule plus zu einem Pressegespräch eingeladen. Themenschwerpunkt sollte das Thema Fachkräftesicherung sein. Die Veranstaltung war ein Erfolg, weil die Schule deutlich machen konnte, wie dicht ihr Netz aus Unterstützung und Kooperation geflochten ist, und dass dieses Netz Wege in den Beruf weit über den schulischen Rahmen hinaus begleitet und bereithält.

Vier Aspekte sind wichtig

Radio Antenne Landau verbreitete am darauffolgenden Tag ein Statement des Schulleiters, Manfred Schabowski, zu der Frage, was seine Schule zum Thema Berufswahlorientierung bzw. Fachkräftesicherung beitragen könne: Schabowski hob vier Aspekte hervor: „Wir verbinden in den verschiedenen Jahrgangsstufen immer wieder Schule mit Praxis. Dank einer gut funktionierenden Schulgemeinschaft sind Eltern bereit, ihre Berufe im Unterricht vorzustellen. Dazu gibt es mit den Berufswahl- und Praxistagkoordinatoren und mit der Berufsberatung, die hier in der Schule stattfindet, ein Unterstützungssystem vor Ort. Und schließlich haben wir über 160 Netzwerkpartner, die eng mit uns zusammenarbeiten.“

Drei große Herausforderungen der Zukunft

Die Vertreterinnen der Wirtschaftsunternehmen beschrieben die jahrelange Zusammenarbeit mit der Schule als Win-Win-Situation. Der Schulleiter der Berufsbildenden Schule betonte, wie wichtig der regelmäßige Austausch der Schulleitungen sei. Die KARS sei Zubringer für das Duale System, die FOS II und die beruflichen Gymnasien.

Christine Groß-Herick, die Leiterin der Agentur für Arbeit, verdeutlichte: „Wir haben heute einen Bewerbermarkt, d.h. Schülerinnen und Schüler und auch ausgebildete Bewerberinnen und Bewerber können sich in der Regel ihre Stellen aussuchen. Das Problem der Arbeitgeber ist aktuell und perspektivisch die Fachkräftesicherung.“ Sie benennt als die

drei großen Herausforderungen der Zukunft die Demographie, die Dekarbonisierung und die Digitalisierung. „Wir haben jetzt nur eine Chance, nämlich dafür zu sorgen, dass keiner verloren geht, dass alle einen sinnvollen Übergang von Schule zu Beruf finden, und dass die jungen Leute gut begleitet werden beim Übergang in die Ausbildung, dass sie eine gute Hilfe und Orientierung bekommen bei ihrem Weg, das Richtige zu finden.“

Zwei klare Ziele

Dass genau das in ihrer Schule gelungen ist, wird deutlich aus dem, was Maria Lennartz und Katherina Proseke, die beiden Schülerinnen in der Runde, im Anschluss erzählen. Beide haben klare berufliche Vorstellungen. Maria will Justizfachangestellte werden, Katherina will im Bereich Angewandte Pharmazie tätig werden. Sie berichten, von welchen Vorstellungen sie ursprünglich ausgingen und wie sie letztendlich im schulischen Netzwerk Sicherheit und neue Ziele bei der Berufsfindung gewonnen haben. Dabei wird beiläufig deutlich, wieviel die Menschen, die das schulische Netzwerk bilden, zu leisten und zu unterstützen bereit sind.

Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de



Schulgemeinschaften helfen Erdbebenopfern

Niemand blieb von den Bildern und Nachrichten, die nach dem großen Erdbeben in der Türkei und Syrien um die Welt gingen, unberührt. So haben sich auch zahlreiche Schulgemeinschaften auf den Weg gemacht, um Spenden für die betroffenen Menschen in beiden Ländern zu sammeln. Zwei Beispiele:

In Landau hat sich die Schülervertretung der Konrad-Adenauer-Realschule plus (KARS) an ihre Mitschülerinnen und Mitschüler und an die Lehrkräfte gewandt, um Geld für die Opfer des Erdbebens zu sammeln. Die Spendengelder sollen aufgeteilt werden, um damit sowohl Menschen in der Türkei, aber auch Menschen im vom Krieg betroffenen Gebiet in Syrien zu unterstützen.

Die Realschule plus in Kandel hat in der Schule Sachspenden gesammelt. Schulleiterin Cornelia Geiser berichtete gegenüber der Rheinpfalz (15.2.23): „Wir sind total überwältigt von der Spendenbereitschaft.“ Eine Hilfsorganisation wird den Transport ins Erdbebengebiet übernehmen.

Wohin kann man für die Erdbebenopfer spenden?

Beispielsweise an das Aktionsbündnis Katastrophenhilfe (IBAN: DE65 100 400 600 100 400 600 – Stichwort „Erdbeben Türkei Syrien“).

Ser

Neue (alte) Ferienregelung für Rheinland-Pfalz

Ab dem Schuljahr 2018/19 trat in Rheinland-Pfalz eine Ferienregelung in Kraft, die zwischen den Weihnachts- und Osterferien bzw. zwischen den Oster- und Sommerferien entweder Winter- oder Pfingstferien ermöglichte.

Nun kehrt das Ministerium zur ursprünglichen Ferienregelung zurück. Ab dem Schuljahr 2024/25 wird es keine Winter- oder Pfingstferien mehr geben. Dafür verlängern sich beispielsweise wieder die Weihnachtsferien. Sechs bewegliche Ferientage ste-

hen den Schulen nach wie vor zur Verfügung. Der Verband Reale Bildung begrüßt die Neuregelung. Sie nimmt Druck und erleichtert kontinuierliches pädagogisches Arbeiten und Unterrichten.

Unten aufgeführte sowie weitere Ferientermine bis zum Schuljahr 2029/30 finden sich auf der Website des Ministeriums für Bildung.

NWU / Quelle: <https://bm.rlp.de/de/service/ferientermine>

Übersicht über die Ferientermine bis Schuljahr 2026/27:

Schuljahr	2022/23	2023/24	2024/25	2025/26	2026/27
Sommerferien	24.07.–01.09.23	15.07.–23.08.24	07.07.–15.08.25	29.06.–07.08.2026	
Herbstferien	16.10.–27.10.23	14.10.–25.10.24	13.10.–24.10.25	05.10.–16.10.26	
Weihnachtsferien	27.12.23–05.01.24	23.12.24–08.01.25	22.12.25–07.01.26	23.12.25–08.01.27	
Osterferien	03.04.–06.04.23	25.03.–02.04.24	14.04.–25.04.25	30.03.–10.04.26	22.03.–02.04.27
Pfingstferien	30.05.–07.06.23	21.05.–29.05.24	–	–	–

STARTSCHUSS:

Mentoring-Programm für weibliche Führungsnachwuchskräfte

Mitte Oktober fand die Auftaktveranstaltung zu einem Mentoring-Programm statt, das sich an weibliche Lehrkräfte mit dem Ziel wendet, sie zur Übernahme einer Führungsfunktion zu motivieren.

Zwanzig Mentorinnen und Mentoren sowie zwanzig Mentees (Personen, die von Mentorinnen oder Mentoren betreut werden) aus verschiedenen Schularten waren zu der Veranstaltung nach Vallendar angereist, um sich kennenzulernen und erste schulpraktischen Überlegungen für ihre Tandem-Beziehung zu erarbeiten. Das im Bildungsministerium erarbeitete Konzept wurde vom Zentrum für Schulleitung und Personalführung (Zfs) des Pädagogischen Landesinstituts (PL) vorgestellt.

Über das Konzept, die Programmmodule und eine Veranstaltungsübersicht des laufenden Programms kann man sich auf folgender Seite des Bildungsservers informieren: <https://zfs.bildung-rp.de/angebotsspektrum/mentoringmehr-frauen-leiten-schule.html>

Eine Evaluation ist für das Frühjahr vorgesehen. Bis dahin haben die Mentees die Möglichkeiten, Schulleiterinnen und Schulleitern bei ihrer Arbeit zu begleiten und Führungshandeln durch direkten Austausch zu erfahren. Das PL begleitet das Programm mit Angeboten für Mentees (beispielsweise zur Reflexion der Führungsrolle) und für Mentorinnen und Mentoren mit Weiterbildungsmöglichkeiten in Kommunikationsstrategien.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Schülerzahl durch Geflüchtete aus Ukraine 2022 deutlich gestiegen

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamtes besuchten zu Beginn des aktuellen Schuljahres 2022/23 rund 425.600 Kinder und Jugendliche eine der knapp 1.500 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz.

Damit stieg ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr um etwa 13.800 bzw. um 3,3 Prozent. Insbesondere die Grundschulen (+ 6 %) und Realschulen plus (+ 3 %) verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr einen hohen Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler.

Der Zuwachs der Schülerzahl ist im Wesentlichen auf die demografische Entwicklung in den entsprechenden Altersgruppen und die zugezogenen Geflüchteten aus der Ukraine zurückzuführen. Gegenüber dem Schuljahr 2021/22 nahm die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit ukrainischer Staatsangehörigkeit von etwa 400 auf 9.200 zu. Das war ein Anstieg um mehr als das Zwanzigfache.

Regionale Unterschiede an Grundschulen

Alle Landkreise und kreisfreien Städte meldeten gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg der Schülerzahlen an Grundschulen. Den größten Zuwachs verzeichnete der Rhein-Pfalz-Kreis mit mehr als zehn Prozent, gefolgt von Altenkirchen (+ 8,8 %) und den kreisfreien Städten Trier (+ 8,6 %) und Kaiserslautern (+ 8,4 %). Vergleichsweise gering fiel die Entwicklung im Landkreis Ahrweiler (+ 3,0 %) aus, in dem viele Schulen 2021 noch erheblich von der Flutkatastrophe im Ahrtal betroffen waren.

Hr / Quelle: Statistisches Landesamt, 20.12.2022

Foto: AdobeStock

Geflüchtete ukrainische Kinder an Schulen:

Ausnahmestand für das überlastete deutsche Bildungssystem

Mehr als 200.000 geflüchtete Kinder aus der Ukraine besuchen deutsche Schulen. Die meisten hat Nordrhein-Westfalen (38.151) aufgenommen, gefolgt von Bayern (29.405) und Baden-Württemberg (28.549). Es ist zu erwarten, dass die Zahlen weiter steigen. Institutionen schlagen

Alarm, viele Bildungsstätten sind mit der Situation überfordert. Man hoffe weiterhin auf eine möglichst schnelle Rückkehr der Kinder und Jugendlichen in ihre Heimat, müsse sich aber auch auf eine längerfristige Perspektive einstellen, sagte Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger.

„Kernproblem insgesamt ist der Lehrkräftemangel, bei dem jetzt dringend mehr passieren muss. Das ist zentrale Aufgabe der Länder“, fügte die Ministerin hinzu. Weil es einen enormen Mangel an Lehrkräften für Deutsch als Zweitsprache gibt, werden die Kinder z.T. von ukrainischen Lehrkräften unterrichtet, deren Anerkennungsverfahren nicht abgeschlossen ist. Spezielle ukrainische Klassen behindern jedoch die Integration. Eine Eingliederung in reguläre Schullauf-

bahnen bis Ende des Schuljahres hält DL-Präsident Hans-Peter Meidinger für unrealistisch. „Die Politik kann jetzt nicht einfach zusätzliche Lehrkräfte hervorzaubern. Wir erwarten aber, dass sie die Lage nicht schönredet und den Eindruck erweckt, dass alles super läuft.“

Hr / Quelle: tagesspiegel.de,
9. Januar 2023

„Demokratiebildung in der Schule“

Eine Vorschau auf den 11. Ingelheimer Fachkongress

Mit dem für den Kongress gewählten Begriff „Demokratiebildung“ soll deutlich werden, dass sich dieses Thema nicht allein auf eine Ausweitung der Politischen Bildung beschränkt, die häufig vorrangig einem Unterrichtsfach wie Sozialkunde oder Gesellschaftslehre zugeschrieben wird. Demokratiebildung versteht sich vielmehr als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip.

Über respektvollen Umgang und gegenseitige Achtung

In einer VRB-Pressemitteilung vom 11. Januar erklärte VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler unter dem Eindruck der Silvester-Vorfälle: „Wir wollen als Verband Reale Bildung daran mitwirken, dass Kinder und Jugendliche den Wert von Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit erkennen und dabei erfahren, wie ein respektvoller Umgang und gegenseitige Achtung funktionieren.“

Anstöße für die Unterrichtsarbeit

In seinem Beitrag „Demokratiebildung in der Schule“ nennt Bernd Karst weitere Ziele des Kongresses: „Wir möchten unseren Kolleginnen und Kollegen ein Forum bieten für den Austausch von Praxiserfahrungen und neuen Ideen, für das Knüpfen von schulübergreifenden Kontakten und Vernetzungen. Darüber hinaus

möchten wir Anstöße für die eigene fachspezifische und fächerübergreifende Unterrichtsarbeit geben.“

Escape Games in der Schule?

Die Arbeitskreise bieten eine breite Themenpalette. Diese reicht von den Möglichkeiten der Gestaltung eines alltagsorientierten Demokratieunterrichts und des Schullebens bis zur Darstellung innovativer Methoden und Projekte der Demokratiebildung. Das sind z.B. „Escape Games“. Thomas Landini wird beim Kongress den Escape Room „Charta der Vielfalt“ vorstellen. Wir haben ihn vorab zum Thema Escape Games als Weiterbildungsformat für die Schule befragt.

In der nächsten Ausgabe werden wir ausführlich über den Kongress berichten.

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 9. JANUAR 2023

Der Verband Reale Bildung (VRB) fordert stärkeres Eintreten für den demokratischen Rechtsstaat

Wir alle haben die Verantwortung, den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

Friedliche Demonstrationen, Einsatz für Gewaltfreiheit und Toleranz gegenüber Mitmenschen sowie engagiertes Handeln für eine Politik des Friedens und der Freiheit sind Aktionen, die unsere Verfassung schützt, solange sie im rechtsstaatlichen Rahmen erfolgen. Aktionen, die Menschen in Gefahr bringen und strafbar sind, sind nicht zu rechtfertigen. Sie verdienen diesen Schutz nicht. Die sichtbar zunehmende Rücksichtslosigkeit und Gewalt in unserer Gesellschaft erfordern konsequentes Handeln. Insbesondere jene, die für den Schutz unserer Gesellschaft zuständig sind und die sich für die Menschen unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens einsetzen, benötigen ein Signal staatlicher und gesellschaftlicher Solidarität sowie mehr Respekt und Wertschätzung. Der VRB fordert mehr Schutz für die Schützer unserer Gesellschaft.

Gewalt gibt es in vielen Bereichen der Gesellschaft. Schule hat den Auftrag, junge Menschen in ihrem Engagement für den demokratischen Rechtsstaat und ihr entschiedenes Eintreten gegen antidemokratische und menschenfeindliche Haltungen und Entwicklungen zu stärken. „Wir wollen als Verband Reale Bildung daran mitwirken, dass Kinder und Jugendliche den Wert von Menschen-

würde, Freiheit und Gerechtigkeit erkennen und dabei erfahren, wie ein respektvoller Umgang und gegenseitige Achtung funktionieren“, erklärt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler.

Der VRB stellt die „Demokratiebildung in der Schule“ in den Mittelpunkt des 11. Ingelheimer Fachkongresses am 9. März 2023. Mit dem gewählten Begriff „Demokratiebildung“ soll deutlich werden, dass sich Demokratiebildung nicht allein auf eine Ausweitung der Politischen Bildung beschränkt, die in der Vorstellung häufig vorrangig einem Kernfach wie Sozialkunde oder der Gesellschaftslehre (Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde) zugeschrieben wird. Demokratiebildung versteht sich als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip. Da Unterrichtsprinzipien oft dem Vorwurf ausgesetzt sind, dass ihnen die pragmatische Relevanz fehlt, sollen Beispiele unterrichtspraktischer Umsetzung einen Schwerpunkt dieses Fachkongresses bilden.

Der VRB veranstaltet am 9. März 2023 in Zusammenarbeit mit der Fridtjof-Nansen-Akademie den 11. Ingelheimer Fachkongress zum Thema „Demokratiebildung in der Schule“.

Demokratiebildung in der Schule



Foto: Bernd Karst

Demokratie bedeutet, dass jeder Einzelne vielfältige Möglichkeiten besitzt, sich in politische Prozesse und Entscheidungen einzubringen.

Bullerbü ist ein fiktiver Ort in Südschweden. Namensgeberin ist Astrid Lindgren. Im Jahre 1947 veröffentlichte die Autorin in Schweden das Kinderbuch „Wir Kinder aus Bullerbü“, 1955 und 1956 folgen zwei weitere Einzelbände. Bullerbü besteht aus drei Bauernhäusern inmitten unberührter Natur in Schweden. Bullerbü ist die klassische heile Welt. Die Kinder sind es, die in den Bullerbü-Geschichten mit all ihren kleinen Abenteuern und banalen Alltagssituationen im Fokus stehen. Lisa und ihre Brüder Lasse und Bosse, Britta und Inga sowie Ole und seine kleine Schwester Kerstin haben nichts weiter zu tun, als den ganzen Tag zu spielen. Und die Eltern bilden eine sanft lächelnde Kulisse. Alles scheint ruhig und übersichtlich. Es gibt ein paar schöne Familienrituale, aber keine großen Konflikte. Es gibt nur wenig Beispiele echter Probleme.

Viele sehnen sich nach einer heilen Welt

In unserer wirklichen Welt kann es nie so sein wie in Bullerbü. Bullerbü ist eine (scheinbar) heile Welt. Und das macht Bullerbü zum Sehnsuchtsort. Das fiktive Dorf vermittelt ein so starkes Bild, weil sich viele Leute nach einer heilen Welt sehnen, sie aber nicht erleben. Im Gegenteil: Die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sind erschreckend: Der Krieg in der Ukraine, weltweite Verletzungen von Menschenrechten, die Einschränkung der Freiheit in zahlreichen Staaten, nicht nur in Syrien, Afghanistan, Iran, Russland oder China. Darüber hinaus wirken Klimawandel, Pandemien und Hungerkrisen bedrohlich.

Mit Blick auf Amerika erklärt die Politologin Barbara Walter, die Gefahr für die Demokratie komme aus dem Inneren. (Barbara F. Walter, Professorin für Internationale Politik an der University of California in San Diego, im Gespräch mit der ZEIT, 29.12.2022, S. 12f). Trifft diese Aussage ebenso für Europa und konkret für Deutschland zu? Auch hierzulande treten innenpolitische Probleme stark in Erscheinung, ausgehend von Verschwörungstheoretikern, Rechtsextremisten und anderen Gruppierungen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage stellen, kritisieren oder bekämpfen.

Süchtig nach schlechten Nachrichten

Wir erleben momentan Situationen, die große Unruhen und Ängste hervorrufen. Viele Menschen können mit diesen Belastungen nur schlecht umgehen. Sie neigen dazu, sich in Katastrophengedanken zu verlieren. Bilder und Nachrichten aus den Kriegsgebieten, durch digitale Medien jederzeit präsent, erzeugen Stressreaktionen und mitunter Depressionen. Der exzessive Konsum von Schreckensnachrichten verstärkt diese Belastungen, und er trägt dazu bei, dass das Vertrauen in die Demokratie sinkt. Die Menschen beziehen zunehmend Nachrichten online und über soziale Medien. Ein Teil dieser Informationen zielt darauf ab, die Demokratie zu schwächen. Das ist ein weltweit beobachtbares Phänomen. Diesbezügliche Beispiele in den Netzwerken gibt es viele: Stimmungsmache durch Fake News, Aufrufe zur Beteiligung an kriminellen Handlungen, zur Radikalisierung und Ideologisierung oder die Beeinflussung von Wahlen. „Paradoxerweise sind es oft vor allem diejenigen, die besonders unter den Bildern und Berichten leiden, die ihren Blick kaum von den Nachrichtenseiten oder Social-Media-Feeds abwenden können“, sagt die Wissenschaftsjournalistin Lisbeth Schröder (Lisbeth Schröder: Doomscrolling. Süchtig nach schlechten Nachrichten. In: <https://www.spektrum.de/news/doomscrolling-suechtig-nach-schlechten-nachrichten/2005048>). Zur Demokratiebildung in der Schule gehört daher auch die Stärkung der Medienkompetenz.

■ „Der Einfluss der Sozialen Medien auf die Kommunikation und den politischen Diskurs innerhalb der



Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit und hat auch keine Ewigkeitsgarantie. Demokratie ist eine ständige Herausforderung.

Gesellschaft wurde anfangs von vielen als eine Art demokratische Revolution gefeiert. Die globale Vernetzung und die Freiheit des Einzelnen, sich am Diskurs zu beteiligen und weithin sichtbar seine Stimme zu erheben, schien ein wichtiger Schritt, eine entscheidende Errungenschaft auf dem Weg zu Weltfrieden und Völkerverständigung zu sein. Angesichts problematischer Phänomene wie Fake News, Social-Bots, Populismus und politischer Stimmungsmache, Mobbing und groß angelegtem Missbrauch bis hin zur Beeinflussung von Wahlen (...) wird die gesellschaftliche Rolle Sozialer Netzwerke allerdings zunehmend kritisch diskutiert.“ In: <https://gallus-verlag.de/wie-soziale-netzwerke-unsere-kommunikation-veraendern/>

Demokratiebildung versus Politikverdrossenheit und Eskapismus

Angesichts der hohen Zahl an aktuellen nationalen und internationalen Problemfeldern geraten die Ereignisse der Vergangenheit leicht in Vergessenheit. Hatten wir denn jemals in der jüngeren Geschichte eine längere Epoche, die völlig frei war von Bedrohungen, Überlebens- und Versorgungskämpfen, von Krisen und Kriegen? Nein. Man erinnere sich nur – aus eigenem

Erleben oder vom Erzählen der Eltern und Großeltern – an die Berlin-Krise, den Korea-Krieg, den Suez-Konflikt, die Kuba-Krise, den Vietnam-Krieg, den Afghanistan-Krieg, die Golfkriege, den „Kalten Krieg“ zwischen den Supermächten oder den Rüstungswettlauf. Einige dieser Probleme und Konflikte wirken heute noch nach oder dauern noch an, zum Teil mit zunehmender Brisanz.

Nein, eine Idylle hatten wir nie. Selbst in Bullerbü gab es Probleme. Am 80. Geburtstag des fast blinden Großvaters „standen übrigens nur traurige Sachen in der Zeitung, von Krieg und Krieg und wieder Krieg“ (Großvater wird achtzig. In: Astrid Lindgren: Mehr von uns Kindern aus Bullerbü. Oetinger, 2019).

Der Traum von der heilen Welt begegnet vielen Menschen vor allem in Krisenzeiten. Sie versuchen, der realen Welt und dem eigenen unangenehmen Alltag zu entfliehen (Eskapismus). Gelegentliche Realitätsflucht mag entspannend und hilfreich sein. Bedenklich wird es für jene, die sich dauerhaft der Wirklichkeit entziehen.

Politikverdrossenheit mündet nicht selten in Eskapismus. Die Epoche der Romantik, sie reichte vom ausgehenden 18. bis weit ins 19. Jahrhundert, zeichnete sich durch eine Abkehr von Politik und Hinwendung zum Privaten aus. Die Unzufriedenheit mit den politischen Umständen führte zu einer Verklärung vergangener Zeiten und einer Flucht ins Private.



Reale Bildung will mitwirken, dass Kinder und Jugendliche den Wert von Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit erkennen und dabei erfahren, wie Demokratie funktioniert.

Demokratie erfahren, einüben, gestalten und weiterentwickeln können

Demokratie bedeutet, dass jeder Einzelne vielfältige Möglichkeiten besitzt, sich in politische Prozesse und Entscheidungen einzubringen: Institutionalisiert in Parteien, Vereinen oder Bürgerinitiativen, durch Wahlen und soziales Engagement.

■ *Die Möglichkeiten und Formen der demokratischen Beteiligung werden mitunter an ein bestimmtes Lebensalter geknüpft. Altersvorgaben, zum Beispiel zum Wahlrecht, lösen oft sehr kontroverse Auseinandersetzungen aus. Bei allen Überlegungen dürften auch parteiinterne Interessen eine Rolle spielen. Die Problematik haben wir in einem Diskussionsforum beleuchtet. In: Bernd Karst: „Wählen ab 16? Die Parteien sind sich uneins. Unsere Befragten ebenso.“ Reale Bildung in Rheinland-Pfalz, Ausgabe 3 und 4/2020, S. 64 ff. oder auf der Homepage https://www.vrb-rlp.de/fileadmin/user_upload/PDF/VRB_Zeitschrift/2020/72dpi_rbirp_3und4_2020_online.pdf*

Ein Arbeitsblatt (S. 66: „Wählen ab 16?“) unterstützt die unterrichtliche Umsetzung der Thematik.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit und hat auch keine Ewigkeitsgarantie.

Demokratie ist eine ständige Herausforderung – für den Staat, die Gesellschaft und den Einzelnen. Eine lebendige Demokratie setzt voraus, dass junge Menschen sie von Kindheit an als Lebensform erfahren, sie einüben, gestalten und weiterentwickeln können. Die Schule trägt hierbei eine besondere Verantwortung. Sie hat den Auftrag, in ihrem Alltag demokratisches Leben und Handeln zu ermöglichen, im Unterricht und darüber hinaus in allen Bereichen des Schullebens.

■ *„Werden in der Schule kontroverse Themen behandelt, haben Lehrkräfte die anspruchsvolle Aufgabe, den Unterrichtsgegenstand multiperspektivisch zu beleuchten, zu moderieren, bei Bedarf gegenzusteuern, sowie Grenzen aufzuzeigen, wenn diese überschritten werden“ (KMK 2018, S.4 – Vgl. hierzu auch die drei Leitgedanken des „Beutelsbacher Konsens“ von 1976, der für die Politische Bildung und für die Demokratiebildung immer noch aktuell und handlungsleitend ist: „Überwältigungsverbot“, auch „Indoktrinationsverbot“, Gebot der „Kontroversität“ und „Schülerorientierung“).*

Es gibt zahlreiche Initiativen und Projekte, die diesen demokratischen Prozess fördern und unterstützen. Die Schulen selbst entwickeln vielerorts eigene erfolgreiche Formate zur Stärkung der Demokratiebildung.

Aus dem Bildungsministerium kommen zudem übergreifende Impulse und schulrechtliche Vorgaben. Die KMK formuliert entsprechend in einem Beschluss von 2009: „Die Stärkung junger Menschen in ihrem Engagement für den demokratischen Rechtsstaat und ihrem entschiedenen Eintreten gegen antidemokratische und menschenfeindliche Haltungen und Entwicklungen ist Aufgabe von Schul- und Unterrichtsentwicklung und Aufgabe aller Fächer sowie von außerschulischen Angeboten“ (Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6. März 2009 i. d. F. vom 11. Oktober 2018).

Auch Institutionen wie die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) leisten durch zahlreiche Programme und hilfreiche Materialien wertvolle Beiträge zur Demokratiebildung und machen Demokratie für Kinder und Jugendliche dadurch erlebbar.

Demokratiebildung in Rheinland-Pfalz

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig konkretisiert in ihrer Regierungserklärung am 30.01.2019 ihre Absicht, das Demokratielernen in der Schule grundsätzlich zu stärken.

Die Regierungserklärung trägt den Titel: „Demokratie macht Schule: Rheinland-Pfalz stärkt Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches Miteinander“ („Demokratie macht Schule: Rheinland-Pfalz stärkt Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches Miteinander“, Regierungserklärung vom 30.01.2019).

Auch wenn als „Herzstück“ dieser Regierungserklärung der curriculare Ausbau des Sozialkundeunterrichts um zwei Unterrichtswochenstunden verstanden werden kann, so beinhaltet das Gesamtkonzept des Bildungsministeriums darüber hinaus zahlreiche Einzelmaßnahmen. Erwähnt sind u.a. die notwendige Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern, die Angebotsweiterung eines Schüleraustausches mit Gleichaltrigen im Ausland, der Ausbau des Netzwerkes der Europaschulen, die Durchführung eines Demokratietags ab Klassenstufe 9 mit Hinweis auf den Besuch von Gedenkstätten und Erinnerungsorten oder die Intensivierung der Präventionsprogramme, die z. B. zu

Extremismus, Gewalt und Antisemitismus bereits bestehen.

Demokratiebildung als Kongressthema

Wir stellen die „Demokratiebildung in der Schule“ in den Mittelpunkt des 11. Ingelheimer Fachkongresses. Mit dem Begriff „Demokratiebildung“ wollen wir deutlich machen, dass sich die Entwicklung demokratiebezogener Kompetenzen nicht auf eine Ausweitung der Politischen Bildung beschränkt, die in der Vorstellung häufig vorrangig affinen Kernfächern wie Sozialkunde oder der Gesellschaftslehre (Erdkunde, Geschichte, Sozialkunde) zugeschrieben wird. Demokratiebildung versteht sich als „Querschnittsthema“ und fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip. Da Unterrichtsprinzipien oft dem Vorwurf ausgesetzt sind, dass ihnen die pragmatische Relevanz fehlt, sollen Beispiele unterrichtspraktischer Umsetzung einen Schwerpunkt dieses Fachkongresses bilden.

Wir möchten mit dem 11. Ingelheimer Fachkongress unseren Kolleginnen und Kollegen wiederum ein Forum bieten für den Austausch von Praxiserfahrungen und neuen Ideen, für das Knüpfen von schulübergreifenden Kontakten und Vernetzungen. Darüber hinaus möchten wir Anstöße für die eigene fachspezifische und fächerübergreifende Unterrichtsarbeit geben. Die Arbeitskreise repräsentieren eine breite Themenpalette. Diese reicht von den Möglichkeiten der Gestaltung eines alltagsorientierten Demokratieunterrichts und des Schullebens über die Darstellung innovativer Methoden und Projekte der Demokratiebildung bis zu moderierten Gesprächsrunden mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Die Moderatoren der Arbeitskreise sind die Vermittler zwischen Theorie und Praxis.

„Die Demokratie wird uns nicht ein für alle Mal geschenkt“

Der Fachkongress hat das Ziel, die Demokratiebildung in der Schule zu unterstützen und zu fördern. Wir wollen als Verband Reale Bildung daran mitwirken, dass Kinder und Jugendliche den Wert von Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit erkennen und dabei erfahren, „wie Demokratie funktioniert, wie ein demokratisches Miteinander, respektvoller Umgang und gegenseitige Achtung funktionieren – und wie

unverzichtbar sie sind“ (In Orientierung an: „Demokratie macht Schule“, Regierungserklärung vom 30.01.2019, S. 4).

Die Journalistin und Fernsehmoderatorin Marietta Slomka bringt im letzten Satz ihres 2022 erschienenen Buches „Nachts im Kanzleramt“ dieses Anliegen in Form einer Botschaft an ihre jungen Leserinnen und Leser auf den Punkt. Unter der Überschrift „Warum ich dieses Buch geschrieben habe“ sagt sie: „Es wird künftig an euch liegen, dafür zu kämpfen, dass wir nicht in vergangene Zeiten zurückfallen. ‚Früher‘ war nicht besser, und Demokratie ist kein Selbstläufer“ (Marietta Slomka: *Nachts im Kanzleramt*, Droemer Verlag 2022, S. 327).

Willy Brandt drückt es sinngemäß so aus: „Die Demokratie (...) wird uns nicht ein für alle Mal geschenkt, sondern wir müssen sie immer wieder neu sichern. Und wenn sie angegriffen wird, dann muss sie sich, dann müssen wir sie mit Klauen und Zähnen verteidigen. Und gleichzeitig müssen wir sie mit pulsierendem Leben erfüllen“ (Rede des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zum 100-jährigen Bestehen der SPD im Mai 1963. Zitiert in: *Die ZEIT*, 3.11.2022, S. 19). Demokratiebildung in der Schule möge zu diesem Verständnis und Handeln beitragen.

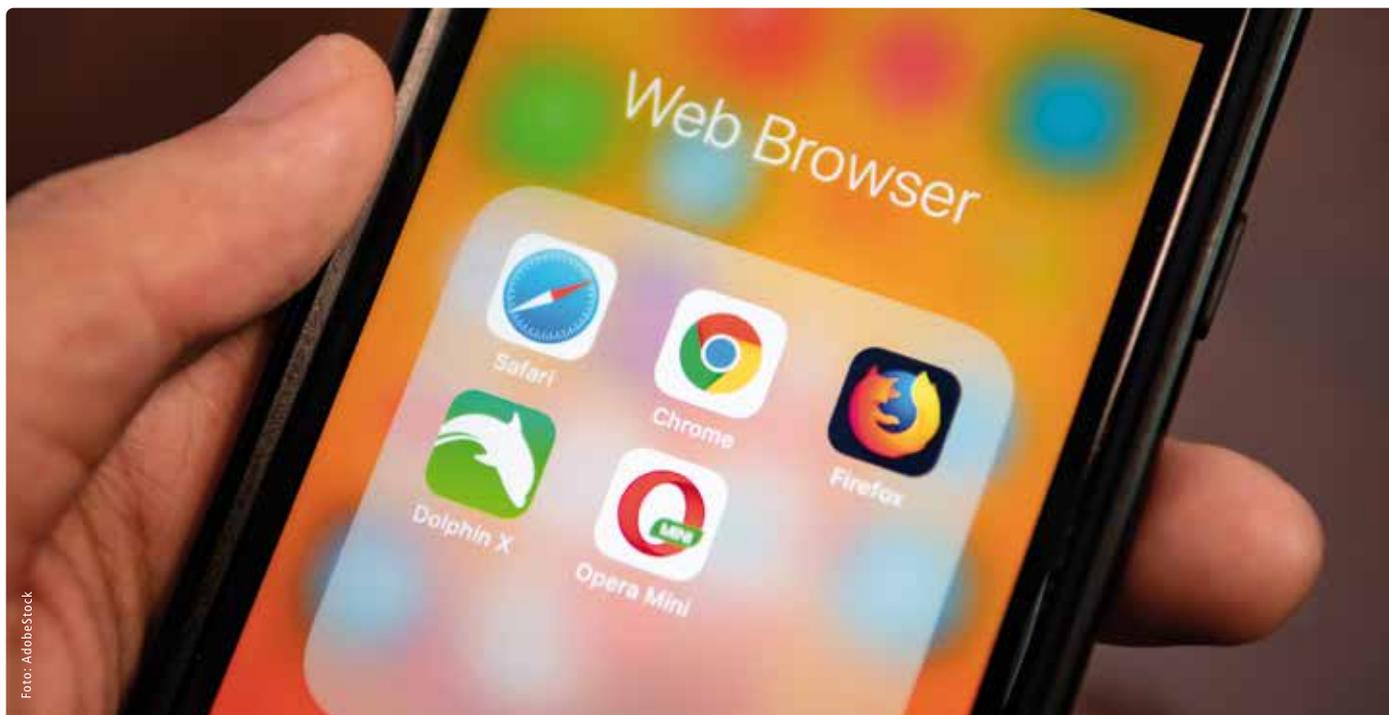
Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de



Demokraten fallen nicht vom Himmel.
„Die Demokratie (...) wird uns nicht ein für alle Mal geschenkt.“ (Willy Brandt)



Foto: AdobeStock



Wilfried Rausch im Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu

Einsatz digitaler Werkzeuge im Dienst und im Privatleben:

Datenschutz bei Verwendung von Browsern

Der Weg ins Internet führt über einen Browser. Ein Browser macht das Surfen im Internet möglich. Die Browser sind meist kostenlos und es gibt eine Auswahlmöglichkeit. Je nach Bedarf und Gefallen wird die Auswahl getroffen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) mahnt, bei der Auswahlentscheidung genau abzuwägen, welches Risiko mit der Nutzung eingegangen wird. Ein Problembereich ist der Datenschutz. Allerdings gibt es Möglichkeiten, darauf Einfluss zu nehmen.

Im Umgang mit Browsern in Schule und Unterricht sollten Lehrkräfte wissen, wie es um den Datenschutz steht, und dieses Wissen an die Schülerinnen und Schüler weitergeben. Wir haben daher unserer Justiziarin Antonia Dufeu einen Fragekatalog zur Verwendung von Browsern vorgelegt. Ihre Antworten können zur Rechtssicherheit beitragen.

§ Welche personenbezogenen Daten werden von Browsern gesammelt?

Jeder Browser sammelt eine Vielzahl von Daten. Je nachdem, wie er konfiguriert ist, mit welchem Endgerät (Computer, Tablet oder Smartphone) er verwendet wird und welche Datenschutzeinstellungen gewählt wurden, werden Daten gesammelt und protokolliert. Dabei können folgende Informationen über den Nutzer gespeichert werden:

- gerätebezogene Daten wie die Versionsnummer, Hardware-Nummer etc.
- der Suchverlauf der verwendeten Suchmaschine
- der Verlauf der besuchten Webseiten
- Spracheinstellungen
- Geodaten
- der Download-Verlauf

- die Zugangsdaten (Benutzernamen und Passwörter)
- (Tracking-)Cookies und Zählpixel
- persönliche Daten wie IP-Adresse, Name, Adresse, Geburtsdatum, welche automatisch durch den Browser ausgefüllt werden

Zu beachten sind dabei die InApp-Browser. Das sind die Browser innerhalb verschiedener Apps wie zum Beispiel Instagram oder TikTok. Folgt man einem Link innerhalb der App, gelangt man zu einem internen Browser, der kaum Datenschutzeinstellungen ermöglicht. Daher werden möglicherweise Kauf-, Verhaltens- und Bewegungsprofile von dem App-Anbieter gesammelt und verwendet. Inhalte könnten mitgelesen werden, ohne dass der Nutzer hierüber explizit benachrichtigt wird oder einwilligen muss.

§ Zu welchem Zweck werden Daten erhoben?

Es gibt die unterschiedlichsten Zwecke der Datenerhebung. Un-erlässlich ist die Erhebung, um die Funktionalität des Browsers zu gewährleisten. Denn um die Informationen im Internet zugänglich zu machen, muss er mit Servern, anderen Computern und Systemen kommunizieren und empfängt und verschickt Daten. Dies sind beispielsweise technische Daten zum Zwecke der Darstellung und zur einfachen Bedienung, für den schnellen Aufbau einer Webseite oder die Wiedererkennung des Online-Warenkorbes. Hierfür werden in der Regel Cookies auf das Gerät des Nutzers gesetzt. Auch Login-Daten können gespeichert werden, damit die Seite den Nutzer direkt wiedererkennt, wenn er später zu der Seite zurückkehrt.

Ein Browser kann aber auch Nutzerdaten für Werbezwecke sammeln und mit anderen Daten zusammenführen, um möglichst individuelle Profile zu erstellen. Diese Profile werden dann von den Herausgebern des Browsers genutzt, um Verhaltens- oder Nutzerprofile zu erstellen.

Außerdem gibt es sog. Drittanbieter, die dafür bezahlen, präzisere Werbung auf den Seiten zu platzieren. Hierfür werden Cookies oder auch Zählpixel gesetzt, um Werbebanner auf verschiedenen Webseiten zu platzieren. Wenn nun ein Nutzer verschiedene Webseiten mit dem (zufällig) selben Werbebanner-Cookie besucht hat, kann der Drittanbieter über die Cookies auslesen, welche Webseiten besucht wurden und erhält damit einen umfassenden Überblick über das Surfverhalten des Nutzers. Cookies von Drittanbietern werden daher von Datenschützern als problematisch bewertet.

§ Wie sehen die Datenschutzbedingungen aus?

Es kommt darauf an, welcher Browser verwendet wird. Jeder bietet individuelle Sicherheits- und Anwendungseinstellungen, so dass die Datenschutzbedingungen bei jedem anders sind.

Unter <https://www.zendas.de/service/browserdaten.html> kann jeder einsehen, welche Daten der Browser preisgibt.

Man unterscheidet generell zwischen zwei Arten von Browsern: die Closed-Source Browser wie beispielsweise der Internet Explorer

von Microsoft und die Open Source Browser wie Mozilla Firefox. Bei den Closed-Source Browsern schreiben die Unternehmen die Software für den Browser selbst und halten diese unter Verschluss, so dass niemand Einblick in die Struktur oder den Code erhält. Open Source Browser wie z.B. Firefox veröffentlichen den Programmcode und lassen andere Unternehmen und Programmierer Einsicht nehmen. So können Fehler schneller entdeckt und behoben werden. Es gibt auch Browser, die beide Wege verbinden. Zum Beispiel verwendet Safari Open Source Technologie, hält aber den Quellcode geheim.

Der Nutzer muss also entscheiden, welchen Browser er verwendet und dann in die Datenschutzeinstellungen gehen.

Hier eine Übersicht über die gängigsten Browser und deren Informationen für die Datenschutz-Einstellung:



Firefox: <https://support.mozilla.org/de/products/firefox/privacy-and-security>



Edge und Internet Explorer: <https://support.microsoft.com/de-de/help/17479/windows-internet-explorer-11-change-security-privacy-settings>



Chrome: https://google.com/intl/de_ALL/chrome/security/



Opera: <https://help.opera.com/>



Safari: <https://support.apple.com/de-li/guide/safari/toc> (siehe Benutzerhandbuch)

§ Was kann ich mit Datenschutzeinstellungen bewirken?

Die richtigen Datenschutzeinstellungen bewirken, dass Sie weniger Datenspuren im Internet hinterlassen und die Angriffe von Viren, Trojanern und Spyware reduzieren. Außerdem lassen sich durch sog. Adblocker störende Werbebanner und Pop-Ups verhindern. Andererseits werden einige Inhalte mit den Adblockern nicht dargestellt. Der Nutzer muss also zwischen Datensicherheit und Informationszugang abwägen.

Die Deaktivierung von nicht benötigten Plugins und aktiven Inhalten wie beispielsweise Javascripts oder ActiveX verhindert außerdem, dass Schadcodes auf den Rechner gelangen.

Das eigene Surfverhalten spielt dabei eine große Rolle. Vom BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) wird z.B. angeregt, für die Internetrecherche ein weiteres Nutzerkonto auf dem PC zu erstellen, damit ein Zugriff auf Systemordner und auf Nutzerdaten eingeschränkt werden. So wird das Risiko eines Eingriffs auf das Gerät verringert.

Die Nutzung eines Passwort-Managers, der die Passwörter verschlüsselt speichert, wird ebenfalls empfohlen. Verwenden Sie daher grundsätzlich individuelle Passwörter und verändern Sie die voreingestellten Passwörter.

Außerdem sollten Sie ihren Browser so einstellen, dass sich Cookies nach Beenden des Browsers automatisch löschen. Cookies von Drittanbietern sollten generell deaktiviert werden.

§ Hilft es, ein Tool zur Anpassung von Privatsphäre-Einstellungen zu nutzen?

Sicherlich kann es hilfreich sein, solche Tools zu verwenden, da in der Regel die wichtigsten Einstellungen hinsichtlich Gefahren und Risiken umgesetzt werden. Es ist aber immer zu beachten, dass Browser-Anbieter auch eigene Motive verfolgen, die nicht immer verbraucherfreundlich sind. So ist die Haupteinnahmequelle von Google Chrome beispielsweise Werbung, und der Webbrowser von Google hat ein großes Interesse daran, das Kaufverhalten der Nutzer zu protokollieren.

§ Was bieten die privaten Modi der verschiedenen Browser?

Verwendet man einen privaten Modus im Browser, wird das Surfverhalten des Nutzers weniger oder gar nicht aufgezeichnet.

Wird der private Modus von Firefox verwendet, werden die Suchinträge, Chroniken, besuchte Seiten, Cookies und andere temporäre Internetdateien nicht gespeichert. Im Edge und Internet Explorer heißt dieser Modus InPrivate. Einmal aktiviert werden keine Daten über das Surfverhalten gespeichert und nach dem Schließen des Browserfensters werden Cookies, Browser- und Downloadverlauf und die temporären Internetdateien gelöscht. Im Inkognito Modus von Chrome werden Browserverlauf und Cookies nicht von Chrome gespeichert.

Aktiviert man auf Safari das private Surfen, so werden ebenfalls keine Details zum Surfverhalten gespeichert. Besuchte Websites werden nicht mit anderen Geräten geteilt und Safari speichert weder besuchte Webseiten, den Suchverlauf noch die Informationen zum automatischen Ausfüllen.

§ Erfüllen die häufig genutzten Webbrowser Google Chrome, Safari Mobile, Firefox, Edge und Opera die Datenschutzbedingungen?

Eine der wichtigsten Werkzeuge für die Datenschutzkonformität ist die Einwilligung des Nutzers. Da alle Webbrowser diese datenschutzrechtliche Einwilligungserklärungen einholen, könnte man von einer Erfüllung der Datenschutzbedingungen ausgehen. In der Regel wird in diesen Erklärungen über die Datenerhebung, deren Auswertung und die Weitergabe an Drittanbieter aufgeklärt. Doch niemand liest die seitenlangen Datenschutzerklärungen tatsächlich. Wäre dies der Fall, so würde eine große Menge an Nutzern die

Einwilligung sicherlich nicht geben. Außerdem sollte nicht vergessen werden, womit die Herausgeber der Browser ihr Geld verdienen. Haupteinnahmequelle von beispielsweise dem Apple Browser Safari sind Verkäufe von Hard- und Software. Dafür werden viele Daten protokolliert die über die technisch erforderlichen weit hinausgehen.

Open Source Anbieter wie beispielsweise Firefox verdienen überwiegend über vorinstallierte Suchmaschinen bzw. an Spenden und sind daher empfehlenswerter.

§ Welche Alternativen zu einem „datensaugenden Browser“ gibt es?

Es gibt Browser wie beispielsweise Avast Secure Browser oder Brave, die damit werben, besonders datenschutzfreundlich zu sein. Doch auch hier ist blindes Vertrauen nicht empfehlenswert. Avast kam beispielsweise 2020 in den Verruf, komplette Browser-Verläufe an Werbetreibende zu verkaufen. Auch der Tor Browser bietet keine komplette Anonymität. Meldet man sich beispielsweise in einem sozialen Netzwerk an, kann das Surfverhalten trotzdem nachverfolgt werden. Die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Privatsphäre-Einstellung ist daher unerlässlich.

Doch selbst wenn der Nutzer datensparsame Browser verwendet und die Privatsphäre-Einstellungen sehr ernst nimmt, ist er im Netz nicht vollständig anonym, weil Internetprovider oder auch Arbeitgeber nachvollziehen können, welche Seiten besucht wurden. Heruntergeladenen Dateien oder Lesezeichen bleiben auf dem Gerät gespeichert. Um völlig anonym zu surfen, müsste eine VPN-Verbindung (Virtual Privat Network) verwendet werden.

§ Welche Browser sollten auf den Endgeräten, die den Schülerinnen und Schülern zur schulischen Nutzung zur Verfügung gestellt wurden, genutzt werden?

„Frag Finn“ ist ein Browser, der von vielen Medienpädagogen, Ministerien und Behörden für Kinder und Jugendliche empfohlen wird. Doch viele Schülerinnen und Schüler verwenden eigene Endgeräte, so dass grundsätzlich Browsereinstellungen mit den Schülerinnen und Schüler gemeinsam gemacht werden sollten. So lernen sie den Umgang damit, siehe dazu die empfohlenen Datenschutz-Einstellungen unten.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Checkbox: die wichtigsten Datenschutz-Einstellungen im Browser

- Installieren Sie regelmäßig die Sicherheits-Updates. Am besten stellen Sie in den Sicherheitseinstellungen ein, dass diese Updates automatisch installiert werden.
- Open-Source Browser sind transparenter und bieten daher mehr Sicherheit
- Verwenden Sie den privaten Modus ihres Browsers
- Wählen Sie, wann immer es möglich ist, eine verschlüsselte Verbindung
- Achten Sie auf Warnungen beim Besuch schädlicher Webseiten
- Verwenden Sie die Einstellung „Do Not Track“, um Tracking-Mechanismen zu verhindern
- Sperren Sie Drittanbieter-Cookies
- Löschen Sie regelmäßig ihre Cookies
- oder stellen Ihren Browser so ein, dass er nach jedem Schließen alle Cookies automatisch löscht.
- Blockieren Sie Popup-Fenster
- Verhindern Sie Add-ons

Weiterführende Links:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/familie-digital-stark-kinderrechte-im-netz-86410>

<https://www.heise.de/news/Browser-im-Privacy-Check-Vorbild-Brave-Mogelpackung-Edge-6109532.html>



Zur Person

Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

Sie ist Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien. Recht.“ wie auch Mitarbeiterin der Plattform „Schule.Medien.Recht“. Hier hat sie vor allem Rechtsfragen thematisiert und entsprechende Mustertexte und Checklisten für die schulische Anwendung veröffentlicht (<https://schulemedienrecht.bildung-rp.de/ueber-smrl>).

Beide Quellen bieten Informationen, Hilfen wie auch Unterstützung für alle Rechtsfragen rund um Schule und Medien.

Mitgewirkt hat sie ebenfalls an der Videoproduktion „Medien- und Urheberrecht in Schule und Studiensseminar“ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung des Landes Rheinland-Pfalz“. Das Video sowie seine 35 Teilepisoden sind online auf dem Bildungsserver zu finden unter <http://studienseminar.rlp.de/rs/trier/downloadbereich/medien-und-urheberrecht.html>.

Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet Antonia Dufeu als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



Service im ÖPNV verbessern!

Die dbb Seniorinnen und Senioren fordern bessere Serviceangebote und eine höhere Nutzerfreundlichkeit im öffentlichen Nahverkehr.

Mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung von Mobilität kritisierte Horst-Günther Klitzing, Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, dass es beispielsweise im Bereich des ÖPNV Geräte gebe, „die einfach nicht bedienungsfreundlich sind für ältere Menschen.“ Grund seien häufig zu kleine Bedienelemente. Ältere Menschen benötigten zudem mehr Zeit, um die Nutzung technischer Innovationen einzuüben. [...]

„Der ÖPNV darf nicht unter der Maxime des Gewinns organisiert werden, sondern als Serviceangebot für die Bürgerinnen und Bürger.“ Jede jetzt getätigte Service-Investition komme auch jenen zugute, die erst in zwanzig oder dreißig Jahren auf den ÖPNV angewiesen sein werden, betonte Klitzing.

Ra / Quelle: www.dbb-senioren.de/artikel/oepnv-muss-mehr-service-bieten.html

OVG Koblenz: Lehrkraft ist nur, wer auch an der Schule unterrichtet

Keine vorgezogene Altersgrenze für ausschließlich in der Schulverwaltung tätige Lehrerinnen

Eine Lehrerin, die ausschließlich als Referentin in der Schulverwaltung tätig ist und daher nicht an der Schule unterrichtet, hat keinen Anspruch darauf, früher in den Ruhestand zu gehen, als die übrigen Beamten des Landes. Für sie gilt die allgemeine Regelaltersgrenze (Ablauf des Monats, in dem das 67. Lebensjahr vollendet wird). Die für Lehrkräfte seit dem Jahr 2015 nach dem Landesbeamtengesetz geltende Privilegierung, dass diese bereits mit dem Ende des Schuljahres, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, in den Ruhestand treten, gilt für sie nicht. Dies entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz und bestätigte damit ein Urteil des Verwaltungsgerichts Trier.

Die Klägerin war ursprünglich als Realschullehrerin im Schuldienst des Landes tätig. Nachdem sie im Jahr 2011 für schuldienstunfähig befunden worden war, erfolgte zur Vermeidung einer Versetzung in den Ruhestand zunächst ihre Abordnung und später Versetzung als Referentin in den Verwaltungsdienst bei der Schulbehörde. Die Klägerin machte geltend, sie müsse unabhängig von ihrer konkreten Verwendung auch in den Genuss der speziellen und vorgezogenen Altersgrenze für Lehrkräfte kommen, da sie weiterhin die Dienstbezeichnung „Realschullehrerin“ führe und dieses Statusamt innehabe. Das Verwaltungsgericht wies die Klage ab und bestätigte die Auffassung der Behörde, wonach unter den Begriff der Lehrkraft nur solche Lehrer fallen, die auch tatsächlich aktiv im Schuldienst eingesetzt sind. Den hiergegen gerichteten Antrag der Klägerin auf Zulassung der Berufung lehnte das Oberverwaltungsgericht ab.

Seinem Sinn und Zweck nach – so stellt das OVG fest – wolle § 37 Abs. 1 Satz 4 LBG in erster Linie sicherstellen, dass Lehrkräfte nicht mitten im Schuljahr ausschieden und es so zu für die Schüler nachteiligen Wechseln komme. Es werde derart in erster Linie organisatorischen und pädagogischen Bedürfnissen der Arbeit an der Schule Rechnung getragen.

Hr / Quelle: Beschluss vom 29. November 2022, Aktenzeichen: 2 A 10864/22.OVG

„Die Pflege“ – Herausforderung für Politik und Gesellschaft

Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben –
Europäisches Recht setzt verpflichtende Standards –
Teil III unserer Beitragsreihe zur Pflegereform

von **Wilfried Rausch**



Die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland hat kurz vor Weihnachten – quasi auf den letzten Drücker – das Vereinbarkeitsrichtlinienumsetzungsgesetz (VRUG) auf den Weg gebracht, um sicherzustellen, dass die Mindeststandards der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige vom 20. Juni 2019 in nationales Recht eingebunden werden. Die Frist zur Umsetzung der europäischen Richtlinie lief schon am 2. August 2022 ab.



Mit unserem dritten Beitrag zur Pflegereform sollen die wesentlichen Mindeststandards der europäischen Richtlinie bezüglich der Pflege vorgestellt und die Einbindung in nationales Recht der Bundesrepublik Deutschland dargestellt werden.

Paradigmenwechsel zu den individuellen Rechten

Auf den ersten Blick wirkt die Hervorhebung des Privatlebens bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ungewohnt. Für viele

steht die Familie, das ist der soziale Aspekt, im Mittelpunkt bedeutender Lebensentscheidungen. Mit dem Paradigmenwechsel hin zu individuellen Rechten hat das Europäische Parlament das Bewusstsein dafür geschärft, wer bei der Pflege die Hauptlast trägt und Unterstützung in allen Lebensbereichen erfahren muss.

Der Paradigmenwechsel hat dazu geführt, dass der europäischen Richtlinie das Etikett „Work-Life-Balance“-Richtlinie angeheftet

wurde. Hiermit verbinden sich je nach Lesart positive wie auch negative Wertungen, die auch durch den persönlichen Wertekanon bestimmt werden.

Der unabhängige Beirat für Vereinbarkeit von Pflege und Beruf hat in seinen Handlungsempfehlungen von Juni 2019 ebenfalls hervorgehoben, dass jede Entscheidung für oder gegen die Übernahme einer Pflege der eigenen Angehörigen individuell zu treffen ist und respektiert werden muss.

»Worum geht es bei der europäischen Richtlinie?

Gegenstand sind folgende individuelle Rechte bei:

- Vaterschaftsurlaub
- Elternurlaub
- Urlaub für pflegende Angehörige
- Flexible Arbeitsregelungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Eltern oder pflegende Angehörige sind

In den Handlungsempfehlungen zur Familienpflegezeit und zum Familienpflegegeld macht der unabhängige Beirat im Jahr 2022 deutlich, dass das traditionelle Familienverständnis gesellschaftlich nicht mehr allgemeingültig sein kann. Nach dem Urteil des Beirats ist ein Ergebnis von postmodernen Lebensentwürfen, dass tradierte Pflegearrangements erodieren und Familienkonstellationen vielseitiger und kurzlebiger sind¹⁾. Daher fordert er, dass Beschäftigten, die einer privaten Pflegeverantwortung nachgehen, tragfähige Lösungen für eine gelingende Vereinbarkeit von Pflege und Beruf angeboten werden²⁾.

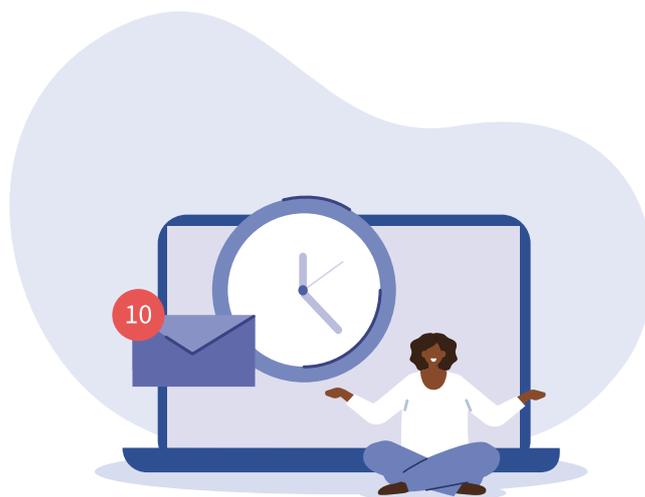
Bemerkenswert ist, dass das Europäische Parlament zu Ehe- und Familienstand keine Empfehlung ausspricht. Das europäische Parlament weist in der Richtlinie auf die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten hin, Ehe- und Familienstand zu definieren und festzulegen³⁾.

Beitrag zur Förderung der Geschlechtergleichstellung

Mit der europäischen Richtlinie soll sichergestellt werden, dass eine gerechte Aufteilung von Betreuungs- und Pflegeaufgaben zwischen Frauen und Männern gewährleistet wird. Eine Ursache für die noch nicht erreichte Gleichstellung der Geschlechter sieht das europäische Parlament in dem Versäumnis der Mitgliedsstaaten, den Männern Anreize zu bieten, um einen gleichwertigen Anteil an den Betreuungs- und Pflegeaufgaben übernehmen zu können. Die Politik habe, so der Vorwurf der europäischen Parlamentarier, „die Geschlechterstereotypen und -unterschiede sowohl im Beruf als auch im Bereich von Betreuung und Pflege noch verstärkt“⁴⁾. Ein wesentlicher Beitrag zur Förderung der Geschlechtergleichstellung wäre, die Einkommens- und Entgeltschere zwischen den Geschlechtern zu schließen.⁵⁾

Mindestvorschriften sollen die Berufstätigkeit neben der Pflege erleichtern

Mit der Richtlinie werden Mindestvorschriften gesetzt. Den Mitgliedsstaaten bleibt es aber freigestellt, über die Mindestvorschriften



Mindestvorschriften sollen Job und Pflege vereinfachen.

ten hinauszugehen und günstigere Bestimmungen in nationales Recht einzubringen. Dies betrifft insbesondere Regelungen zur Gewährung von Bezahlung und Vergütung während einer Beurlaubung. Hier spricht die europäische Richtlinie eine Empfehlung aus, diese sicherzustellen, um vor allem auch Männern die Entscheidung für die Pflege zu erleichtern.

Die Mindestvorschriften sollen Anreize bieten, während der Pflegezeit einer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können. Weiter sollen diese den Arbeitnehmern, die die gebotenen Möglichkeiten von Urlaub und Freistellung nutzen, ermöglichen, an ihren früheren Arbeitsplatz zurückzukehren oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz auswählen zu können, und rechtlich garantieren, keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, ihres Arbeitsvertrags oder ihres Beschäftigungsverhältnisses hinnehmen zu müssen.

Das Recht auf Pflegeurlaub beinhaltet zunächst einen Anspruch auf fünf Arbeitstage Urlaub für pflegende Angehörige pro Jahr. Den Mitgliedsländern bleibt es überlassen, wie sie auf der Grundlage nationaler Regelungen den Anspruch konkretisieren. Der Bezugszeitraum muss nicht ein Jahr betragen und der Anspruch kann auch pro Fall festgelegt werden.

Eine Arbeitsfreistellung kann im Falle höherer Gewalt aus dringenden und unerwarteten familiären Gründen in Anspruch genommen werden. Die Mitgliedsstaaten legen im Einzelnen die Bedingungen hierzu fest, müssen aber berücksichtigen, dass die Arbeitnehmerrechte, die bereits erworben wurden oder erworben werden können, nicht tangiert werden.

»Welche Mindeststandards sind für den Pflegebereich verbindlich?

- Recht auf Pflegeurlaub
- Arbeitsfreistellung aufgrund höherer Gewalt
- Ermöglichung flexibler Arbeitszeitregelungen
- Kündigungsschutz und Benachteiligungsverbot
- Rechtsschutz



Eine gerechte Aufteilung von Betreuungs- und Pflegeaufgaben zwischen Frauen und Männern soll die neue Richtlinie gewährleisten.

Flexible Arbeitszeitregelungen sollen die Möglichkeit bieten, dass die berufliche Tätigkeit an persönliche Bedürfnisse und Präferenzen angepasst werden kann. Die Richtlinie weist hierbei ausdrücklich auf die Gewährung von Telearbeit hin. Die Entscheidung über die Gewährung von flexibler Arbeitszeitregelung soll der Arbeitgeber treffen können. Dem Beschäftigten soll das Recht eingeräumt werden, einen Antrag stellen zu dürfen, die flexiblen Arbeitszeitregelungen vorzeitig zu beenden, da sich die konkreten Umstände für eine Maßnahme ändern können.

Wer seine Rechte und Möglichkeiten wahrnehmen will und schließlich wahrnimmt, muss vor Diskriminierung und Schlechterstellung geschützt werden. Die europäische Richtlinie gibt einen Kündigungsschutz und ein Benachteiligungsverbot vor. Sollte ein Arbeitgeber eine Kündigung aussprechen, so ist diese schriftlich zu begründen. Die Beweislast, dass die Kündigung nicht aufgrund der Wahrnehmung der Rechte dieser Richtlinie erfolgt, liegt beim Arbeitgeber.

Ein angemessener Rechtsschutz ist den Arbeitnehmern zu gewähren, um sie bei der Ausübung ihrer Rechte zu stärken und vor Benachteiligungen oder negativen Konsequenzen zu schützen. Der Rechtsschutz soll von den nationalen Gleichbehandlungsstellen für Fragen im Zusammenhang mit der Diskriminierung gewährt werden.

Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission wegen mangelnder Umsetzung

Nach Ablauf der Frist zur Umsetzung der Richtlinie hat die EU-Kommission im September 2022 neben der Bundesrepublik Deutschland Belgien, Tschechien, Dänemark, Irland, Griechenland,

Spanien, Frankreich, Kroatien, Zypern, Lettland, Luxemburg, Ungarn, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien und die Slowakei wegen mangelnder Umsetzung der Richtlinie angemahnt und gegen diese Staaten Schritte zur Gewährleistung der vollständigen und fristgerechten Umsetzung der EU-Richtlinie eingeleitet.

Es ist verwunderlich, dass 19 Mitgliedsstaaten gleichzeitig von der EU-Kommission einen „Blauen Brief“ erhalten haben. Offensichtlich tun sich die meisten Mitgliedsstaaten schwer, die Richtlinie vollumfänglich umzusetzen.

Die Bundesregierung hob zu Ihrer Entlastung hervor, dass sie mit Elternzeit, Elterngeld, Pflegezeit und Familienpflegezeit bereits umfassende Erleichterungen für Familien mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen gesetzlich geregelt habe. Zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie wurden mit dem Vereinbarkeitsrichtliniengesetz weitere Regelungen durch Änderungen des Pflegezeitgesetzes, des Familienpflegezeitgesetzes und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes getroffen.

Regelungen im deutschen Recht zur Umsetzung der europäischen Richtlinie

Die bisherigen Regelungen beim Pflegezeitgesetz und beim Familienpflegezeitgesetz galten lediglich für Betriebe mit mehr als 15 beziehungsweise mit mehr als 25 Beschäftigten. Diese Beschränkungen wurden aufgrund der europäischen Richtlinie aufgehoben. Jetzt können auch Beschäftigte von Kleinbetrieben, das sind Betriebe mit weniger als 15 Beschäftigten, einen Antrag auf Freistellung zur Pflege nach dem Pflegezeit- sowie nach dem Familienpflegezeitgesetz stellen.

Die Arbeitgeber müssen unabhängig von der Betriebsgröße innerhalb von vier Wochen nach Zugang des Antrags dem Beschäftigten eine Antwort zukommen lassen und im Fall der Ablehnung begründen.

Haben Beschäftigte in Kleinbetrieben mit ihrem Arbeitgeber eine Freistellung nach dem Pflegezeit- sowie nach dem Familienpflegezeitgesetz vereinbart, gelten die damit verbundenen Rechte und Rechtsfolgen. Dies schließt einen Kündigungsschutz für die Dauer der vereinbarten Freistellung ein.

Unabhängig von der Betriebsgröße gilt jetzt für alle Arbeitnehmer, dass die Freistellung vorzeitig beendet werden kann, wenn ein Pflegebedarf nicht mehr besteht oder die häusliche Pflege unmöglich oder unzumutbar ist.

Fühlen sich Beschäftigte bei der Inanspruchnahme von Pflegezeit oder Familienpflegezeit benachteiligt oder diskriminiert, können sie sich an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wenden. Die Zuständigkeit der Antidiskriminierungsstelle wurde hierfür erweitert.

Erwartungen nicht vollständig erfüllt

Inwieweit sich die Europäische Kommission mit der deutschen Gesetzgebung zur Umsetzung der Richtlinie zufrieden zeigt, wird sich in diesem Jahr zeigen müssen. In zwei wesentlichen Punkten erfüllt die deutsche Gesetzgebung nicht die Erwartungen. Die Mindeststandards zum Vaterschaftsurlaub und die Empfehlung, die Telearbeit als flexible Arbeitszeitregelung zu berücksichtigen, fanden keine Berücksichtigung. Was die Telearbeit bzw. Homeoffice betrifft,

liegen positive Erfahrungen und Rückmeldungen aufgrund der Corona-Arbeitsverordnungen vor. Warum Arbeitsminister Hubertus Heil diese Erfahrungen nicht in die Gesetzgebung zur Umsetzung der europäischen Richtlinie eingebracht hat, ist unverständlich. Seine Fachkräftestrategie setzt auf flexible Arbeitszeitregelungen, um Ressourcen in Deutschland selbst für den Arbeitsmarkt zu sichern. Hierbei, so seine Ankündigung im Januar, setzt er auf stärkere Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt. Die europäische Richtlinie weist schon 2019 im Ergänzungsgrund 10 darauf hin, dass sich die Pflegebedürftigkeit von Angehörigen insbesondere für Frauen nachweislich negativ auf die Erwerbstätigkeit auswirkt.

Was die Einbeziehung der Antidiskriminierungsstelle anbetrifft, gibt es Kritik aus der CDU-Bundestagsfraktion und von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes selbst. Bemängelt wird, dass der Rechtsschutz vor Diskriminierung nur für Beschäftigte besteht. Für Diskriminierungen bei der Jobsuche, im Bewerbungsverfahren und bei Einstellungen gibt es keinen Rechtsschutz. Beanstandet wird weiter, dass die Diskriminierung von Eltern und pflegenden Angehörigen nicht als eigenes Diskriminierungsmerkmal ins Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Aufnahme gefunden habe. Ein umfassender Schutz vor Diskriminierung wäre nicht gewährleistet. Die Zahlen, die die Antidiskriminierungsstelle anhand ihrer repräsentativen Umfrage von 2022 ausweist, sind ein eindeutiges Signal dafür, dass Handlungsbedarf besteht. 27 Prozent der Befragten gaben an, wegen der Pflege von Angehörigen Diskriminierung erfahren zu haben.



Das Homeoffice hat sich während der Pandemie etabliert – viele Unternehmen haben diese Arbeitsform beibehalten.

Den Regierungsparteien ist offensichtlich bewusst, dass die Umsetzung der Richtlinie noch nicht abgeschlossen ist. So gibt die SPD-Bundestagsfraktion beim abschließenden Gesetzesverfahren im Bundestag zu Protokoll, dass die getroffenen Regelungen nicht ausreichend sind, Angehörige so zu unterstützen, wie sie es verdienen.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Anmerkungen:

- 1) Seite 7, Empfehlungen zur Familienpflegezeit und zum Familienpflegegeld; Teilbericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (Zweite Berichtsperiode); Stand 01.07.2022
- 2) Seite 6, a.a.O.
- 3) Siehe Ergänzungsgrund 18
- 4) Siehe Ergänzungsgrund 11
- 5) Siehe Ergänzungsgrund 6

Quellen:

Empfehlungen zur Familienpflegezeit und zum Familienpflegegeld; Teilbericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (Zweite Berichtsperiode); Stand 01.07.2022

RICHTLINIE (EU) 2019/1158 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates;

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32019L1158>

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_22_5409

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/gesetze/vereinbarkeitsrichtlinienumsetzungsgesetz-vrug-198236>

Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht der 73. Sitzung vom 1. Dezember 2022, Seiten 8.004ff

Pressemitteilung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zum neuen Vereinbarkeitsgesetz: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/Shared-Docs/pressemitteilungen/DE/2022/20221223_Vereinbarkeitsrichtlinie.html

Die bisherigen Veröffentlichungen:

„Die Pflege“ - Herausforderung für Politik und Gesellschaft. Beiträge zur „kleinen“ Pflegereform

Teil 1: Pflegereform 2021 – Verbesserungen und künftiger Regelungsbedarf (RBiRP 2022-1u2, S.29-31)

Teil 2: Vereinbarkeit von Beruf und Pflege – ein Balanceakt (RBiRP 2022-3u4, S. 38-41)

Die Beiträge sind auch über unsere Website in den Online-Ausgaben unserer Zeitschrift zugänglich: <https://www.vrb-rlp.de>

Verfassungsjubiläum

Rheinland-Pfalz feiert seine landesgeschichtliche Identität



Zum Abschluss des Jubiläumjahres durfte die Geburtstagstorte nicht fehlen. V.l.n.r.: Ministerpräsident a. D. Dr. Bernhard Vogel, die amtierende Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Ministerpräsident a.D. Rudolf Scharping und Ministerpräsident a. D. Kurt Beck.

Zum Abschluss des Jubiläumjahres 2022 lud die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (LpB) in Kooperation mit der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz zum landesgeschichtlichen Rückblick „75 Jahre Rheinland-Pfalz“ nach Mainz ein. Am 18. Mai 1947 nahm die Bevölkerung des Landes Rheinland-Pfalz die Verfassung in einer Volksabstimmung an. „So schwer die Nachkriegsjahre für unser ‚Land aus der Retorte‘ waren, so erfolgreich konnte diese Neugründung unseres Bundeslandes in der Folge gelingen“, erklärte Bernhard Kukatzki, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung.

In seiner Begrüßung der Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterstrich er die Bedeutung der Politischen Bildung. Andrea Römmele, Professorin an der Hertie School Berlin, bat nach einem Kurzabriss der rheinland-pfälzischen Geschichte – von

Martin Luther über die Mainzer Republik und die Freiheitskämpfe bis heute – die ehemaligen Ministerpräsidenten als Zeitzeugen und zuletzt die amtierende Ministerpräsidentin auf die Bühne.

Ministerpräsident a. D. Dr. Bernhard Vogel

Der Rückblick begann mit der Amtszeit von Dr. Bernhard Vogel (1976 bis 1988). Es war eine Zeit der gesellschaftlichen Reformen. Dr. Bernhard Vogel (CDU) erinnerte an die Gründung und Wiedergründung von Hochschulen, den Ausbau der sozialen Infrastruktur und an die überregionalen Partnerschaften, insbesondere an die Partnerschaft mit Ruanda, die auf seine Initiative zurückging. Vogel sagte, er blicke positiv nach vorne. Auch die „heutige Generation“ werde die „heutigen Schwierigkeiten so meistern, wie wir das in der Vergangenheit

getan haben,“ als es nach 1945 gelungen sei „aus dem zerbombten und von den Siegermächten besetzten Deutschland, wieder ein blühendes Land zu machen.“ Nach 1945 habe niemand Rheinland-Pfalz gewollt. „Ich habe versucht, dieses Land aus der Retorte zu einem gleichberechtigten Land in der Bundesrepublik zu machen,“ resümierte Dr. Vogel. „Einmal Ministerpräsident heißt, man bleibt immer Ministerpräsident“, antwortete er auf die Frage, wie er das aktuelle Geschehen im Land verfolge. Er lese jeden Morgen, „was in Rheinland-Pfalz geschieht – oder was unterbleibt.“

Ministerpräsident a. D. Rudolf Scharping

Rudolf Scharping (SPD) betonte, dass die Regierung in seiner Amtszeit (1991–1994) die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt gestellt habe, ebenso die großen Zukunftsfragen wie die Förderung neuer Technologien. Kritisch ging er in einem Statement auf die Sozialen Medien ein, die in „sehr hohem Maße die politische Kultur und die Bereitschaft von Menschen, sich in dieser Kultur zu exponieren“ beeinflusst hätten. Er könne nicht nachvollzie-

hen, dass es in einer Demokratie möglich sei, Lügen zu verbreiten, „ohne mit seinem Namen dafür gerade stehen zu müssen“. Mit Demokratie und dem Respekt gegenüber der anderen Person habe das nichts zu tun, so Scharping.

Ministerpräsident a. D. Kurt Beck

Kurt Beck (SPD) erinnerte, dass in seiner Regierungszeit (1994 bis 2013) mit dem Abzug der alliierten Truppen Hunderte militärische Flächen einer neuen Nutzung zugeführt und Ersatz für Zehntausende Arbeitsplätze geschaffen werden mussten. Die „Mammutaufgabe Konversion“ habe erfolgreich gestaltet werden können. Mit seiner Initiative „Unser Nachbar Amerika“ sei es ihm vor allem auch darum gegangen, mit dem Abzug der Amerikaner die Freundschaft und die kulturellen Verbindungen, die sich im Verlauf der Jahrzehnte durch die amerikanischen Soldaten und Wehrangehörigen überall in Rheinland-Pfalz gebildet hatten, nicht abbrechen zu lassen. Kurt Beck bezeichnete die in seiner Ära eingeführte gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität als ein Markenzeichen von Rheinland-Pfalz.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Die amtierende Ministerpräsidentin (seit 2013) blickte mit stolz auf das Geleistete zurück. „Rheinland-Pfalz hat sich in den 75 Jahren zu einem Zukunftsland entwickelt. Wir haben gelernt, dass die Vielfalt der Menschen und Regionen eine Stärke und keine Schwäche ist, wie es viele 1947 noch glaubten. Rheinland-Pfalz hat es immer wieder geschafft, sich neu zu erfinden, ohne seine Traditionen aufzugeben.“ [...] „Auch heute steht Rheinland-Pfalz vor großen Veränderungen. In Zeiten des Wandels und der Krisen haben die Bürger und Bürgerinnen einmal mehr bewiesen, dass wir ein Land des Zusammenhalts sind. Deshalb schaue ich mit Zuversicht auf alle kommenden Herausforderungen. Rheinland-Pfalz ist ein leistungsfähiges und ein wandlungsfähiges Land. Das hat es in den vergangenen 75 Jahren immer wieder bewiesen“, erklärte Malu Dreyer (SPD). Es sei eindrucksvoll, ihre Vorgänger zu hören. „Das Land war immer in guten Händen.“

Bernd Karst
bernd.karst@vrb-rlp.de



„Herausforderungen mit Mut und Tatkraft begegnen!“

Dr. Bernhard Vogel feiert seinen 90. Geburtstag

Die CDU Rheinland-Pfalz richtete für Prof. Dr. Bernhard Vogel am 19. Dezember eine Geburtstagsfeier im Technik Museum Speyer aus. Die Laudatio hielt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth.

Vogel war von 1967 bis 1976 Kultusminister und danach bis zu seinem Rücktritt 1988 Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz. Die deutsche Wiedervereinigung ermöglichte eine bis heute einmalige Doppelkarriere. 1992 wurde er zum Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen gewählt. Damit begann, wie er es nannte, das größte Abenteuer seines Lebens.

Michael Garthe überschrieb in der Rheinpfalz seinen Leitartikel mit „Der Einzartige“ und bezeichnete Dr. Vogel als unbeugsamen Verfechter des demokratischen Staatswesens. Im Interview mit unserer Zeitschrift (Ausgabe 5/6-2022) hatte Dr. Vogel ausgeführt: „Demokratie braucht Demokraten, Menschen, die mitmachen und sich engagieren.“

Der Jubilar nutzte sein Schlusswort beim Geburtstagsempfang für einen Appell: „Es liegt nahe, mit 90 zurückzublicken. Es ist aber erlaubt, auch mit 90 noch in die Zukunft zu blicken, sogar in eine Zukunft, die ich selbst nicht mehr erleben werde. In diese Zukunft zu blicken, heißt für mich heute: Der Bundeskanzler hat Recht. Der Krieg in der Ukraine bezeichnet eine Zeitenwende. Die heute heranwachsende Generation muss mit diesen Herausforderungen fertig werden, und wir Alten sollten Ihnen dazu Mut machen, den gegenwärtigen Herausforderungen mit Mut und Tatkraft zu begegnen und sie zu meistern. Für Verzweiflung und Resignation besteht nicht der geringste Anlass ... Engagieren Sie sich in einer Partei, organisieren Sie sich in einer Organisation oder engagieren Sie sich in ei-



nem Ehrenamt und begreifen Sie, dass Sie nicht allein auf der Welt sind, sondern dass man die Mitmenschen braucht, um selbst eine gute Zukunft zu haben.“

Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de





Broschüren-Download:
www.kmk.org/fileadmin/pdf/Bildung/AllgBildung/2022-11-24-Strategie_France_Allemagne_VA_endg.pdf

Deutschland und Frankreich fördern jeweilige Partnersprache

Im Vertrag von Aachen über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration vom 22. Januar 2019 haben Deutschland und Frankreich vereinbart, jeweils eine Strategie zu entwickeln, um zur Erhöhung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Studierenden, die die Partnersprache erlernen, beizutragen.

Die Strategie zur Förderung der französischen Sprache in Deutschland sowie die Strategie zur Förderung der deutschen Sprache in Frankreich liegen nunmehr vor.

Beiden Strategien ist eine Gemeinsame Erklärung vorangestellt, in der die historisch gewachsene besondere Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich in Europa hervorgehoben und die elementare Bedeutung von Sprache als Schlüssel zum gegenseitigen Verständnis zwischen jungen Menschen aus beiden Ländern besonders gewürdigt werden.

Ra / www.kmk.org/aktuelles/

Fundsache:

„Du musst Dinge ändern wollen ...“

Ich glaube, wenn du Jugendlicher bist, dann hast du die Pflicht, leidenschaftlich zu sein. Aufgrund deiner Jugend, aufgrund deiner großartigen Naivität. Du musst Dinge ändern wollen ...

Wü / Quelle: SZ-Interview mit Marius Müller-Westernhagen über „Jugend“ (SZ 7./8. Januar 2023)

Kirchen wollen gemeinsamen christlichen Religionsunterricht

Katholiken und Protestanten könnten in Niedersachsen schon bald einen gemeinsamen Religionsunterricht in der Schule bekommen. Die katholischen Bistümer des Landes, das katholische Offizialat Vechta und die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen sprachen sich dafür aus, mit der Landesregierung in entsprechende Verhandlungen einzutreten. Denkbar sei eine Einführung zum Schuljahr 2025/2026, teilten die Kirchen am Montag mit. Dafür müssten allerdings unter anderem das Schulgesetz und die Lehrpläne geändert werden.

Kultusministerin Julia Willie Hamburg teilte mit, das Land stehe einem gemeinsam von evangelischer und katholischer Kirche verantworteten Religionsunterricht positiv gegenüber. „Diese Pionierleistung der Kirchen aus Niedersachsen ist ein tolles Zeichen und birgt viel Potenzial für guten Unterricht für die Schülerinnen und Schüler“, sagte die Grünen-Politikerin.

Landesbischof Karl-Hinrich Manzke erklärte, Themen, bei denen die beteiligten Kirchen nicht übereinstimmen, sollten im gemeinsamen Unterricht als verschiedene Wege des Christseins thematisiert werden. Dies trage zur Identitätsbildung und Pluralitätsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler bei. Der Bischof des katholischen Bistums Osnabrück, Franz-Josef Bode, sagte, das Vorhaben sei in hervorragender ökumenischer Zusammenarbeit entwickelt worden.

Hr / Quelle: www.welt.de, 9. Januar 2023

„DER, DIE, DAS!

WER, WIE WAS?

WIESO, WESHALB, WARUM?“



Bahnbrechendes Lernangebot

Die Sesamstraße feiert in Deutschland ihren 50. Geburtstag

Am 8. Januar 1973 wurde sie erstmals in den regionalen Programmen der ARD ausgestrahlt. Schon 1969 im November erklärten Ernie, Bert, Graf Zahl und das Krümelmonster im US-Fernsehen Vorschulkindern Zahlen und Buchstaben. Der Anspruch war, gerade Kindern aus sozial schwächeren Familien spielerische und altersgerechte Lernangebote zu machen. Zur Identifizierung mit den plüschigen Protagonisten wurde für die „Sesame Street“ die Kulisse einer amerikanischen Großstadt nachempfunden, mit Hochhäusern und Mülltonnen im Hinterhof, in einer davon lebte Oscar.

Der Start der synchronisierten Erstausstrahlung in Deutschland löste Kontroversen aus. Sie reichten von der Frage, ob die gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA auf Deutschland zu übertragen seien bis hin, ob Kinder im Vorschulalter überhaupt Fernsehen schauen sollten. Der Bayerische Rundfunk boykottierte sogar die Sendung und entwickelte parallel das Konzept des „Feuerroten Spielmobils“. Viele Eltern befürworteten dennoch das Angebot. 18 Uhr „Sesamstraße“-Schauen wurde zu einem geliebten Ritual in den Familien. Der Wechsel der Sendung ins Vormittagsprogramm löste 2003 große Proteste aus.

Ab Januar 1978 produzierte der Norddeutsche Rundfunk die „deutsche Sesamstraße“ mit Samson und Tiffany. Diese bildeten zusammen mit bekannten Schauspielerinnen und Schauspielern – Lieselotte Pulver oder Horst Janson – die Rahmenhandlung für die Geschichten um die Freunde von Ernie und Bert.

Heute habe die Sesamstraße den Anspruch, so der NDR Redakteur Hermesmeier, den Drei- bis Sechsjährigen aktuelle gesellschaftliche Themen – kindgerecht – näher zu bringen und sie zu animieren, ihr eigenes Verhalten zu hinterfragen.

Die Sesamstraße war Vorreiter für speziell an Vorschulkinder gerichtetes Fernsehen. „Logo“, „KiKA“, aber auch „MrWissen2go“ sind heute selbstverständlich, wenn es gilt, Wissen und Aktualität für Kinder und Jugendliche in attraktiver Form anzubieten.

MA /Quellen:

www.volksfreund.de/region/kultur/

sesamstrasse-feiert-50-geburtstag_aid-82505739;

www.ndr.de/kultur/film/50-Jahre-Sesamstrasse-in-Deutschland-NDR-Fernsehen-gratuiert,sesamstrassefuenfzig102.htm

www.hanisauland.de/wissen/kalender-allgemein/kalender/sesamstrasse-premiere-deutschland



Sesamstraße-Logo und Bild über ARD-Foto.de – NDR/Sesame Workshop“, pressefoto@ndr.de

Escape Room als innovative Lernerfahrung



Thomas Landini betreute bis 2022 die Stabsstelle „Inklusion in der Weiterbildung“ im WBZ. Seit 2023 ist er Mitarbeiter der Volkshochschule im WBZ und entwickelt neuartige kreative und inclusive Bildungsformate. Er moderiert beim VRB-Fachkongress 2023 den Arbeitskreis 5: Innovative Methoden in der Demokratiebildung. Wir haben ihn zum Game-Based-Learning befragt.

schaft ermöglichen. Die Lernprozesse sind geprägt von Selbstbestimmung, Autonomie und dem Streben nach Wirksamkeit. Dabei gilt, dass die Lerner ein hohes Maß an Selbstverantwortung und die Zugehörigkeit zur (Lern-) Gemeinschaft erleben.“ (Graf, N. & Schmitz, A. P. (2019) Definition & Abgrenzung der Begriffe Lernen 4.0, Agiles Lernen & New Learning.)

Erweitert man dieses Konzept auf eine Gruppe von Menschen, können eine Vielzahl weiterer Fertigkeiten und Faktoren vermittelt und erlernt werden. Fertigkeiten, die für ein soziales, gewaltfreies und respektvolles Miteinander sorgen können.

Die Escape-Rooms sind eines dieser erweiterten Formate?

Genau. Sie wollen wir beim Kongress in Theorie und Praxis vorstellen. Der erste dokumentierte Escape Room (auch Escape Game, Exit Game) entstand 2007 in Japan. In den 2010er Jahren verbreitete sich das Konzept schnell um die Welt. Es handelt sich immer um Szenarien, d. h. die Teilnehmenden (TN) finden sich in einer ihnen ungewohnten Situation wieder. Die TN müssen ein Ziel durch das Lösen mehrerer Aufgaben erfüllen. Klassischerweise müssen sie sich aus einem geschlossenen Raum befreien. Escape Rooms haben eine zeitliche Begrenzung. Üblicherweise sind das sechzig Minuten. Durch die zeitliche Begrenzung entsteht ein Teil der Spannung. Das Lösen sehr unterschiedlicher Rätselarten regen Kommunikation, Kreativität und Transferdenken an und sind teamstiftend. Escape Rooms werden von einer außenstehenden Person begleitet und ggf. moderiert.

Was unterscheidet kommerzielle Escape Rooms von didaktischen Escape Rooms?

Die meisten kommerziellen Escape Rooms dienen der reinen Unterhaltung der TN. In der Bildungsarbeit sind Escape Rooms eine kreative und niedrigschwellige Methode, um Themen (in der Regel an politischer – oder Medienbildung ori-

Der VRB veranstaltet den 11. Ingelheimer Fachkongress erneut in Kooperation mit der Fridtjof-Nansen-Akademie. Er steht unter dem Thema „Demokratiebildung in der Schule“. Angeboten werden fünf Arbeitskreise. Der fünfte ist ausgeschrieben als „Innovative Methoden in der Demokratiebildung: *Charta der Vielfalt*“. Wir haben den Referenten des Arbeitskreises, Thomas Landini, vorab zum Thema „Escape Games als Weiterbildungsformat für Schule, Ausbildung und Lehre“ befragt.

RBiRP: Was kann Game-Based-Learning bewirken?

Thomas Landini: Gamification ist zu einem Sammelbegriff dafür geworden, spielerische Elemente in den an sich spielfreien Unterrichtskontext – meist zur Motivation – einzubauen. Positiv besetztes Spielen wird eingesetzt, um den im Vorfeld mit Anstrengung verbundenen Lern- und Arbeitsprozess vergessen zu machen. Beim Game-Based-Learning löst das Spiel z. B. 4K-Lernprozesse (Kreativität, Kritisches Denken, Kommunikation, Kollaboration) aus, die außerhalb der Simulation im realen Leben eine Rolle spielen: Der

Mensch als Teil der globalen Gesellschaft löst Probleme der Welt und bildet seinen Charakter als verantwortungsvolles Mitglied der Gesellschaft aus.

Welche Ziele hat das „New Learning“

Es geht nicht primär um reine Wissensvermittlung, sondern darum, die dem Menschen innewohnenden Ressourcen erfahrbar und nutzbar zu machen. Heißt: „New Learning hat die Selbst- und Potenzialentfaltung des Individuums zum Ziel. New Learning bezeichnet Lernprozesse, die vom Lernenden als sinnhaft erlebt werden und die Teilhabe an der Gemein-



Mein Rezept für guten Unterricht

Nicolas Cordes ist Lehrer an der Albert-Schweitzer Realschule plus in Mayen. Im VRB ist er eingebunden im Bezirksverband Koblenz sowie neben Maren Sassenroth und Saskia Tittgen in der Jugendvertretung „Junge Lehrkräfte im VRB“ und auf Bundesebene in der

„VDRJugend“. An der Universität Koblenz hat er einen Lehrauftrag für die Didaktik der Geographie. Nicolas Cordes ist Mitglied des VRB-Expertenteams „Soziale Medien“. In einem der sozialen Netzwerke (LinkedIn) wurde er nach seinem Rezept für guten Unterricht gefragt.

- Ich respektiere meine Schülerinnen und Schüler und nehme ihre Bedürfnisse und Interessen ernst.
- Ich plane ihr Feedback und ihre Neigungen mit in den Unterricht ein.
- Kooperatives Lernen. Wir lassen niemanden zurück.
- Ich hinterfrage meinen Unterricht stetig.
- Individuelle Förderung
- Freundlich, aber bestimmend
- Transparenz
- Ich bin authentisch. Unterricht mit Spaß und Humor.
- Lernförderliches Klima schaffen (Ohne Angst, Zeitdruck, Lautstärke)
- Vermittlung von Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten

Und zum Schluss:

- Empathie den Schülerinnen und Schülern gegenüber zeigen
- Auch nach dem Unterricht für die Kids da sein: „Warum gehts dir denn heute nicht so gut?“ – „Was kann ich für dich tun, damit es dir besser geht oder du dich in Zukunft besser am Unterricht beteiligen kannst?“
- Wir lernen miteinander und füreinander.

Was gehört in euer Rezept für guten Unterricht?

Aus den Zuschriften

„Ich denke, du hast ein sehr gutes Rezept! Meiner Meinung nach gibt es einige Standardzutaten für erfolgreiches Unterrichten, und darüber hinaus hat jede Lehrkraft noch einige persönliche Gewürze zur Verfeinerung. Ich hätte da noch Stärkenorientierung und Gelassenheit ...“ (K.L.)

„... Begreifbarkeit/Anschaulichkeit ...“ (B.O.)

„... + Wertschätzung + Lob + Spaß miteinander + Lehrerinnen und Lehrer, die Freude an ihrem Job haben und es schaffen, Eltern ins Boot zu holen ...“ (B.G.)

entiert) mit unterschiedlichen Zielgruppen spielerisch und kreativ zu bearbeiten. Ist der Raum „erspielt“ schließt sich eine Reflexion und damit eine intensive Auseinandersetzung zu den jeweiligen Bildungsaspekten an.

Diese didaktischen Escape Rooms sind mobil, manche sogar online spielbar. Auf Grund ihrer spielerischen Ausrichtung (Gamification, Game Based Learning) und der intrinsischen Motivation (mach es zu deinem Projekt) der TN erreichen diese didaktischen Escape Rooms auch vermeintlich schwer zu motivierende Zielgruppen.

Wie weit wirken Escape-Rooms?

Diese Escape Rooms können nicht dazu dienen, Themen abschließend zu behandeln. Sie teasern Themen an und sensibilisieren die TN für die speziellen Probleme

und Zusammenhänge. In den anschließenden Gruppenphasen werden dann – idealerweise – Inhalte und Haltungen reflektiert. Eindrücke und Emotionen werden ebenso besprochen, wie Einzel- und Gruppenergebnisse.

Beim Kongress bieten Sie exemplarisch das Format „Charta der Vielfalt“ an.

Der Escape Room „Charta der Vielfalt“ ist eine Eigenproduktion des WBZ Ingelheim. Er hat das Thema „Vielfalt“, genauer gesagt, die sieben Kerndimensionen „Alter“, „Ethnische Herkunft und Nationalität“, „Geschlecht und geschlechtliche Identität“, „Körperliche und geistige Fähigkeiten“, „Religion und Weltanschauung“, „Sexuelle Orientierung“ und „Soziale Herkunft“ zum Thema. Eingebunden

in eine spannende Story nähern sich die TN ihren eigenen Haltungen und Vorurteilen zu den sieben Bereichen.

Was leisten Escape-Rooms für die Wissensvermittlung?

Escape Rooms bieten, wenn sie gut in ein Unterrichtskonzept eingearbeitet werden, ein hohes Potenzial. Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass der Escape Room selbst nur ein kleiner Teil des zu vermittelnden Wissens transportiert. Der Escape Room stärkt die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Erst durch eine Hinführung und eine anschließende Auf- und Nachbearbeitung des Escape Rooms kommt es zur gewünschten Wissensvermittlung.

Wü

VRB-Bezirke



KOBLENZ: Lehrkräftegesundheit - zentrales Thema der Verbandsarbeit

NEUSTADT: Lehramt attraktiver ausgestalten!

TRIER: Digitales Infoangebot: „Gewusst wie in 60 Minuten“

BEZIRKSVERSAMMLUNG KOBLENZ

Lehrkräftegesundheit – ein zentrales Thema unserer Verbandsarbeit



Fotos: Nicolas Cordes

Prof. Dr. Letzel, Direktor des Instituts für Lehrergesundheit, (2.v.re) und Dr. Schöne, leitender Sicherheitsingenieur im Bereich Arbeitssicherheit, (li.) referierten zum Thema „Belastungen und gesundheitserhaltende Maßnahmen für Lehrkräfte“. Gastgeber war der Bezirksvorstand Koblenz, hier vertreten durch Bengjamen Bajraktari (2.v.li.), Nicole Weiß-Urbach und Gerhard Hein.

Mit dem Thema Lehrkräftegesundheit hatte der Bezirksvorstand Koblenz zum wiederholten Mal ein Thema für seine Bezirksversammlung gewählt, das für die Lehrkräfte immer mehr an Bedeutung gewinnt. Bengjamen Bajraktari, Vorsitzender im Bezirk und Vorsitzender des Bezirkspersonalrates Realschulen plus begrüßte dreißig Kolleginnen und Kollegen zu der Veranstaltung in Koblenz.

Er gab zunächst einen Überblick über die Verbandsarbeit des letzten Jahres und betonte dabei, dass die Lehrergesundheit vom Verband in den Stufenvertretungen bei Gesprächen mit der Dienststelle oder dem Bildungsministerium immer wieder thematisiert werde. Aus diesem Grund habe man Prof. Dr. Letzel, Direktor des Instituts für Lehrergesundheit, und Dr. Schöne, leitender Sicherheitsingenieur im Bereich Arbeitssicherheit, für einen Vortrag zum Thema Belastungen und gesundheitserhaltende Maßnahmen für Lehrkräfte eingeladen.

Prof. Dr. Letzel stellte das Belastungsbeanspruchungs-Konzept vor, um zu erläutern, wie unterschiedlich die individuellen Ressourcen jeder einzelnen Lehrkraft seien, welche Belastungsquellen es gebe und wie das persönliche Belastungsempfinden beeinflusst wird. Es gelte die verschiedenen Arten von Belastung zu erkennen, um gesundheitserhaltende Maßnahmen durchzuführen. Prävention von Arbeitsbelastung an Schulen stehe da im Vordergrund. Die Gefährdungsbeurteilung sei hierbei das zentrale Mittel im schulischen Arbeitsschutz.

„Cockpit IfL“ – ein digitales Instrument zur Gefährdungsbeurteilung

Im Anschluss ging Dr. Schöne genauer auf das Dokumentations-Instrument „Cockpit IfL“ ein. Hierbei handelt es sich um einen Online-Fragenkatalog, dessen Beantwortung wichtige Grundlagen zur objektiven Messung und Dokumentation von Belastungen der Lehrkräfte an den Schulen zum Erstellen einer Gefährdungsbeurteilung liefere. Er unterstrich, dass mit einer steigenden Anzahl teilnehmender Schulen

die Aussagekraft der Gefährdungsbeurteilung, die im jährlichen Gesundheitsbericht für das Bildungsministerium dokumentiert wird, natürlich mehr Gewicht erhalte.

Auf Nachfrage unterstrich Dr. Schöne, dass die Schulleitung als Arbeitgeber verpflichtet sei, eine Gefährdungsbeurteilung durchzuführen.

Prof. Letzel appellierte an die Kolleginnen und Kollegen, Werbung für dieses Online-Angebot zu machen und die Schulleitungen für eine Gefährdungsbeurteilung zu gewinnen. Die Schulen könnten so gezielt den Gesundheitsschutz für ihre Lehrkräfte und ihre Schulleitung objektiv und qualitativ auswerten und auf dieser Basis konkrete Verbesserungen gemeinsam umsetzen.

Unterstützung durch den VRB

Bengjamen Bajraktari regte an, dass die Schulbehörde alle Schulleiterinnen und Schulleiter über dieses Angebot des IfL informieren könne. Er bat darum, dass das IfL einen dazugehörigen Mini-Leitfaden erstelle, der den Schulen auf der Homepage des IfL zur Verfügung gestellt wird. Ein solcher würde eine Vorstellung von „Cockpit IfL“ im Kollegium mit Sicherheit erleichtern.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Bezirksversammlung: Das Thema Lehrkräftegesundheit gewinnt zunehmend an Bedeutung und wird seitens des Verbandes immer wieder thematisiert.

GEMEINSAME ÖPR-FORTBILDUNG DER BEZIRKE KOBLENZ UND TRIER

Grundlagen der Personalratsarbeit



Die Referentinnen und Referenten (von links): Christoph Krier, Katharina Becker, Nicole Weiß-Urbach, Monika Antoni, Bengjamin Bajraktari.

Rund fünfzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Schulen der Bezirke Koblenz und Trier befassten sich in der VRB-Herbstfortbildung mit schulrechtlichen und schulorganisatorischen Fragen und bildungspolitischen Themen.

„Sie sind Multiplikatoren und Seismographen an den Schulen. Kommen und bleiben Sie mit uns im Gespräch ...“, so begrüßte Bengjamin Bajraktari, der Vorsitzende des VRB-Bezirks Koblenz und Vorsitzender im Bezirkspersonalrat der Realschulen plus, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Schulpersonalräten.

Unterrichtsversorgung und Lehrkräfteausbildung

In seinen Ausführungen zur Arbeit des BPR Realschulen plus ging er zunächst auf die Planstellen- und Vertretungssituation zu Beginn des Schuljahres 2022/23 ein. Landesweit wurden ca. 230 neue Planstellen geschaffen. Dennoch sei die Personalversorgung der Schulen unzureichend. Er sieht darin eine Konsequenz der stetig wachsenden Belastungen im Lehrberuf. Es müssen an Schulen spürbare Entlastungen für Lehrkräfte und Schulleitungen seitens der Landesregierung geschaffen werden. Darüber hinaus sei es auch dringend notwendig, die Attraktivität

des Lehramtes Realschulen plus zu stärken.

Christoph Krier, Vorsitzender im Bezirk Trier und Mitglied im Hauptpersonalrat Realschulen plus, ergänzte in diesem Kontext, dass der VRB – auch durch seine Vertreter im HPR – vehement fordere, die Ausbildung für Förderschullehrkräfte auch an der Universität Koblenz und für Studierende des Lehramtes für Realschulen plus auch an der Universität in Mainz zu installieren.

Er berichtete, dass Absolventen mit einem Studienabschluss für das gymnasiale Lehramt ab dem 15. Januar 2023 ihre zweite Ausbildungsphase auch für das Lehramt an Realschulen plus an den Studienseminaren in Rheinland-Pfalz fortsetzen können.

Arbeitsplatz Schule

Darüber hinaus unterstrich Krier die Forderung des Verbandes, das Besoldungsgefüge – nicht nur im Hinblick auf die Übernahme von Führungsaufgaben – in Integrierten Gesamtschulen

und Realschulen plus auf den Prüfstand zu stellen.

Anschließend informierte Bengjamin Bajraktari über eine Initiative des Bildungsministeriums, durch ein Mentoringprogramm gezielt Frauen für die Übernahme von Schulleitungsaufgaben zu motivieren.

Christoph Krier ging abschließend auf die Initiative „Schule der Zukunft“ ein, beschrieb deren Intentionen und zeigte Schwachpunkte auf. Unter anderem fehle auch hier eine Entlastung für das zusätzliche Engagement der Kolleginnen und Kollegen.

Nebentätigkeiten: Genehmigungs- und Anzeigepflicht

Einen Überblick über das besonders zu Beginn eines jeden Schuljahres akute und Fragen generierende Thema Nebentätigkeiten gab Nicole Weiß-Urbach. Sie ist Vorstandsmitglied des Bezirks Koblenz und Mitglied im Bezirkspersonalrat Realschulen plus. Weiß-Urbach stellte mit Beispielen anzeigepflichtige und nicht anzeigepflichtige Nebentätigkeiten gegenüber und erläuterte beispielhaft die genehmigungspflichtigen Nebentätigkeiten. Sie verwies darauf, dass eine Nichtbeachtung der Anzeige- und Genehmigungsverpflichtung zu dienstrechtlichen Konsequenzen führen könne und empfahl, offene Fragen zur individuellen Situation mit der Schulbehörde zu klären, um abgesichert zu sein.

Schulrechtliche Grundlagen für die ÖPR-Arbeit

Mit einem interaktiven Quiz auf der Plattform „Kahoot“ motivierte Katharina Becker, stellvertretende Vorsitzende im Bezirk Trier, zur Auseinandersetzung mit Verwaltungsvorschriften u. a. zu den Themen Aufsicht, Nachteilsausgleich, Schwimmunterricht oder Mehrarbeit. In ihren Erläuterungen griff sie dabei immer wieder Beispiele aus dem Schulalltag auf.

Einen weiteren Schwerpunkt der Schulung bildeten die Dienstordnung, bei der Christoph Krier insbesondere auf die Rolle der örtlichen Personalräte einging.

Orientiert am Landespersonalvertretungsgesetz ging Bengjamin Bajraktari anhand des vom VRB erstellten Jah-

resplans für die ÖPR-Arbeit auf die Schwerpunkte schulischer Personalratstätigkeiten ein. Er unterstrich, dass Regelungen, Konzepte und Dienstvereinbarungen vor Ort zu einem funktionierenden System führen könnten und der Örtliche Personalrat maßgeblich dazu beitragen könne.

Ein Vortrag zu PES, den Christoph Krier und Katharina Becker gemeinsam gestalteten, nahm anschließend besonders die Beteiligungsrechte der ÖPRE in den Blick. Sie empfahlen, das Vertretungskonzept jährlich zu evaluieren.

Traditionsgemäß schloss ein intensiver Austausch mit einer Fragerunde die Fortbildung am Nachmittag ab.



Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de

Fotos: Monika Antoni und Benjamin Bajraktari



Bildungspolitische Themen sowie schulrechtliche und schulorganisatorische Fragen standen im Mittelpunkt der VRB-Herbstfortbildung für Schulpersonalräte der Bezirke Koblenz und Trier.

STUDIENSEMINAR KOBLENZ

Begrüßung der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter

Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari und Nicole Weiß-Urbach, Schatzmeisterin des Bezirks, besuchten im Januar das Studienseminar Koblenz. Sie begrüßten die rund sechzig Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, die ihren Dienst antraten, und wünschten ihnen

viel Erfolg für ihre Ausbildung. In kurzen Gesprächen informierten sie die Interessierten über den Verband und die Vorteile einer VRB-Mitgliedschaft. Darüber hinaus stellten sie eine Checkliste mit wertvollen Tipps für den Einstieg an die Ausbildungsschule vor. Der

Verband, so versicherten beide, werde den Anwärterinnen und Anwärtern bei Bedarf mit Rat und Tat zur Seite stehen.



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Am VRB-Stand kamen Benjamin Bajraktari und Nicole Weiß-Urbach mit den interessierten Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern ins Gespräch ...

...dabei entstand auch das Gruppen-Selfie.

Fotos: Benjamin Bajraktari



VRB-BEZIRKSVORSTAND KOBLENZ VOR ORT IM GESPRÄCH MIT GABRIELE WIELAND, DER HAUPTAMTLICHEN BEIGEORDNETEN DES WESTERWALDKREISES

„Investitionen in Schulen sind Zukunftsinvestitionen“

Der Bezirksvorstand hat sich zum Ziel gesetzt, vor Ort mit Schulen, Behörden und unterschiedlichen Institutionen ins Gespräch zu kommen. Kürzlich hat der Bezirksvorstand den Gesprächsfaden wieder aufnehmen können. Gesprächspartnerin war diesmal Gabriele Wieland, die als Beigeordnete im Westerwaldkreis für die Bereiche Schulen und Immobilien, Umwelt sowie Soziales zuständig ist.

Schwerpunkte: Schulbau, Schulentwicklungsplan und Digitalisierung

Der vom VRB initiativ vorgenommene Faktencheck (www.vrb-rlp.de) zu den Schulbaurichtlinien bot dem Bezirksvorstand Koblenz Anlass, vor Ort mit einem Schulträger den Kontakt zu suchen. Mit Fragen zum Schulbau, zum Schulentwicklungsplan und zur Digitalisierung im Gepäck wurden die VRB-Vertreter Benjamin Bajraktari, Bezirksvorsitzender und stellv. Landesvorsitzender, Wilfried Rausch, Landesgeschäftsführer, und Gerhard Hein, stellv. Vorsitzender des Bezirks Koblenz, in der Kreisverwaltung in Montabaur vorstellig und von Gabriele Wieland, der ersten hauptamtlichen Beigeordneten des Westerwaldkreises, herzlich willkommen geheißen.

Hemmnisse bei Schulbaumaßnahmen

Ca. 90 Prozent der Schulgebäude, die der Kreis besitze, seien in die Jahre gekommen, doch insgesamt seien die Rückmeldungen zu den Zuständen, die sie aus den Schulbesuchen bekommen habe, positiv, so Gabriele Wieland. Neben der Sanierung und Instandhaltung von Bestandsgebäuden plane der Kreis aber auch Neubauten. Konkret stehe seit einigen Jahren eine Neubaumaßnahme der Anne-Frank-Realschule plus in der Stadt Montabaur an.

Anhand dieser Schulneubaumaßnahmen konkretisierte die Beigeordnete die Hemmnisse, die eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahme erschweren. Als Teil des Genehmigungsverfahrens führte die Verwaltung des Westerwaldkreises einen Architektenwettbewerb



Fotos: Wilfried Rausch

Gabriele Wieland freut sich über regen Austausch mit den Schulen und die Fortschritte, die dort dank moderner digitaler Ausstattungen z. B. auch in der Weiterentwicklung des Online-Unterrichts erreicht werden konnten. Das Foto zeigt sie im Gespräch mit den VRB-Vertretern Benjamin Bajraktari, Gerhard Hein und Wilfried Rausch.

werb durch, um die gewünschte Qualität mithilfe eines Ideen-Wettbewerbs für die beste Lösung zu erreichen. Der Realisierung seien allerdings durch die Schulbaurichtlinien Grenzen gesetzt. Eine Zusage der ADD erfolge nur dann, wenn die Finanzierung sachgerecht erfolge. Und hier kann es wie im Fall der Neubaumaßnahme der Anne-Frank-Realschule plus, zu langwierigen Verhandlungen kommen, weil berechnete Raumvorstellungen nicht in den bestehenden Schulbaurichtlinien vorgesehen sind.

Solchen beschwerlichen Genehmigungsverfahren stünden oftmals eine noch schwierigere Umsetzung der Baumaßnahmen gegenüber. Die für die Baumaßnahmen in Frage kommenden Firmen klagten zunehmend über einen Fachkräftemangel. Viele Firmen nähmen nach ihren Beobachtungen wegen des Vergabewesens keine öffentlichen Ausschreibungen mehr an. Ein weiteres Hindernis sei die zeitliche Begrenzung der Förderprogramme.

Erfreuliche Schülerentwicklung an Realschulen plus

Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2023 für den Westerwaldkreis findet wieder in einer Kooperation mit der Universität Siegen statt und umfasst diesmal schwerpunktmäßig die Grundschulen.

Erfreulich, so Gabriele Wieland, sei die

Schülerentwicklung an den Realschulen plus. Die Anmeldezahlen seien ermutigend. Aufgrund dieser positiven Entwicklung sähe sie keinen Schulentwicklungsbedarf bei dieser Schulart. Die Raumkapazitäten seien an dieser Schulart mehr als gut ausgelastet.

Auf die mit dem Hinweis versehene Nachfrage, dass die Landesregierung bei den Schulentwicklungsplänen einen stärkeren Ausbau der Schwerpunktschulen wünsche, antwortete sie, dass sie auch im Bereich der Förderschulen und Schwerpunktschulen keinen Änderungsbedarf sähe. Diese seien gut aufgestellt und würden seitens der Kreisverwaltung gestärkt werden.

Als Problembereich bei den Schwerpunktschulen stellte sie die Einstellung von Integrationshelferinnen und -helfern dar. Es sei eine interessante Tätigkeit, aber es fehle Bereitschaft und Interesse zur Ausübung der Tätigkeit.

Eigendynamik bei der Digitalisierung erkennbar

Die Digitalisierung ist nach Darstellung der Beigeordneten mit allen Höhen und Tiefen im Westerwaldkreis angekommen. Ca. 4,3 Mio. Euro stünden dem Kreis für die Umsetzung des Digitalpaktes zur Verfügung. Ungefähr die Hälfte des Betrages sei bereits ziel führend investiert worden. Weiterführende Schulen seien mit Klassensätzen von iPads ausgestattet. Die flächen-

deckende Einführung von iPads für die Lehrkräfte und digitale Tafeln brächten die erhoffte Begeisterung und Motivation. Eine Eigendynamik zum weiteren Auf- und Ausbau dieses Bereiches sei bereits zu verzeichnen. Allerdings müsse der Blick auch auf die Zukunft gelenkt werden: Wer finanziert einen Nachfolgedigitalpakt, wenn die nun angeschafften Geräte abgenutzt seien? Es würden wieder Millionen für die IT-Ausstattung fällig werden, die kein Schulträger allein finanzieren könne, betonte Gabriele Wieland. Im Austausch über die Systembetreuung

ergaben sich für beide Seiten Fragen, die von Seiten des Bildungsministerium zu beantworten sind: Müssen aufgrund der problematischen IT-Fachkräftesituation wieder Lehrerinnen und Lehrer in die Bresche springen und die Netzwerke betreuen? Wäre eine bessere Bezahlung nicht ein Anreiz, qualifizierte IT-Fachkräfte zu gewinnen? Ist es nicht an der Zeit, über die eigenständige IT-Betreuung an Schulen nachzudenken?

Gerhard Hein
gerhard.hein@vrb-rlp.de



Gabriele Wieland war von 2011 bis 2019 Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtags, wurde 2019 zur Ersten Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten gewählt und ist seit 2014 auch ehrenamtliche Stadtbürgermeisterin der Stadt Montabaur. Als Beigeordnete leitet sie das Dezernat II mit der Zuständigkeit für Schulen und Immobilien, Umwelt sowie Soziales.



JUNGE LEHRKRÄFTE IM VRB

Fit für den Job – Informationsangebot für angehende Lehrkräfte

Die AG Junge Lehrkräfte im VRB hat die Informationsreihe „Fit für den Beruf“ entwickelt. Sie konnte dafür Beratung und Unterstützung unter anderem auch von Klaus Langer aus dem Pädagogischen Landesinstitut (PL) erhalten.

Mit ihrer ersten Veranstaltung waren die Jungen Lehrkräfte zu Gast an der Ernst-Barlach-Realschule plus und FOS in Höhr-Grenzhausen. Angesprochen hatte man Studierende der Universität Koblenz-Landau, zukünftige Lehramtsanwärterinnen und -anwärter sowie Berufseinsteigerinnen und -einsteiger. Erfreulich war, dass auch berufserfahrene Lehrkräfte aus dem Bezirk Koblenz anwesend waren.

Als Referenten hatte man Autor Marco Ringel gewonnen, der ein Handbuch für angehende Lehrkräfte mit dem Titel „Erfolgreich unterrichten“ verfasst hat. Er trug provokante Textstellen und Fallbeispiele aus seinem Buch vor und sorgte damit für Gesprächs- und Diskussionsanlässe.

Diskutiert wurde über die Motivation von Schülerinnen und Schülern, über Humor im Unterricht, die Stellung der Lehrergesundheit und die Bedeutung bewegten Unterrichts.

Nicolas Cordes
nicolas.cordes@vrb-rlp.de



Aus Impulsen und Beispielen aus „Erfolgreich unterrichten“ entwickelte sich ein lebhafter Austausch zwischen den Teilnehmenden, Autor Marco Ringel (am Pult), Klaus Langer vom PL (links) und den Jungen Lehrkräften im VRB.



Nicolas Cordes stellt Mitglieder des Teams Junge Lehrkräfte im VRB vor: Jana Brachtendorf, Maren Sassenroth und Andreas Stegmann (von links)

Fotos: Bianca Cordes

Termine: VRB-Veranstaltungen im Bezirk Koblenz

- 15. März 2023** ÖPR-Schulung mit Schwerpunkt: Vertretungskonzept, Dienststörung, Dienstvereinbarung
- 20. April 2023** (oder 4. Mai) iPad-Schulung für Anfänger/Fortgeschrittene in Koblenz
- April 2023** „VRB vor Ort“: Sprechstunde an der IGS Bad Kreuznach
- Mai 2023** „VRB vor Ort“: Sprechstunde an der RS plus Montabaur Anne-Frank
- Juni 2023** „VRB vor Ort“: Sprechstunde an der Erich-Kästner RS plus Bad Neuenahr – Ahrweiler
- Sep/Okt 2023** Pensionärstreffen im Bezirk Koblenz

PERSONALRÄTEFORTBILDUNG

Rechtsgrundlagen der schulischen Personalratsarbeit

Zum Jahresschluss hatte der Bezirksverband Neustadt am 12.12.2022 zu einer Schulung für Örtliche Personalvertretungen eingeladen. Christoph Schneider, Bezirksvorsitzender und Mitglied des Bezirkspersonalrats Integrierte Gesamtschulen, begrüßte zahlreiche Personalräte aus Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen im „Dürkheimer Haus“ in Bad Dürkheim.



VRB-Dezember-Fortbildung für Personalvertreterinnen und Personalvertreter im „Dürkheimer Haus“ – HPR-Vorsitzender Michael Eich fordert von der Landesregierung, das Lehramt attraktiver auszugestalten und mehr für die Gesundheit der Lehrkräfte zu tun.

Nebentätigkeiten

Die stellvertretende Bezirksvorsitzende und Mitglied im Bezirkspersonalrat Realschulen plus Monika Antoni, stellte das Thema Nebentätigkeiten vor. Sie ging dabei auf die Definition von Nebentätigkeiten ein, beschrieb welche Tätigkeiten anzeige- bzw. genehmigungspflichtig sind und wies auf die Notwendigkeit der jährlichen Erneuerung dieser Anzeige gegenüber der Schulleitung hin. Zudem empfahl sie die konkrete Rückversicherung bei der Dienststelle bei Unklarheiten.

Projekt „Schule der Zukunft“

Michael Eich, stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender des Hauptpersonalrats Realschulen plus, skizzierte das Projekt „Schule der Zukunft“. Für dieses Programm, das von der Landesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, haben sich 45

Schulen, darunter acht Realschulen plus und elf Integrierte Gesamtschulen, beworben. Die projektbegleitenden „Town Halls“, die dem Austausch und der Vernetzung der teilnehmenden Schulen dienen sollen und jeweils ein Schwerpunktthema wie bspw. „moderner Schulbau“, „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ oder „Inklusion“ behandeln, bewertete Eich positiv. Er gab jedoch zu bedenken, dass nicht jedes Good-Practice-Modell an jeder Schule umzusetzen sei und die möglichen Synergieeffekte gleichzeitig zusätzliche personelle Ressourcen binden würden.

Lehramt attraktiver ausgestalten

In seinem Bericht über die Arbeit des Hauptpersonalrates hob Michael Eich den enormen Personalbedarf beim Lehramt Realschule plus hervor. Zudem

beschrieb er die Notwendigkeit, die Attraktivität des Lehramtes an Realschulen plus zu steigern, denn das Fehlen von ausgebildeten Lehrkräften werde sich je nach Standort und insbesondere im Wahlpflichtbereich weiter verschärfen. Michael Eich fordert daher, dass auch an der Universität Mainz Studienangebote für das Lehramt Realschulen plus geschaffen werden müssen. Im Hinblick auf die Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte verlangte er, dass das Pädagogische Landesinstitut Angebote für Realschulen plus Lehrkräfte stärker fokussieren und differenzieren müsse. Der weiter zunehmende Personalmangel wirke sich in Form von Mehrarbeit auch vermehrt auf die Lehrkräftegesundheit aus. Verschärft werde dies durch immer mehr Aufgaben, die an die Schulen herangetragen werden. Eich kritisierte in diesem Kontext, das Vorhaben, „Gefährdungsanzeigen“ in Zukunft in „Überlastungsanzeigen“ umzubenennen.

Digitalisierung in den Blick nehmen

Eich forderte, die Digitalisierung verstärkt in den Blick zu nehmen. Es dürfe nicht sein, dass vom Schulträger abhängig sei, welche digitale Ausstattung eine Schule nutzen könne. Er lobte, dass die Landesregierung die Hauptpersonalräte nun doch in den gemeinsamen Arbeitskreis IT mit den Schulträgern einbeziehen möchte, denn nur so könne dort auf Erfahrungen aus der schulischen Praxis zurückgegriffen werden.

Beteiligungsrechte

Christoph Schneider sprach über seine Arbeit im Bezirkspersonalrat Integrierte Gesamtschulen. Zum Projekt „Schule der Zukunft“ ergänzte er, dass darauf zu achten sei, die Schulgemeinschaft angemessen durch die Beschlüsse der Gesamtkonferenz zu beteiligen.

Schneider erinnerte außerdem an wichtige Termine bei Versetzungsanträgen, Ländertausch und dem Verfahren Schulischer Personalgewinnung (VSP). Darüber hinaus informierte er über die Bestimmungen bei Beförderungsverfahren für Gymnasiallehrkräfte an IGS und die Beteiligung der Personalvertretungen.

Rechtsgrundlagen und Beteiligungsverfahren

Über ein virtuelles Schulrechts-Quiz kam Katharina Becker, stellvertretende Bezirksvorsitzende im VRB-Bezirk Trier und Mitglied des Bezirkspersonalrats Realschulen plus, mit den Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch. Unter anderem wurden Regelungen zum Nachteilsausgleich, zur Aufsicht und zum Schwimmunterricht angesprochen.

Danach skizzierte Monika Antoni das Mitbestimmungsverfahren bei Personalmaßnahmen. Wichtig sei, dass – auch in den Ferienzeiten – die Erreichbarkeit der örtlichen Personalvertretungen sichergestellt ist, um einen schnellen Rücklauf der Stellungnahmen zu gewährleisten.

Zum Abschluss dankte Christoph Schneider allen für ihre Teilnahme, warb für die Personalräteschulung am 15. März 2023 im Herz Jesu Kloster Neustadt und wünschte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen guten Start ins Jahr 2023.

Christoph Schneider
christoph.schneider@vrb-rlp.de



BPR-Mitglied Katharina Becker kam über ein virtuelles Schulrechts-Quiz mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ins Gespräch.

Karl-Heinz Walz verstorben

Karl-Heinz Walz ist Ende Januar verstorben. Er wurde 87 Jahre alt. Stationen seines Berufslebens waren unter anderem die Realschulen in Hassloch und in Neustadt an der Weinstraße. Seine Kolleginnen und Kollegen beschreiben ihn als korrekt, großzügig und zugewandt. Er war ein Unterstützer.

Im Verband engagierte er sich vielfältig. In den Jahren 1969–1970 war er der letzte Vorsitzende des Bezirksverbandes Pfalz. In dieser Rolle bereitete er gemeinsam mit seinem rheinhessischen Kollegen Karl-Heinz Kühfuß die Zusammenführung zum Bezirksverband Rheinhessen-Pfalz vor. Für die Bezirkspersonalratswahl



len wurde er mehrfach zum Wahlleiter bestellt.

Karl-Heinz Walz war Kirchenmusiker aus Leidenschaft und vielseitig interessiert. Bei kulturellen Veranstaltungen des Verbandes brachte er sich als Stadtführer ein. Unvergessen ist beispielsweise seine Führung durch den Wormser Dom, an der Mitglieder aus ganz Rheinland-Pfalz angereist waren. Das Foto zeigt ihn dort beim abschließenden Konzert auf

der Domorgel. Das nächste gemeinsame Ziel sollte die Klosterkirche Limburg sein. Das zu erleben, war ihm – und uns – leider nicht mehr vergönnt.

Wü

BESUCH IM STUDIENSEMINAR KAISERSLAUTERN

VRB-Unterstützungsangebote für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter

Anfang November besuchten Katharina Bitz und Monika Antoni, beide Mitglieder im Bezirksvorstand Neustadt, das Studienseminar in Kaiserslautern. Sie stellten den neuen Kolleginnen und Kollegen, die ihre Ausbildung im Sommer begonnen hatten, die Arbeit des Verbandes Reale Bildung vor.

In ihren Gesprächen skizzierten die VRB-Vertreterinnen die Unterstützungsangebote des Verbandes. Bitz und Antoni verwiesen u.a. auf den im Schulalltag verankerten Erfahrungshorizont der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner des Verbandes sowie die persönliche Betreuung. Darüber hinaus sprachen sie die praktischen Vorteile einer Mitgliedschaft an. Im Mitgliederservice seien Fortbildungen, der Bezug der Verbandszeitschrift, eine Diensthaftpflichtversicherung und ein Lehrkräfteausweis enthalten. Neumitglieder erhielten das zweibändige VRB-Handbuch für Lehrkräfte mit vielen für den Berufsalltag wichtigen und verständlich erklärten schul- und dienstrechtlichen Grundlagen und

Organisationshinweisen. Katharina Bitz und Monika Antoni überreichten den interessierten Anwärterinnen und Anwärtern eine neue Ausgabe des VRB-Wegweisers, der speziell für Fragen rund um den Vorbereitungsdienst entwickelt wurde.

Die beiden VRB-Vertreterinnen zeigten sich angetan von der freundlichen Aufnahme im Seminar. Sie nahmen auch die Gelegenheit zum Austausch mit Fachleiterinnen und Fachleitern wahr.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Katharina Bitz
katharina.bitz@vrb-rlp.de



Monika Antoni (im Bild) und Katharina Bitz (hinter der Kamera) informierten über schul- und bildungspolitische Ziele des Verbandes sowie die Unterstützungsangebote für junge Lehrkräfte.



Entwickelt für Fragen rund um den Vorbereitungsdienst. Der Wegweiser.

Termine: VRB-Veranstaltungen im Bezirk Neustadt

- | | | |
|----------------------|--|--------------------------|
| 1. März 2023 | „Gewusst wie in 60 Minuten: Teilzeit“ | Online-Veranstaltung BBB |
| 15. März 2023 | Personalräteschulung
(Themenschwerpunkte: PES, Lehrergesundheit, Wahlpflichtfächer) | Neustadt |
| 3. Mai 2023 | „Gewusst wie in 60 Minuten: Elternzeit“ | Online-Veranstaltung BBB |
| 5. Juli 2023 | „Gewusst wie in 60 Minuten: Altersteilzeit“ | Online-Veranstaltung BBB |

FIT FÜR DEN JOB

Junge Lehrkräfte an der Universität Trier

In Kooperation mit dem Pädagogischen Landesinstitut hat das Team „VRB-junge Lehrkräfte“ eine Fortbildungsveranstaltung für Studierende, Lehramtsanwärterinnen und -anwärter sowie Berufseinsteigerinnen und -einsteiger entwickelt.



Zufrieden mit dem Verlauf ihrer Veranstaltung waren Marco Ringel (Autor „Erfolgreich unterrichten“ – Mitte), Klaus Langer (Pädagogisches Landesinstitut - rechts), Dr. Birgit Weyand (Zentrum für Lehrerbildung an der Uni Trier – 3. v. rechts) und die Vertreterinnen und Vertreter des VRB: Alexander Sonnen, Katharina Becker, Nicolas Cordes und Christoph Krier.

Die Auftaktveranstaltung fand im November an der Universität Trier statt. Vor Ort waren neben dem Pädagogischen Landesinstitut – vertreten durch Klaus Langer – auch Dr. Birgit Weyand vom Zentrum für Lehrerbildung und Vertreter der jungen Lehrkräfte des VRB. Für den Austausch sorgte Buchautor Marco Ringel, der aus seinem Werk „Erfolgreich unterrichten“ provokante Textpassagen auswählte und über diese mit den Anwesenden ins Gespräch kam.

Bewegter Unterricht: Lachen ist erlaubt

Wichtig war es allen Beteiligten, die Realität des Unterrichtens zu beleuchten und zu diskutieren. Inhaltlich griff

Ringel Themenschwerpunkte wie Motivation der Schülerinnen und Schüler, Humor im Unterricht, die Stellung der Lehrergesundheit und die Bedeutung des bewegten Unterrichts auf. Dass im Unterricht gelacht werden darf, ja sogar sollte, darüber waren sich die anwesenden Studierenden, Dozierenden und Lehrkräfte einig.

Christoph Krier, Vorsitzender des Bezirks Trier, gab einen Einblick in seinen Unterricht, veranschaulichte Momente, die seine Schüler und ihn selbst zum Lachen brachten und hob dabei hervor, dass „eine gewisse Portion Humor“ im Schulalltag und Unterricht unabdingbar sei und auch die Authentizität der eigenen Person unterstreiche.

Allerdings dürfe ein Lacher nie auf Kosten der Schülerinnen und Schüler gehen.

Lehrkräftegesundheit im Blick

Als Ringel den Bereich der Lehrergesundheit beleuchtete, wurde deutlich, dass vor allem für Kolleginnen und Kollegen mit Familien die Lehrergesundheit von enormer Bedeutung ist. Es gehe zum Beispiel darum, eine „work-life-balance“ zu erreichen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zulasse. „Resilienz, Umgang mit Belastungen und Selbstkonzepte ist ein Bereich, der im Rahmen der Fort- und Weiterbildung am Pädagogischen Landesinstitut immer mehr Einzug findet“, konstatierte Klaus Langer aus Sicht des PL. Katharina Becker (Mitglied im Bezirkspersonalrat) zeigte auf, dass sich aus eben den genannten Gründen immer mehr Lehrkräfte für eine Teilzeitstelle interessierten und diese bei der ADD beantragten. Auch innerhalb ihres Aufgabenbereichs und Beratungsangebots zu den Schwerpunkten BEM und Wiedereingliederung steige die Nachfrage. „Aber genau diese Personengruppe ist die, die trotz Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung am meisten gefordert ist“, ergänzte Dr. Weyand. Sie skizzierte am Beispiel Elterngespräche und Konferenzen, dass zusätzliche Belastungen im Spannungsfeld der gebundenen und ungebundenen Arbeitszeit zu Benachteiligungen führen können.

Wohlbefinden beim Miteinanderreden

Das Themenfeld des bewegten Unterrichts, welches ebenfalls intensiv und konstruktiv-kritisch beleuchtet wurde, lud zu einer praktischen Erfahrung ein. Die Anwesenden wurden aufgefordert, sich eine Gesprächspartnerin oder einen Gesprächspartner zu suchen und sich drei Minuten lang über das eigene Studienfach oder das Lehramt auszutauschen. „Und, wie schätzen Sie jetzt ihr Wohlbefinden nach dieser kurzen Phase des Miteinanderredens ein?“, wollte Ringel wissen. Die Antwort kam prompt: „Gut“, „Geistig wieder fitter und frischer.“, so die Antworten einzelner Teilnehmerinnen und Teilnehmer. „Ja, schon. Aber man muss auch die Lautstärke ertragen können.“, gab eine junge Lehrkraft zu bedenken.

Fotos: Christoph Krier



Gut besucht war die erste Veranstaltung einer Fortbildungsreihe, die das Team „VRB-Junge Lehrkräfte“ für Studierende, Lehramtsanwärterinnen und -anwärter sowie Berufseinsteigerinnen und -einsteiger entwickelt hat.

Feedbackkultur im Schulalltag

Eben dieses Feedback, das sich aus dieser kurzen Übungsphase ergab, bot den Übergang zum letzten Themenschwerpunkt der Veranstaltung. „Wie wird sich die Feedbackkultur und das kollegiale Hospitieren in der Schu-

le entwickeln?“, wollte Autor Ringel wissen. So diskutierten die Studierenden und jungen Lehrkräfte über einen möglichen Mehrwert durch eine kollegiale Feedbackkultur im Alltagsunterricht und die Chancen gegenseitiger Rückmeldungen zum eigenen Unterricht, orientiert an Zielvereinbarungen.

Chancen zur Vernetzung

Dass sich Kolleginnen und Kollegen gegenseitig unterstützen können, das zeigten auch die jungen Lehrkräfte des VRB auf. So schilderten Alexander Sonnen (stv. Bezirksvorsitzender Trier) und Nico Cordes (Bezirk Koblenz) wie wichtig es sei, sich untereinander zu vernetzen und auszutauschen, und welche Chancen hier ein Berufsverband bietet.

Fazit: Aus zielführenden Texten und Fallbeispielen entwickelte sich ein produktiver und offener Austausch zwischen den Studierenden, den anwesenden Lehrkräften, Marco Ringel (Autor „Erfolgreich unterrichten“), Klaus Langer (Pädagogisches Landesinstitut), Dr. Birgit Weyand (Zentrum für Lehrerbildung an der Uni Trier) und den Vertreterinnen und Vertretern des Verbandes Reale Bildung.

Alexander Sonnen
alexander.sonnen@vrb-rlp.de



Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



NEUES DIGITALFORMAT

„Gewusst wie in 60 Minuten“ – Digitales Infoangebot für Mitglieder

In einem neuen Format für unsere Mitglieder „Gewusst wie in 60 Minuten“ informieren wir jeden ersten Mittwoch im Monat in einer maximal einstündigen digitalen Schalte zu ausgewählten dienst- und schulrechtlichen Themen. Gern können Sie die nächsten Termine auf der Website einsehen und sich anmelden.

Versetzung und Abordnung

Am 7. Dezember 2022 starteten Christian Jäger und Katharina Becker mit dem Thema „Versetzungsantrag und Abordnungen“ in die neue Veranstaltungsreihe. Interessierte Kolleginnen und Kollegen konnten Fragen rund ums Thema stellen, nachdem in einem 15-minütigen Inputvortrag die Nutzung des Versetzungsportals erarbeitet worden war. Spätestens jetzt war für alle nachvollziehbar, dass ein Antrag an der Schulleitung vorbei weder möglich ist noch sinnig wäre. Herr Jäger verwies auf die Einhaltung folgender Fristen: Versetzungen zum 1. August müssen in der Regel vor dem 1. Februar des laufenden Jahres beantragt werden. Versetzungen zum 1. Februar sind entsprechend vor dem 1. August des Vor-

jahres zu beantragen. Die Schulaufsicht steht bei ihren Versetzungsentscheidungen jeweils vor einem Abwägen zwischen Versorgung und Bedarf an der aufnehmenden, aber ebenso an der abgebenden Schule. Die Möglichkeiten für Versetzung und Abordnung auf eigenen Antrag und aus dienstlichen Gründen wurden von Katharina Becker erläutert. Zudem wurden Schutzbestimmungen für Schwerbehinderte oder ÖPR-Mitglieder benannt und das Ländertauschverfahren erläutert.

Halbjahreszeugnisse und Versetzungsordnung

Auch am 4. Januar galt es, Wissen aufzufrischen. Christoph Krier und Jutta Okfen stellten „Halbjahreszeugnisse und Versetzungsordnung in der



Informationen zur Wiedereingliederung nach längerfristiger Erkrankung gab es in der zweiten Veranstaltung. Auch das Verfahren zur Feststellung der Dienstfähigkeit wurde erörtert.



In der Januar-Veranstaltung der Reihe „Gewusst wie in 60 Minuten“ standen die bevorstehenden Zeugniskonferenzen im Mittelpunkt. Erläutert wurden auch die Regelungen zum Nachteilsausgleich.

RS plus und IGS“ in den Mittelpunkt des Spätnachmittags. Alle Teilnehmenden konnten nach der Veranstaltung entspannt den Halbjahreszeugnissen entgegenblicken, da alle Fragen rund um die ÜSchO geklärt werden konnten. Dabei ging es um Kopfnoten, Verbalbeurteilungen und Bemerkungen, die im Rahmen der bevorstehenden Zeugniskonferenzen zu beachten sind. Christoph Krier stellte nochmals die Regelungen zum Nachteilsausgleich in den Focus und verwies auf die Vorgaben im Schulgesetz und in den Verwaltungsvorschriften. Ebenso hilfreich für die Teilnehmer waren die Hinweise zu den Bemerkungen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Dazu verwies Christoph Krier auf die Möglichkeit, dass eine Benotung in den ersten beiden Jahren des Schulbesuchs durch eine Verbalbeurteilung ergänzt oder

ersetzt werden kann. Hierzu wurden den Teilnehmenden entsprechende Formulierungsbeispiele für die bevorstehenden Zeugniskonferenzen an die Hand gegeben. Die Besonderheit des „Nicht-Sitzenbleibens“ bis zur Klassenstufe 9 an Integrierten Gesamtschulen hob Jutta Okfen hervor und schilderte im Vergleich der beiden Schularten die Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den Versetzungsregelungen.

BEM, ZMU und Wiedereingliederung

Im Februar wurde das Thema „BEM, ZMU und Wiedereingliederung“ in den Blick genommen. Ist man erkrankt, kann die unbekannte Thematik schnell überfordern. Es galt also zuerst einmal, eine Begriffsabgrenzung der Maßnahmen vorzunehmen. Während das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) ein Beratungsangebot durch die

Schulleitung oder das Institut für Lehrer-gesundheit darstellt, um Lehrkräften nach Fehlzeiten ein Rückkehren in den Dienst zu erleichtern, handelt es sich bei einer Wiedereingliederung um eine stufenweise Zurückführung auf das Stundendeputat nach längerer Erkrankung nach amtsärztlicher Begutachtung. Die Untersuchung durch die Zentrale Medizinische Untersuchungsstelle (ZMU) schließlich dient der Überprüfung der Dienstfähigkeit. Katharina Becker erklärte hierbei, wer was wann zu beantragen hat und wie die Abläufe sind. Besonders bedeutsam ist es sicherlich, die verschiedenen Zielsetzungen zu verstehen, um nicht Hilfsangebote auszuschlagen oder drohende Ruhestandsversetzungen zu spät zu erkennen. Kerstin Clarida, die Bezirksvertrauensperson der Schwerbehinderten Lehrerinnen und Lehrer der RS plus, bereicherte zusätzlich die Veranstaltung durch Impulse rund um die Schwerbehinderung. So wurde auf Ansprechpartner wie die Bezirksvertrauenspersonen, aber eben auch auf Rechte wie Schwerbehindertenermächtigungen und Gleichstellung verwiesen.

Sie haben die Veranstaltungen leider verpasst? Kein Problem, wir beraten Sie auch weiterhin gern. Vielleicht sind Sie ja beim nächsten „Gewusst wie in 60 Minuten“ dabei.

Katharina Becker
katharina.becker@vrb-rlp.de



Termine: VRB-Veranstaltungen im Bezirk Trier

28. Februar 2023	iPad-Schulung Teil 2 „Schülerhefte mit GoodNotes“	Bitburg
1. März 2023	„Gewusst wie in 60 Minuten: Teilzeit“	Online-Veranstaltung BBB
20. März 2023	ÖPR-Schulung mit Themenschwerpunkt „Lehrergesundheit“ Referenten: Prof. Dr. Letzel und Dr. Schöne	Wittlich
24. April 2023	VRB-Bezirksversammlung	Ort noch offen
3. Mai 2023	„Gewusst wie in 60 Minuten: Elternzeit“	Online-Veranstaltung BBB
5. Juli 2023	„Gewusst wie in 60 Minuten: Altersteilzeit“	Online-Veranstaltung BBB

VRB-Handbuch für Lehrkräfte

Neuaufgabe auf dem Stand der aktuellen 60. Ergänzung



Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 32 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.

Das VRB-Handbuch wurde auf dem Stand der 60. Ergänzungslieferung neu aufgelegt.

Ein Schwerpunkt der Loseblattsammlung liegt auf dem Dienstrecht. Hierher gehören Themen wie „Die Rechtsquellen des Beamtenrechts“, „Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Beamtenverhältnisses“, „Das Disziplinarrecht“, „Die Fürsorge- und Treuepflicht des Dienstherrn“, „Teilzeitbeschäftigung“, „Altersteilzeit“, „Versetzung und Abordnung“, „Ländertausch“ und „Beurlaubung von Lehrkräften“.

Nachfolgend informieren wir beispielhaft über den Inhalt des Beitrags „Längerfristige Beurlaubung von Lehrkräften“. Autor ist Gerhard Peifer.

Inhaltsübersicht

1. Beurlaubungen aus familiären Gründen nach § 76 Landesbeamtengesetz (LBG) i. V. m. § 75 LBG
2. Pflegezeiten mit Vorschuss nach § 76a LBG
3. Beurlaubung bei Bewerberüberhang nach § 77 LBG
4. Beurlaubung nach § 25 Abs. 4 Privatschulgesetz (PrivSchG) (i. V. m. § 32 Abs. 1 UrlVO)
5. Beurlaubungen nach der Urlaubsverordnung (UrlVO)
 - 5.1 Urlaub zur Ableistung eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres oder eines Bundesfreiwilligen dienstes (§ 22 UrlVO)
 - 5.2 Urlaub zur Wahrnehmung von Aufgaben der Entwicklungshilfe (§ 28 UrlVO)
 - 5.3 Urlaub für eine fremdsprachliche Aus- oder Fortbildung oder zum Erwerb der Zugangsvoraussetzungen für ein höheres Einstiegsamt (§ 29 UrlVO)
 - 5.4 Urlaub in anderen Fällen (§ 32 UrlVO)
 - 5.4.1 Auslandsdienstlehrkraft (ADLK)
 - 5.4.2 Programmlehrkraft
 - 5.4.3 Ortslehrkraft (OLK)
 - 5.4.4 Teilnahme an einem internationalen Lehreraustausch
 - 5.4.5 Übernahme eines Lektorats
 - 5.4.6 Lehrtätigkeit an deutschen Firmenschulen im Ausland
 - 5.5 Sonstige Beurlaubungsfälle
 - 5.5.1 Tätigkeit außerhalb von Rheinland-Pfalz
 - 5.5.2 Begleitung eines Ehepartners ins Ausland
 - 5.5.3 Beurlaubung im Rahmen des Länderaustauschverfahrens
 - 5.5.4 Weiterbildung
6. Allgemeine Hinweise
7. Auswirkungen von längerfristigen Beurlaubungen auf die Bezüge und sonstige dienstrechtliche Stellung



Achtung!
Sie bekommen keine
Post mehr vom VRB?
Bitte Änderungen
mitteilen!

Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Namensänderung wegen Heirat, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



Wolfgang Seebach
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de
Tel: 0 26 7 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
Unterstraße 19
56814 Faid

In der kommenden Ausgabe ...

- stehen die Ergebnisse des Fachkongresses „Demokratiebildung in der Schule“ im Mittelpunkt,
- schauen wir auf die Veränderungen in der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft und interviewen den Präsidenten der Universität Koblenz,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Justiziarin Antonia Dufeu fort,
- stellen wir das beim PL angesiedelte Digitale Kompetenzzentrum vor,
- sprechen wir mit der Koblenzer Schulsozialarbeiterin Anke Theisen,
- befragen wir den Leiter der bei der ADD angesiedelten MINT-Geschäftsstelle zu deren Kernaufgaben,
- berichten wir über unsere Verhandlungen und Beratungen mit den Parteien, dem Ministerium, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden,
- informieren wir über die Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände.



Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41/9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Erwin Schneider
Mühlenweg 24
54675 Roth
Tel: 0 65 66 / 9 33 19 19
Fax: 0 65 66 / 93 51 11
erwin.schneider@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Michael Eich (Eic),
Wolfgang Häring (Hr), Bernd Karst (Ka),
Wilfried Rausch (Ra), Wolfgang Seebach (WS),
Regina Sersch (Ser), Nicole Weiß-Urbach (NWU)

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Exemplare, WIRmachenDRUCK GmbH



Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.



Lehrkräftemangel: Bildungspolitisches Versagen

Unzureichende Investitionen in Attraktivität des Lehramts

Die Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK (SWK) offenbaren das Versagen unserer Gesellschaft bei der Gewinnung junger Menschen für das Lehramt. Das Verweisen auf demografische Ursachen und den allgemeinen Fachkräftemangel sind hilflose Versuche, die Verantwortung für diese Misere zu verschleiern. Der Lehrkräftemangel kam nicht über Nacht, es mangelte nicht an Warnungen und an Vorschlägen zu dessen Abwendung. Investitionen wurden nur zögerlich oder viel zu spät getätigt, um Anreize für den Lehrberuf zu schaffen.

Versäumnisse nicht wegdiskutieren

Die nun angedachten Notmaßnahmen zur Absicherung der Unterrichtsversorgung sollen befristet werden. Die Mitglieder der SWK und auch die Kultusministerkonferenz (KMK) selbst dürfte der Widerstand der Lehrkräftevertretungen gegen die Notmaßnahmen nicht überrascht haben, immerhin weisen sie selbst auf unsere krisenbedingten Belastungen der vergangenen Jahre hin. Offensichtlich unterschätzt wurde jedoch das weitgehend vernichtende mediale Echo. Die Versäumnisse der KMK und der Landesregierungen sind nicht länger wegzudiskutieren. Statt rechtzeitig dem sich lange abzeichnenden Lehrkräftemangel als Länder koordiniert entgegenzuwirken, wich die KMK immer wieder aus und beschönigte die Lage. Den Preis für dieses bildungspolitische Versagen zahlen einmal mehr unsere Kinder und wir Lehrerinnen und Lehrer. Der KMK traut man die Bewältigung dieser Krise nicht mehr zu.

Befürchtung: Aus befristeten Notmaßnahmen werden dauerhafte Zumutungen

Viele Notmaßnahmen werden unausweichlich kommen müssen, denn Deutschland wird mehr Kinder (Zuwanderung zur Bewältigung des Fachkräftemangel und zur Sicherung des Rentensystems) und weniger Lehrkräfte (Pensionierung geburtenstarker Jahrgänge und abnehmende Zahlen von Lehramtsstudierenden) haben. Bislang ist jedoch nicht erkennbar, dass der Bund und die

Landesregierungen aufgerüttelt worden sind und für die Zukunft die Aufwertung und die Steigerung der Attraktivität des Lehramts entschieden in Angriff nehmen. Es ist vielmehr zu befürchten, dass die als „befristet“ angedachten Notmaßnahmen zu dauerhaften Zumutungen werden: Große Klassen und Unterrichtsausfall, weniger Teilzeit und längere Arbeitszeiten für Lehrkräfte. Grob skizzierte Entlastungsmöglichkeiten wie „Achtsamkeitskurse zur Gesundheitsförderung“ und „Unterstützung der Lehrkräfte bei Korrekturen durch Studierende“ überzeugen nicht.

KlarText: Die KMK hat nicht nur bei Lehrkräften ein Glaubwürdigkeitsproblem. Es ist fraglich, ob von ihr die Krisenbewältigung erwartet werden kann. Die Bewältigung des Lehrkräftemangels ist für Deutschland eine zentrale Zukunftsaufgabe. Sind die Notmaßnahmen die einzige Antwort auf den Lehrkräftemangel, werden noch weniger junge Menschen das Lehramt ergreifen. Unausweichliche Notmaßnahmen müssten mit beherzten Investitionen in die Attraktivität des Lehramtes einhergehen. Das sollte man sich in den Landeshauptstädten und auch in Berlin endlich eingestehen.



Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Name	Vorname	Geb.-Datum	E-Mail
Straße		PLZ und Wohnort	Telefon/Fax/Mobil-Nr.
Dienstbezeichnung	Schule	Prüfungsfächer	

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich die Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

Bankleitzahl	Name der Bank	Kontonummer
IBAN		BIC
Ort	Datum	Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15–21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrages.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



LETZTE MELDUNGEN

Personelle Neuaufstellung bei den Grünen

Die grüne Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz hat einen neuen Fraktionsvorsitz gewählt. Neue Fraktionsvorsitzende ist nun Pia Schellhammer. Neben der personellen Neuaufstellung hat die Fraktion teilweise auch die inhaltlichen Zuständigkeiten der Abgeordneten angepasst.

Neuer bildungspolitischer Sprecher der Fraktion ist Daniel Köbler. Diesem gesellschaftspolitisch zentralen Themenbereich hatte er sich bereits in der zurückliegenden Legislatur (2016-2021) gewidmet.

Wü

Mental Health Coaches

Ab dem Schuljahr 2023/24 sollen an den Schulen Mental Health Coaches zum Einsatz kommen. Diese stehen Kindern und Jugendlichen bei Sorgen und Problemen zur Seite, leisten in akuten Krisen eine „Erste Psychische Hilfe“ und vermitteln in weitere Unterstützungsangebote. Die Durchführung erfolgt im Rahmen eines Modellpro-

gramms des BMFSFJ bei Fragen zur mentalen Gesundheit und bei akuten psychischen Krisen.

Ra/Quelle: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/handlungsempfehlungen-kindergesundheit-08-02-2023.html>

Die Rahmenbedingungen für Auszubildende verbessern

„Die Politik muss mehr für die Ausbildung werben. Wir brauchen nicht nur Master – wir brauchen ebenso Meister. Das kann man gar nicht oft genug betonen. Auch die Rahmenbedingungen für Auszubildende müssen deutlich verbessert werden, etwa bei Jugendwohnprogrammen und bei den Azubi-Tickets. Wir müssen jedem jungen Menschen klar machen: Wer eine Ausbildung beginnt,

dem steht die Welt offen. Es gibt viele spannende Berufe für Menschen mit praktischen Fähigkeiten. Karriere und gutes Einkommen, Kreativität und Auslandsaufenthalte – die Chancen darauf stehen gut.“

Ra / Quelle: Erklärung des Arbeitgeberpräsidenten Dr. Rainer Dulger mit Blick Arbeitsmarktzahlen Januar 2023. (<https://arbeitgeber.de/die-rahmenbedingungen-fuer-auszubildende-muessen-deutlich-verbessert-werden>)

Schulleitungen für eine Fortsetzung des Digitalpakts

99 Prozent der Schulleitungen wünschen sich nach der Cornelsen Schulleitungsstudie Mittel aus einem fortgesetzten Digitalpakt. Dabei erhoffen sich knapp 6 von 10 Schulleitungen auch weiterhin Ressourcen für die digitale Infrastruktur ihrer Schule. 62 Prozent der Schulleitungen gehen noch einen Schritt weiter: Würde der Digitalpakt

fortgesetzt bzw. neu aufgelegt, möchten sie die Fördermittel dafür nutzen, um Lernsoftware anzuschaffen. 48 Prozent wünschen sich zudem Mittel zur gezielten Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher.

Hr / Quelle: Cornelsen Schulleitungsstudie, 01.03.23

Seiteneinsteiger

Im Jahr 2021 waren in Deutschland über neun Prozent aller unbefristet und neu eingestellten Lehrkräfte im öffentlichen Schuldienst sogenannte „Seiteneinsteiger“, also Personen, die über keinen Hochschulabschluss auf Masterniveau verfügten. 2,8 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte waren außerdem Seiteneinsteiger ohne

abgeschlossenes Lehramtsstudium und ohne Referendariat. Die regionalen Unterschiede beim Einsatz von Seiteneinsteigern sind groß. So betrug der Anteil in Sachsen-Anhalt 46,9 % und in Rheinland-Pfalz nur 0,6 %.

Hr / Quelle: Statista Research Department, 21.02.23